

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der Neue US-Imperialismus. Rüstungsexporte zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen in Somalia

US-Rüstungsinteressen im Spannungsfeld zwischen Entwicklungspolitik, internationaler Friedenssicherung und politökonomischer Expansion

Verfasser

Denny Nagorsen BA

Angestrebter akademischer Grad Magister (Mag.)

Berlin/Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Internationale Entwicklung
Betreuer: Dr. Christoph Gütermann

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen Personen bedanken, die mir im Laufe meines Studiums, beim Verfassen meiner Diplomarbeit und darüber hinaus eine große Unterstützung waren. Mein besonderer Dank gilt meinem Vater, der mir mit Anekdoten, interessanten Gesprächen und Lebensweisheiten zur Seite stand und mir immer wieder gezeigt hat, auch in den unglücklichen Lebenslagen nicht die Konzentration und den nötigen Optimismus zu verlieren.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meiner Freundin, die mich immer wieder motiviert hat, mir vor allem in der Schlussphase dieser Arbeit tatkräftig zur Seite stand und durch kritische, aber konstruktive Kommentare zum Gelingen dieser Diplomarbeit beigetragen hat.

Bedanken möchte ich mich auch bei Johannes Stute für Literatur und die kritische Auseinandersetzungen mit Somalia und den USA.

Schließlich bedanke ich mich bei Christoph Gütermann für die Geduld und die Diplomarbeitsbetreuung.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre an Eides statt, die vorliegende Arbeit selbständig verfasst zu haben. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt. Alle von mir für direkte und indirekte Zitate benutzten Quellen sind nach den Regeln des wissenschaftlichen Zitierens angegeben. Mir ist bekannt, dass beim Verstoß gegen diese Regeln eine positive Beurteilung der Arbeit nicht möglich ist. Ich habe die Arbeit bzw. Teile davon weder im Innoch Ausland zur Begutachtung als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Inhaltsverzeichnis

A	bkürzungsverzeichnis
V	Torwort
E	inleitung4
	Forschungsthema und -frage
	Aufbau der Arbeit5
	Methode6
1	Die Imperialismustheorie7
	1.1 Einleitung
	1.2 Zur Relevanz der Imperialismustheorie
	1.3 Realismus, Liberalismus und Institutionalismus im Kontext imperialistischer Politik
	1.3.1 Der Realismus
	1.3.2 Der Liberalismus
	1.3.3 Der Institutionalismus
	1.4 Die Imperialismustheorie von John A. Hobson
	1.5 Die Weiterentwicklung der Imperialismustheorie durch Wladimir I. Lenin 17
	1.6 Zur Renaissance strukturalistischer Erklärungsansätze
2	Der Neue US-Imperialismus 25
	2.1 Die Debatte um den Neuen US-Imperialismus
	2.2 Die US-Außenpolitik. Macht und Herrschaft als Garant einer imperialen Weltordnung
	2.2.1 Isolationismus: Von der Monroe-Doktrin bis zum Zweiten Weltkrieg 27
	2.2.2 Systemkonfrontation: Nachkriegsordnung und Ost-West-Konflikt

2.2.2.1 Widersprüche der Nachkriegsordnung: Der Vietnamkrieg	30
2.2.2.2 Widersprüche der Nachkriegsordnung: Die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre	33
2.2.3 Neue Konfrontation: Aufrüstung und Zusammenbruch der Sowjetunion	35
2.2.4 Das Ende des Ost-West-Konflikts: Multilateralismus und die Militarisierung der US-Außenpolitik	39
2.3 Der Neue US-Imperialismus	43
2.3.1 Leo Panitch und Sam Gindin: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium	43
2.3.1.1 Die Überakkumulationskrise der 1990er Jahre	47
2.3.2 David Harvey: Der Neue Imperialismus	49
2.3.3 Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Bedeutung	54
2.3.3.1 Unilateralismus und die zunehmende Abkehr vom Multilateralismus	57
2.4 Resümee	59
3 Somalia - Fallbeispeil der (neo)imperialistischen US-Außenpolitik	62
3.1 Einleitung	62
3.2 Jenseits des Staates: Staatsversagen und Staatszerfall in Somalia	65
3.2.1 Somalias Akteursspektrum: Sozialstruktur und Konfliktverhalten	65
3.2.1.1 Interne Akteursgruppen	65
3.2.1.2 Externe Mächte	69
3.2.2 Kolonialismus, Ost-West-Konflikt und beginnende Machtverschiebunge	n71
3.2.3 Der neue humanitäre Interventionismus	74
3.2.3.1 UNOSOM I, UNITAF und UNOSOM II	76
3.3 Der Neue US-Imperialismus	79
3.3.1 Die Bedeutung von Herrschaft und militärischer Gewalt	79
3.3.2 Projekt Naher Osten: Konsolidierung US-amerikanischer Dominanz	80

	3.3.3 US-Sicherheitsstrategie in Somalia: Militarisierung der Politik
	3.3.3.1 Machtverschiebungen: Neuformierung des Akteursspektrum 84
	3.3.3.2 Machtverschiebungen: Al-Shabaab und erneute Fragmentierung 86
	3.3.4 Neuer US-Imperialismus zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen in Somalia
	3.3.4.1 Instabile Staatlichkeit und zunehmende Entgrenzung militärischer Gewalt90
	3.3.4.2 Akkumulation, Enteignung, Zwang: Zur Privatisierung militärischer Gewalt97
	3.3.4.3 Zusammenhänge zwischen Neuem US-Imperialismus und den expansiven Rüstungsbestrebungen der USA
4	Conclusio
5	Bibliographie
6	Anhang
	6.1 Zusammenfassung
	6.2 Abstract
	6.3 Curriculum Vitae

Abkürzungsverzeichnis

ACP African, Caribbean and Pacific Group of States

ALBA Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América

AMISOM African Union Mission in Somalia

APEC Asia-Pacific Economic Cooperation

AQAP Al-Qaeda in the Arabian Peninsula

AQIM Al-Qaeda in the Islamic Maghreb

ARS Alliance for the Re-Liberation of Somalia

ASEAN Association of Southeast Asian Nations

ATPU Anti-Terrorism Police Unit

BIP Bruttoinlandsprodukt

BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung

bpb Bundeszentrale für politische Bildung

CENTCOM United States Central Command

CIC Council of Islamic Courts

COMESA Common Market for Eastern and Southern Africa

DHS United States Department of Homeland Security

ECO Economic Cooperation Organization

ECOWAS Economic Community of West African States

ENDF Ethiopien National Defense Force

EU Europäische Union

FAO Food and Agriculture Organization

FPI Foreign Policy Initiative

GATT General Agreement on Tariffs and Trade

HD Homeland Defense

HIIK Heidelberg Institute for International Conflict Research

HS Homeland Security

HSFK Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

IGAD Intergovernmental Authority on Development

IMF International Monetary Fund

IWF Internationaler Währungsfond

LDC Least Developed Country

MERIA Middle East Review of International Affairs

Mercado Común del Sur

MDC More Developed Country

NAC North Atlantic Council

NAFTA North American Free Trade Agreement

NATO North Atlantic Treaty Organization

NGO Non-Governmental Organization

NIC Newly Industrialized Country

NIE Newly Industrializing Economy

NIEO New International Economic Order

NLF National Liberation Front

NPR Nuclear Posture Review

NSS National Security Strategy

OCHA United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs

OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

PMC Private Military Company

PNAC Project for the New American Century

PSC Private Security Company

QDR Quadrennial Defense Review

RMA Revolution in Military Affairs

SAP Structural Adjustment Program

SIPRI Stockholm International Peace Research Institute

SNF Somali National Front

SNM Somali National Movement

SOF Special Operation Forces

SRRC Somali Reconciliation and Reconstruction Council

SSDF Somali Salvation Democratic Front

TFG Transitional Federal Government

TNG Transitional National Government

UdSSR Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

UIG Union Islamischer Gerichtshöfe

UN United Nations

UNASUR Unión de Naciones Suramericanas

UNDP United Nations Development Programme

UNCh Charta of the United Nations

UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees

UNICEF United Nations Children's Fund

UNITAF Unified Task Force

UNO United Nations Organization

UNOSOM I United Nations Operation in Somalia I

UNOSOM II United Nations Operation in Somalia II

UNPOS United Nations Political Office for Somalia

UNSC United Nations Security Council

US United States

USA United States of America

USAID United States Agency for International Development

USC United Somali Congress

OECD Organisation for Economic Co-operation and Development

WHO World Health Organization

WMD weapon of mass destruction

WTO World Trade Organization

Vorwort

Die besten Begabungen, der höchste Erfindungsreichtum werden dafür eingesetzt, die Selbsttötungsfähigkeiten der Menschheit zu perfektionieren und eine allgegenwärtige Militärmaschinerie einzurichten, die Sicherheit schaffen soll, indem sie Unsicherheit verbreitet. [...] Der Umgang mit militärischer Gewalt ist so zu einer Wohltätigkeitsveranstaltung für Kriegsgewinnler sehr unterschiedlicher Herkunft geworden, die auch in Friedenszeiten erhebliche Gelder umsetzen. (Brock 1989: 15)

Den Erhebungen der Military Expenditure Database des Stockholm International Peace Research Institute zufolge, liegen die aktuellen weltweiten Rüstungsausgaben bei 1,75 Billionen US-Dollar. Mit diesem Wert ist ein globaler Rückgang der staatlichen Ausgaben für militärische Zwecke von 0,5 Prozent zu verzeichnen. Als wichtigste Gründe für die erstmals seit 1998 abnehmenden Rüstungsausgaben werden sowohl die erheblichen Budgetkürzungen in den Staatshaushalten Australiens, Japans, Kanadas der USA sowie West- und Zentraleuropas als auch der damit unmittelbar in Verbindung stehende Abzug der militärischen Streitkräfte aus Afghanistan herangezogen. Diese Etatkürzungen münden in verminderten Militär- und Rüstungsausgaben und sind im Kontext der noch immer anhaltenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 zu sehen.

Dennoch hat sich die Zahl der gewaltsamen Konflikte keinesfalls reduziert, wie das Heidelberg Institute for International Conflict Research in seinem 2012 erschienenen Conflict Barometer darlegt. Denn während sich die westlichen Staaten in ihren Militärausgaben beschränken, wird in anderen Weltregionen vermehrt aufgerüstet (Heidelberg Institute for International Conflict Research 2012: 2; Stockholm International Peace Research Institute 2013, SIPRI Military Expenditure Database). Diese Verschiebung des Gleichgewichts globaler Rüstungsausgaben von den westlichen Staaten hin zu den Schwellen- und Entwicklungsländern¹ zeigt sich vor allem in den gesteigerten Militärausgaben Chinas und Russlands, die mit 166,1 Milliarden US-Dollar und 90,7

¹ Ich bin mir über die Problematik bewusst, dass Begriffe wie "Erste Welt" (More Developed Countries, Industriegesellschaften oder Länder des globalen Nordens), "Zweite Welt" (Newly Industrializing Countries, Newly Industrializing Economies oder Schwellenländer), "Dritte Welt" (Less Developed Countries, Entwicklungsländer oder Länder des globalen Südens) sowie "Vierte Welt" (Least Developed Countries oder am wenigsten entwickelte Länder) eine Rangordnung, gemessen am Entwicklungsstand, reproduzieren und daher kritisch hinterfragt werden müssen. Daher verwende ich den Begriff Länder des globalen Südens, der sich zwar auf Schwellen- und Entwicklungsländer bezieht, sich aber von den plakativen Begriffsbestimmungen zu distanzieren versucht.

Milliarden US-Dollar den zweiten und dritten Platz hinter den USA mit 682,4 Milliarden US-Dollar einnehmen. (ebd.)

In diesem Zusammenhang vollzieht sich die globale militärische Entwicklung höchst widersprüchlich. Anfang der 1970er Jahre setzten sich in den Vereinten Nationen zahlreiche Länder des globalen Südens in mehreren Resolutionen für die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung ein.² Die Übertragung dieser Resolutionen in verbindliche Richtlinien ist gescheitert. Stattdessen wurde eine Ordnung installiert, in der die ungleichen Wirtschaftsbeziehungen militärisch durchgesetzt und abgesichert werden und kostspielige Militärapparate die Militarisierung der Politik in den Ländern des globalen Südens vorantreiben. (Brock 1989: 16) Macht, Machterhalt und Machtdemonstration stellen dabei keine grundlegend neuen Motive dar, die Aushöhlung staatlicher Strukturen, Ausdehnung militärischer Gewalt und Intensivierung globaler Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse umso mehr (ebd.).

Auf der einen Seite kann festgestellt werden, dass sich militärische Aufrüstung und Fehlentwicklungen in der Peripherie parallel vollzogen haben. Auf der anderen Seite lassen sich keine direkten und empirisch belegten Zusammenhänge zwischen kultureller, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Fehl- oder Weiterentwicklung in den Ländern des globalen Südens und der Geschwindigkeit der Militarisierung der Politik, der Rüstungsintensität sowie der Herausbildung und Transformation (über)regionaler und internationaler Konflikte erkennen. (Brock 1989: 45f.) Die kapitalistischen Industriestaaten haben ihre hochtechnologisierten Kapazitäten für militärische Eingriffe in den Ländern des globalen Südens (aus)genutzt und gleichzeitig die Zahl direkter Militärinterventionen reduziert. Dabei hängt die militärische Konfliktfertigkeit fast aller Entwicklungsländer von den ausgedehnten Rüstungsexporten der Industrieländer ab. Es kann aber nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden, dass die Waffenlieferungen Konfliktverhalten der Länder des globalen Südens negativ beeinflusst haben oder zur Instrumentalisierung bestimmter machtpolitischer Herrschaftsinteressen führten. Die andauernden militärischen und ökonomischen Abhängigkeitsstrukturen Entwicklungsländer beruhen vielmehr auf der Kontrolle des Weltwirtschaftssystems und

² Mit der Neuen Weltwirtschaftsordnung (New International Economic Order, NIEO) wurden die bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwichen den Ländern des globalen Südens und den Industrieländern kritisiert und eine grundlegende Modifikation dieser zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Länder gefordert. Weiterführende Literatur: u.a. Herb Addo 1984, *Transforming the World-Economy? Nine Critical Essays on the New International Economic Order*.

der uneingeschränkten Fähigkeit gezielt in Konfliktdynamiken einzugreifen, geostrategisch bedeutende Satellitenstaaten oder Sicherheitspartner zu indoktrinieren und ihre regionale Rolle für bestimmte politische Zwecke zu nutzen. (ebd.: 46)

Zudem wird deutlich, dass die zwischenstaatliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zunimmt und Konflikte provoziert. Gleichzeitig wächst nicht nur das weltweite Interesse an einer ökonomischen Rüstungsverwertung durch Waffenexporte und dem damit verbundenen Kontrollzuwachs durch strategisch bedeutende Militärinterventionen, sondern auch die Machtausweitung und -konsolidierung der Industrienationen in den Ländern des globalen Südens. (Brock 1989: 46) Im gleichen Atemzug steigen die relative Wahrscheinlichkeit des Machtverlusts und die Gefahr der Integration einer militärisch dominierten Weltordnung, die in Zeiten der Globalisierung zerstörerische Auswirkungen haben kann. Die dramatischte Ausprägung dieser Tendenz äußert sich in der (Weiter) Verbreitung einsatzbereiter chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Waffen bei gleichzeitigem Machtverlust. Diese Entwicklungen stellen keinesfalls einen Widerspruch in der globalen militärischen Entwicklung dar. (Brock 1989: 46; Lock 2007: 92f.) Vielmehr erhöhen sich das Zerstörungspotential und die Gefahr, dass dieses Potential zur Geltung kommt. Die Demokratisierung autoritärer Herrschaftssysteme, wirtschaftliche Einschränkung von Waffen und Waffensystemen auf dem Weltmarkt und effektivere Interventionspolitik der UN in den Ländern des globalen Südens sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zukunft des Krieges in einem sehr hohen Maße von den Militärstrategien der Industriestaaten abhängt und Militärinterventionen keinesfalls rückläufig sind. (Brock 1989: 47)

Einleitung

Forschungsthema und -frage

Die USA sind die kapitalistisch am stärksten ausgeprägte Gesellschaft der Welt und der Inbegriff für Freiheit, Fortschritt und Demokratie. Das politische System setzt auf Kooperation. Das Wirtschaftssystem kombiniert Freihandel mit Marktwirtschaft. Auf der anderen Seite stehen die USA als unangefochtene globale Ordnungsmacht unter dem Verdacht, ihren uneingeschränkten Herrschaftsanspruch mit einer stark militarisierten Außenpolitik abzusichern. Mit dem Krieg gegen den Terror, der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie und einem offenen Unilateralismus offenbaren die USA ihren allumfassenden imperialistischen Machtanspruch, alle Staaten politisch, wirtschaftlich und militärisch in das kapitalistische Weltsystem zu integrieren und der interessensgeleiteten US-Außenpolitik unterzuordnen. Dabei wird deutlich, dass sich Militärinterventionen und militärische Gewalt speziell gegen die Länder des globalen Südens richten und die USA, als am stärksten aufgerüstete Militärmacht, den Prototyp eines imperialistischen Aggressors neuen Stils darstellen.

Die vorliegende Arbeit will die von den USA vorangetriebene imperiale Politik untersuchen und die Veränderungen der US-Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts verdeutlichen. Der Schwerpunkt liegt auf den USA, da die Vereinigten Staaten von Amerika als einzige hegemoniale Macht der Gegenwart bezeichnet werden können, diese Hegemonie allerdings immer mehr auf imperialistischer Dominanz und militärischer Gewalt basiert. Die imperialistischen Bestrebungen der USA sollen in dem Hauptteil dieser Arbeit mit der afrikanischen Bundesrepublik Somalia verknüpft, analysiert und bewertet werden. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, welcher Zusammenhang zwischen dem neuen US-Imperialismus und den expansiven Rüstungsbestrebungen der USA bestehen und inwiefern diese Rüstungsbestrebungen zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen in Somalia dienen?

Aufbau der Arbeit

Das erste Kapitel dieser Arbeit bezieht sich auf den theoretischen Bezugsrahmen der Imperialismutheorie. Anhand der historischen Imperialismustheorien von John Atkinson Hobson und Wladimier Iljitsch Lenin werde ich die Bedeutung und Relevanz der imperialismustheoretischen Debatte hervorheben und die Renaissance strukturalistischer Erklärungsansätze mit der in den 1960er Jahren weitestgehend abgeschlossenen Entkolonialisierung begründen.

Anschließend beschreibe ich die US-Außenpolitik von der Monroe-Doktrin 1823 bis zum Ende des Ost-West-Konflikts. Bis zum Zweiten Weltkrieg bezog sich die US-Außenpolitik weitestgehend auf die von Präsident James Monroe formulierte politischideologische Handlungsstrategie des Isolationismus. In dieser Doktrin betonte Monroe die Unabhängigkeit der USA gegenüber den europäischen Großmächten und forderte eine von den Vereinigten Staaten ausgehende Politik der Nichteinmischung. Der Spanisch-Amerikanische Krieg stellt einen historischen Wendepunkt in der US-Außenpolitik dar und kennzeichnet den Beginn einer US-imperialistischen Vorherrschaft. Die USA bauten ihre Einflusssphäre kontinuierlich aus und erlangten nach dem Zweiten Weltkrieg den Status einer Weltmacht. Anhand des Ost-West-Konflikts werde ich darstellen, wie es den USA gelungen ist, eine auf Freihandel basierende globalisierte Weltwirtschaftsordnung aufzubauen, mittels Macht und Herrschaft zu errichten und mit zunehmender militärischer Gewalt abzusichern. Ein weiterer Fokus liegt auf der Krisenanfälligkeit des US-Kapitalismus, die damit verbundene Militarisierung der US-Außenpolitik und gewaltsame Expansion des US-Einflussbereiches ab der Jahrtausendwende.

Das dritte Kapitel stellt den Hauptteil dieser Arbeit dar und zielt darauf ab, die imperialistischen Machtbestrebungen der USA anhand der ostafrikanischen Bundesrepublik Somalia zu veranschaulichen. Im Rahmen des globalen Krieges gegen den Terror geriet Somalia aufgrund seiner fragilen Staatlichkeit und der damit verbundenen Gefahr einer weiter voranschreitenden radikal-islamistischen Instrumentalisierung Nord- und Ostafrikas in den Fokus der US-Sicherheitspolitik. Darüber hinaus ist Somalia geostrategisch bedeutend für die gesamte Region des Horns von Afrika und den Nahen Osten. In einem ersten Schritt wird daher auf das komplexe Akteursspektrum in Somalia eingegangen. Dem folgt ein historischer Abriss über Somalias koloniale Vergangenheit, Somalias Rolle im Ost-West-Konflikt und dem beginnenden Staatszerfall. In einem weiteren Schritt wird auf

den neuen humanitären Interventionismus eingegangen, bevor schließlich die imperialistischen Machtbestrebungen der USA in Somalia analysiert werden. Es soll gezeigt werden, dass die USA ihre politische und wirtschaftliche Machtdominanz am Horn von Afrika unter Anwendung militärischer Gewalt ausnutzen, die Militarisierung der Politik in Somalia vorantreiben und die dortigen Machtverschiebungen intensivieren.

In einer abschließenden Conclusio fasse ich die Ergebnisse der Analyse zusammen und beurteile den Erkenntnisfortschritt im Rahmen dieser Arbeit.

Methode

In der vorliegenden Arbeit konzentriere ich mich auf die kritische Primär- und Sekundäranalyse. Dabei beziehe ich mich auf die imperialismustheoretischen Primärquellen von John Atkinson Hobson, Karl Marx, Rosa Luxemburg und Wladimier Iljitsch Lenin. Zur weiteren Vertiefung der Imperialismustheorie und Anwendung auf die US-Außenpolitik nehme ich zudem Bezug auf die Sekundärquellen von Leo Pamitch, Sam Gindin und David Hervey. Informationen über Somalia habe ich in erster Linie dem Friedensgutachten von 2012 und dem Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten entnommen. Zahlreiche Quellen habe ich während der Recherche und des Schreibprozesses in die Arbeit integriert.

1 Die Imperialismustheorie

1.1 Einleitung

Die vielschichtigen Deutungsansätze der Imperialismustheorie ergeben sich, in Hinblick auf Bedingungsfaktoren, Motive und Ursachen, aus dem ökonomischen, politischen und sozialen Entwicklungsstand der kapitalistisch entwickelten Staaten. Dabei ist der Imperialismusbegriff stark von der Theorie, die ihn zu erklären versucht, abhängig und in einem spezifischen Kontext zu verstehen. Die verschiedenen Formen imperialistischer Herrschaft müssen deshalb in Abhängigkeit zu den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Akteure³ interpretiert und analysiert werden. Zudem ist der Imperialismusbegriff sehr eng mit dem des historischen Kolonialismus verknüpft, darf aber keinesfalls mit diesem gleichgesetzt werden. Es gibt zahlreiche Übergänge und Überschneidungen. Eine differenzierte und nachvollziehbare Darstellung beider Begriffe ist schwer und keinesfalls konfliktfrei.⁴ Darüber hinaus ist zu beachten, dass Ausprägungen sowohl kolonialer als auch imperialistischer Machtausübung einander historisch bedingen.

Während Kolonialismus die weltweite Ausdehnung europäischer Staaten zu Beginn des 15. Jahrhunderts kennzeichnet, kann die europäische Expansionsphase ab dem späten 19. Jahrhundert als Imperialismus bezeichnet werden.⁵ Dabei stellt die historische Periode des Imperialismus jene hochkomplexe Epoche dar, in der die Industriestaaten sowohl ein rasantes Wirtschaftswachstum als auch einen grundlegenden politischen Modernisierungsprozess vollzogen. Imperialismus ist in diesem Zusammenhang als jene

³ Folgende Begriffe gender ich in dieser Arbeit nicht, da sie sich sowohl auf Gruppen, Institutionen, Länder, Organisationen als auch Unternehmen beziehen: u.a Auftraggeber, Akteure, Akteursgruppen, Bündnispartner, Geberländer, Geberstaaten, Geldgeber (EU), Italiener, Konkurrenten, Kriegsverlierer, Machthaber (Geschäftsleute, Staat, Warlords), Mediator (EU), Militär- und Sicherheitsdienstleister, Nationalisten, Rüstungsverschwender, Unternehmer, zivilgesellschaftliche Akteure.

⁴ Jürgen Osterhammel und Jan C. Jansen geben in ihrem im Jahre 2012 erschienen Werk *Kolonialismus*. *Geschichte, Formen, Folgen* einen detaillierten Überblick über die historische Eigenart des modernen Kolonialismus.

⁵ Besonders der Beitrag von Ulrich Brand in dem 2010 von Reinhard Sieder und Ernst Langthaler herausgegeben Werk *Globalgeschichte*. *1800-2010* gibt einen kurzen, aber durchaus differenzierten Überblick über die Internationale Politik der letzten 200 Jahre.

auf Machterhalt, Machtdemonstration und Machtausweitung gerichtete Politik eines Staates zu verstehen, die einerseits die zielstrebige Vergrößerung des Staatsgebietes anstrebt und andererseits den systematischen Ausbau des kulturellen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einflussbereiches in der Welt forciert. (Heinrich 2003: 280; Münkler 2005: 41ff.; Schubert/Klein 2006: 141) Die koloniale Expansionsphase, die aufgrund der in Europa vorherrschenden und wettbewerbsbedingten Konkurrenz zu einer massiven Aufrüstung führte, legte dafür den Grundstein. Die technologische und machtpolitische Überlegenheit der europäischen Metropolen äußerte sich in der politischen Eroberung, wirtschaftlichen Ausbeutung und territorialen Inbesitznahme außereuropäischer Gebiete (Ansprenger 2008: 79; Schubert/Klein 2006: 141, 159). Im Zuge der Industriellen Revolution gegen Ende des 18. Jahrhunderts vollzog sich schließlich ein auf alle Lebensbereiche beziehender Strukturwandel, der das Verhältnis zwischen einzelnen Wirtschaftssektoren, menschlicher Arbeitskraft und eingesetztem Kapital radikal veränderte (Schubert/Klein 2006: 142). Der zunehmende Wettbewerb um Macht, Einfluss und die weitere territoriale Inbesitznahme nicht kolonisierter Gebiete in Afrika, Asien und Lateinamerika beschleunigte die imperiale Ausdehnung (Heinrich 2003: 279). In weiterer Folge kam es im ausgehenden 19. Jahrhundert zu blutigen Expansionskriegen, in denen die europäischen Kolonialmächte sowie Japan und die USA die Herrschaftskolonien zu Objekten im globalen Machtkampf erklärten und um die weitere geographische Aufteilung der Welt rangen (ebd.). Die formelle und informelle Herrschaft über koloniale Territorien avancierte zum Kernelement imperialistischer Politik, da diese sowohl die steigende Nachfrage unbearbeiteter Rohstoffe sicherte, Absatzmärkte für industriegefertigte Güter schuf und Direktinvestitionen ermöglichte als auch die absolute Machtposition eines Staates in der Welt definierte (Heinrich 2003: 280; Kirby 2003: 38ff.). Die in den historischen Phasen des Kolonialismus und Imperialismus entstandenen Spannungen und Rivalitäten entluden sich letztendlich im Ersten Weltkrieg (Heinrich 2003: 279).

Allerdings unterscheidet sich der Imperialismus grundlegend von der alteuropäischen Kolonial- und Handelsexpansion. Imperialismus bezieht sich ausschließlich auf die dauerhafte Errichtung wirtschaftlicher Abhängigkeitsstrukturen sowie langfristige Einbindung der noch nicht kapitalisierten Länder und Regionen in das kapitalistische System. Die imperialistische Expansionsphase ist somit charakteristisch für die globale Ausdehnung des Handelskapitals. (Heinrich 2003: 280; Frank 1980: 71) Die sich im Imperialismus manifestierende Dynamik des Industriekapitalismus richtete den Blickpunkt,

neben der Ausdehnung der Binnenmärkte, auf die Kolonien. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges fand der klassische Imperialismus ein Ende. Der nach dem Zweiten Weltkrieg beginnende Rückzug der Kolonialmächte und die in den 1960er Jahren weitgehend abgeschlossene Entkolonialisierung besiegelte das Ende kolonialer Herrschaft, aber nicht die direkte Einflussnahme der entwickelten kapitalistischen Staaten auf die weniger entwickelten Länder der Peripherie (Heinrich 2003: 279, 293).

Es ist in diesem Zusammenhang umstritten, die außenpolitischen Handlungen einzelner Staaten und die Machtkonstellation innerhalb der internationalen Politik auch heute noch als imperialistisch zu bezeichnen. (Heinrich 2003: 279f.) Das folgende Kapitel soll daher die theoretische Relevanz der noch immer vorherrschenden imperialistischen Erklärungsansätze hervorheben. Auch wenn dabei kein direkter Bezug zu den USA als zentraler Akteur im internationalen System erarbeitet wird, stellen die folgenden Ausführungen einen direkten Zusammenhang zwischen dem außenpolitischen Handeln der USA während des Ost-West-Konflikts und der Ausgangssituation nach der Systemkonfrontation dar.

1.2 Zur Relevanz der Imperialismustheorie

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sowie dem damit unmittelbar in Verbindung stehenden Krieg gegen den Terror ist eine Art Renaissance imperialistischer Erklärungsansätze um die Debatte eines neuen von den USA ausgehenden Imperialismus entstanden.⁶ Wie im Vorfeld beschrieben, charakterisiert der Begriff Imperialismus die "zielstrebige Erweiterung und den systematischen Ausbau des wirtschaftlichen, militärischen, politischen und kulturellen Macht- und Einflussbereiches eines Staates in der Welt." (Schubert/Klein 2011: 141). In

⁶ Von zentraler Bedeutung sind für Michael Heinrich unter anderem die politische und ökonomische Imperialismustheorie, wobei sich vor allem die letztgenannte als sehr wertvoll bei der Darstellung der problematischen Kapitalverwertung innerhalb der imperialistischen Länder erweist (Heinrich 2003: 280). Mit seiner Typologie imperialer Herrschaft setzt Herfried Münkler den Fokus zudem auf militärische und ideologische Faktoren der Macht. Demnach sind Imperien mehr als nur Staaten. Sie müssen vielmehr als Institutionen der Ordnung verstanden werden, die sich gegen die ernsthaften Bedrohungen chaotischer Verhältnisse verteidigen. (Münkler 2005: 79ff.) Niall Ferguson identifiziert mit dem kulturellen Imperialismus schließlich die erfolgreichste Anwendungsform imperialistischer Herrschaft, da diese auf den Einsatz militärischer und ökonomischer Macht verzichtet. Allerdings ist die langfristige kulturelle Beeinflussung und Unterwerfung einer Nation nur unter voriger Anwendung anderer Formen imperialistischer Herrschaft möglich. (Ferguson 2003: 49ff.)

diesem Zusammenhang ist es wichtig zu verdeutlichen, dass Imperialismus unter anderem als Produkt außenpolitischer Aktionen verstanden werden kann und Außenpolitik immer die Handlung eines Staates wiederspiegelt (Czempiel 2004: 3f.). Außenpolitik drückt sich in bi- und multilateralen Beziehungen aus und ist sehr eng mit sicherheitspolitischen wiederum alle Aspekten verknüpft, die diplomatischen, militärischen vertrauensbildenden Maßnahmen zur Schaffung und Wahrung äußerer Staatsgrenzen kennzeichnen (Schubert/Klein 2006: 30). Darüber hinaus ist bei der Analyse von Außenpolitik, neben geografischen, klimatischen und wirtschaftlichen Bedingungen, vor allem das Herrschaftssystem von zentraler Bedeutung. Es reproduziert Verhaltensweisen, schafft Partizipationsmöglichkeiten und bestimmt vor allem den Grad der Gewalt entscheidend mit (Czempiel 2004: 18). Der Grad der Gewalt hängt sehr stark mit der Demokratisierung eines Landes zusammen, denn je weniger

das politische System bei der Wertzuweisung im gesellschaftlichen Umfeld auf Gewalt angewiesen ist, desto geringer sind die Anlässe zur Gewaltanwendung in die internationale Umwelt, desto geringer ist die Akzeptanz dieser Gewaltanwendung durch die Gesellschaft. (Czempiel 2004: 18)

Eine Politik der globalen Demokratisierung kann als Friedenspolitik verstanden werden, da mehr Demokratisierung gleichzeitig mehr Partizipation, mehr Kontrolle über politische Macht und daher weniger Gewalt bedeutet. Weniger Gewalt führt wiederum zu weniger Konflikten und schließlich zu Frieden. Diese Erkenntnis hat sich auch in der entwicklungspolitischen Debatte durchgesetzt. Demokratische Herrschaftsformen sind wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Entwicklungsprozesse und Bedingung für Entwicklungszusammenarbeit. (Brock 2007: 45ff.; Dembinski/Hasenclever/Wagner 2007: 123ff.)

Dennoch haben die letzten Jahrzehnte auch gezeigt, dass mehr Demokratie nicht und zwangsläufig mehr Frieden bedeuten muss Demokratie lediglich ein entwicklungspolitisches Modell unter vielen darstellen kann. Demokratisierung, Entwicklung und Frieden bedingen und verstärken sich wechselseitig und stehen nicht selten in einem Spannungsverhältnis zwischen theoretischem Anspruch und politischer Realität. Zudem stehen der angestrebte demokratische Frieden und die internationale Friedenssicherung oft in einem krassen Widerspruch zu den tatsächlichen außenpolitischen Verhaltensweisen demokratischer Staaten. Konfliktlösungsstrategien sind heute in standardisierten Aktionsprogrammen eingebettet, weshalb die Wirkungen dieser unterschiedlicher nicht sein könnten. (ebd.) Zahlreiche Demokratisierungsprozesse gehen

daher mit exzessiven Gewaltausbrüchen einher, nicht zuletzt weil Politik auch immer Macht bedeutet und sich Macht immer dem Instrument der militärischen Gewalt bedienen kann (Czempiel 2004: 19).

Das Ergebnis spiegelt sich in dem höchst widersprüchlichen Verhältnis zwischen Krieg und Demokratie sowie Demokratisierung und Entwicklung wieder. Auf der einen Seite werden die gravierenden Einschränkungen demokratischer und anderer Freiheiten mit dem Argument der internationalen Friedenssicherung legitimiert. Andererseits hat der Kampf gegen autoritäre Regime erfolgreiche Transformationsprozesse eingeleitet. Die Imperialismustheorie versucht daher die Entstehung und Ausbreitung imperialistischer Politik darzustellen und zu analysieren. Aus diesem Grund wurden Erklärungsansätze erarbeitet, mit denen sowohl die Ursachen aufbrechender Konflikte als auch die Motive einzelner Akteure dargestellt werden können. Die drei wesentlichen erkenntnistheoretischen Denkschulen des Realismus, Liberalismus und Institutionalismus dienen dabei als Grundlage bei der Analyse des Charakters globaler Herrschaftsverhältnisse und der Verteilung von Macht im internationalen System (Czempiel 2004: 5).

1.3 Realismus, Liberalismus und Institutionalismus im Kontext imperialistischer Politik

1.3.1 Der Realismus

Die realistische Perspektive der internationalen Politik versteht jegliche Beziehungen innerhalb des internationalen Systems als Gewaltbeziehungen in einer von Staaten dominierten Umwelt. Sie geht davon aus, dass Macht, Machterhalt und Machtvergrößerung die einzigen Motivationen innerhalb dieses Systems darstellen (Risse-

⁷ "Aus der Sicht der realistischen Schule sind die gegenwärtig aufbrechenden Konflikte und Unruhen in vielen Teilen der Welt unvermeidlich und kaum einzudämmen, weil die heutige multipolare Struktur des internationalen Systems nicht zur Stabilisierung solcher Konflikte angetan ist. Liberale Theoretiker sehen dagegen "drei Welten" in der gegenwärtigen internationalen Politik. Da sind erstens die Welt des stabilen Friedens demokratischer Wohlfahrtsstaaten, zweitens die Welt der sich demokratisierenden Übergangsgesellschaften und drittens die friedlose Welt autoritärer Regime. Die blutigsten Konflikte finden heute an der Systemgrenze zwischen Demokratie und Diktatur sowie innerhalb von Übergangsgesellschaften statt. Institutionalisten schließlich ergänzen diese beiden Perspektiven, indem sie die konfliktbearbeitende und eindämmende Funktion internationaler Regime und Organisationen betonen. Außerdem verweisen sie auf einen graduellen Normenwandel in der Weltgesellschaft, wonach die innere Ordnung der Staaten, insbesondere die Achtung der Menschenrechte, immer stärker zum Gegenstand der internationalen Politik wird und in den Aufgabenbereich internationaler Institutionen fällt." (Risse-Kappen 1995: 10f., Hervorhebung im Original).

Kappen 1995: 11). In dieser anarchischen Struktur, in der sowohl eine zentrale Autorität Gewaltmonopol als auch eine auf internationale Kooperation basierende Systemordnung fehlen, kann sich jeder Staat letztendlich nur auf sich selbst verlassen. Jeder andere rational agierende Akteur wird versuchen, seine Machtposition erstens, zu erhalten und zweitens, zu erweitern. Der übergeordnete Wille zu Überleben und die Machtverteilung definieren die Position eines Staates innerhalb dieser Systemordnung. Deshalb ist die Kooperationsbereitschaft sehr gering und wird nur angestrebt und aufrechterhalten, wenn sie den jeweiligen Machtinteressen entspricht (ebd.). Die auf Konkurrenz und Misstrauen basierenden Bedrohungswahrnehmungen führen wiederum zu zwanghaften Verteidigungsvorkehrungen und der Anhäufung militärischer Machtressourcen. Diese dem Aufrüstungsszenario zugrundeliegende Logik basiert auf Selbstschutz. Aufgrund der allgegenwärtigen Bedrohungswahrnehmung löst sie einen Rüstungswettlauf aus, der schließlich in einem "Sicherheitsdilemma" (Herz 1951: 7) mündet und zwangsläufig zu gewalttätigen und kriegerischen Auseinandersetzungen führen muss. Krieg ist in diesem Zusammenhang die einzige logische Konsequenz des Machterhalts (Czempiel 2004: 13; Risse-Kappen 1995: 12). Macht wiederum "bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht." (Weber 1980: 28).

1.3.2 Der Liberalismus

Der realistischen Betrachtungsweise einer anarchischen Systemstruktur stehen die Grundannahmen der liberalen Denkschule gegenüber. Demnach betont die liberale, politisch-soziale Weltanschauung die wachsende Kooperationsbereitschaft innerhalb des internationalen Systems und hebt die Bedeutung partizipativer Mitsprache und wirtschaftlicher Wohlfahrt gegenüber dem Sicherheitsnexus hervor (Czempiel 2004: 5, 10). Den bedeutendsten Beitrag leistete die liberale Strömung mit der Erkenntnis, dass das außenpolitische Verhalten entscheidend von den innenpolitischen Herrschaftsverhältnissen abhängt (Czempiel 2004: 10). Für den Realismus erweisen sich einzig und allein Militärallianzen als rationale Lösungsstrategien bei der Abwehr gemeinsamer Feinde und Gewährleistung nationaler Sicherheit. Hier ist das demokratische System des Liberalismus in der Lage, die innere Ordnung des Staates mit den außenpolitischen Interessen zu die verknüpfen, auch wenn nach wie vor im inneren vorherrschenden

Konfliktaustragungsmuster dazu neigen, sich in der Außenpolitik zu reproduzieren (Czempiel 2004: 5; Risse-Kappen 1995: 12). Liberale Regierungssysteme werden den Gegebenheiten und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts deshalb gerecht, weil sie sich durch rechtsstaatliche, kompromissorientierte und friedliche Lösungsstrategien auszeichnen und gesellschaftliche Akteure achten, akzeptieren und integrieren (Risse-Kappen 1995: 12). Auf internationaler Ebene begegnen sich demokratische Staaten friedlich und ordnen sich den freiwillig vereinbarten Konfliktregelungen unter, was nicht zuletzt daran liegt, dass sie die gleichen Normund Wertevorstellungen teilen. Diese "Konfliktbearbeitungsperspektive" (Czempiel 2004: 6) stellt im Grunde eine stabile Kooperationsstruktur dar und wirkt den auf Konkurrenz und Misstrauen basierenden Bedrohungswahrnehmungen entgegen. Das Verhältnis zwischen demokratischen und autoritären Systemen sowie totalitären Regimen untereinander ist wiederum stark von den Denkansätzen der realistischen Schule geprägt. Beide Parteien begegnen sich mit Argwohn und setzen aufgrund der potenziellen Bedrohung durch den jeweils anderen auf militärische Abschreckung und, falls nötig, auf Gewalt. (Risse-Kappen 1995: 12)

1.3.3 Der Institutionalismus

Der dritte, institutionalistische Ansatz bezieht sich zum Großteil auf die Hauptannahmen der realistischen Schule. Nationalstaaten sind rationale, eigennützige und gewalttätige Akteure in einem anarchischen System und neigen nur dann zur Kooperationsbereitschaft, wenn sie den jeweiligen Machtinteressen dienen. Der entscheidende Unterschied besteht nun aber darin, dass diese Akteure auch dann kooperationsbereit sind, wenn unilaterales Handeln aufgrund der permanenten Wettaufrüstung zu gravierenden Krisen oder kriegerischen Auseinandersetzungen führt (Risse-Kappen 1995: 12). Denn ein ungebremster Rüstungswettlauf sorgt nicht für mehr Sicherheit, sondern schafft, ganz im Gegenteil, mehr Unsicherheit und einen Zustand ständiger Angst. In diesen Situationen können rationale Alternativen, beispielsweise in Form von Rüstungskontrollabkommen, hervortreten. (ebd.) Langfristige und stabile internationale Kooperation sind daher grundsätzlich möglich, insofern das Ziel nur gemeinsam erreicht werden kann und im Interesse jedes einzelnen Akteurs liegt. Institutionalisten betonen zudem den Einfluss internationaler Institutionen gegenüber Verhaltensweisen, nationalstaatlicher da diese regelund normenbedingten

Verhaltensprozesse bei den Akteuren zu einer Angleichung von Verhaltenserwartungen führen (Rausch 2010: 437). Grundsätzlich sind auch Diktaturen kooperationswillig und fähig, da, im Unterschied zur liberalen Denkschule, nicht nur von den innenpolitischen Machtstrukturen ausgegangen wird (Risse-Kappen 1995: 13). Im folgenden Teil soll die Imperialismustheorie aus einer historischen Perspektive erarbeitet werden.

1.4 Die Imperialismustheorie von John A. Hobson

John Atkinson Hobsons historisches Werk Imperialism: A Study aus dem Jahre 1902 liefert die erste ökonomisch begründete Kritik imperialistischer Expansionspolitik und stellt schon frühzeitig erste Grundzüge einer globalisierten Welt dar. Hobson behauptet, dass die dem Imperialismus zugrundeliegende koloniale Expansion zwangsläufig zu Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen führen wird und unter dem Gesichtspunkt der voranschreitenden Kapitalisierung der Welt betrachtet werden muss. Dabei verurteilt er vor allem die in den 1880er Jahren einsetzende Phase des Imperialismus, nicht nur weil sie verheerende Konsequenzen für die Menschen in den kolonisierten Gebieten, sondern auch für den Großteil der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern selbst nach sich zieht (Heinrich 2003: 282). In seiner Argumentation erarbeitet Hobson zwei zentrale Erklärungsansätze imperialistischer Expansionspolitik. Der erste, wirtschaftssoziologische Erklärungsansatz identifiziert dabei verschiedene Interessensgruppen, die unmittelbar von den imperialistischen Expansionsbestrebungen profitierten und diese vorantreiben. Der zweite, ökonomischstrukturelle Erklärungsansatz verweist auf die übergeordnete Rolle des im Ausland investierten Kapitals. (ebd.: 283f.)

Hobsons Imperialismustheorie bezieht sich sehr stark auf die Unterkonsumtionstheorie. Diese besagt, dass die in den Industriestaaten kontinuierlich wachsende Arbeitsproduktivität die Konsumkraft der dortigen Bevölkerungen übersteigt und die daraus resultierende Überproduktion zwangsläufig zur Bildung überschüssigen Kapitals führt (Hobson 1905: 37ff.). Das überschüssige Kapital wird, ebenso wie die überschüssigen Warenprodukte, exportiert. Diese Expansion führt schließlich dazu, dass die aus den Auslandsinvestitionen getätigten Gewinne jene der Warenexporte übersteigen. In diesem Kapitalüberschuss, dem daraus resultierenden Kapitalexport und der Sicherung

dieser Gewinne durch Unternehmen, Banken und großindustrielle Investorengruppen sieht Hobson die eigentliche Ursache des Imperialismus (Hobson 1905: 63ff.). Die intensiven, von den verschiedenen Interessensgruppen vorangetriebenen Kapitalexporte sind "[...] das notwendige Resultat einer ungehemmten Entwicklung des Kapitalismus [...]." (Heinrich 2003: 285). Grundvoraussetzung für den Kapitalexport ist einerseits die Fähigkeit einiger weniger großindustrieller KapitalistInnen einen gewaltigen Reichtum anzusammeln, und diesen aufgrund der enormen Sparleistung andererseits so effektiv zu nutzen, dass die Produktion letztlich massiv ausgeweitet werden kann (Heinrich 2003: 285). In weiterer Folge, und bedingt durch die Produktionsausweitung, übertrifft die gesteigerte Produktivkraft den effektiven Verbrauch in einem solchem Maße, dass es zu einer "Unterkonsumtionssituation" (Heinrich 2003: 285) bzw. Überproduktion kommt, die wiederum die gewinnbringende Investition des erwirtschafteten Kapitals erheblich erschwert. (ebd.) Die Unterkonsumtion führt schließlich zur Bildung von Kartellen und Trusts. Diese begrenzen zwar die Produktion und erhöhen den Profit, verschärfen aber zur gleichen Zeit die dem überschüssigen Kapital zugrundeliegende Inkonsistenz, denn obwohl das angelegte Kapital profitabel bleibt,

[...] lassen sich diese Profite nicht mehr in derselben Branche investieren. Dieser Prozess spielt sich nacheinander in fast allen Industriezweigen ab. Kapital kann jetzt nur noch investiert werden, wenn die zusätzlichen Produkte exportiert werden, oder, was erheblich effektiver ist, wenn als Investitionsgebiet gleich das Ausland dient. (Heinrich 2003: 285)

Die koloniale Inbesitznahme kann daher als Resultat imperialistischer Expansionsbestrebungen angesehen werden, da mit ihr neue Absatzmärkte geschaffen, billigere Produktionsstandorte gefunden und profitable Rohstoffquellen erschlossen wurden.⁹

0

⁸ Ein Kartell ist der "vertragliche Zusammenschluss von Unternehmen gleicher Produktions- oder Handelsstufe, die rechtlich selbstständig bleiben, ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit jedoch ganz oder zum Teil aufgeben, um daraus einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen." (Pollert/Kirchner/Polzin 2004: 71f.). Dabei ist zwischen verschiedenen Arten von Kartellen zu unterscheiden: "Preiskartelle, Gebietskartelle, die Vereinbarungen festgelegte Absatzgebiete Quotenkartelle, über treffen, Rabattkartelle, Rationalisierungskartelle oder Krisenkartelle, die dauerhafte oder vorrübergehende Absatzrückgänge und deren wirtschaftliche Schäden als Folge von Konjunktur- oder Strukturkrisen durch gemeinsames Vorgehen mildern wollen." (ebd.). Ein Trust ist wiederum ein "Zusammenschluss von Unternehmen, die ihre rechtliche und wirtschaftliche Selbstständigkeit im Gegensatz zum Konzern aufgeben. Die Fusion von Unternehmen zum Trust erfolgt entweder durch Übernahme des Vermögens der übertragenden Gesellschaft durch eine andere Gesellschaft oder durch die Verschmelzung der Unternehmen und Bildung einer neuen Gesellschaft." (ebd.: 91).

⁹ "However costly, however perilous, this process of imperial expansion may be, it is necessary to the continued existence and progress of our nation; ¹ if we abandoned it we must be content to leave the development of the world to other nations, who will everywhere cut into our trade, and even impair our means of securing our food and raw materials we require to support our population. Imperialism is thus seen to be,

Unternehmen, Banken und großindustrielle Investorengruppen stehen in Anbetracht der intensiven Kapital- und Warenexporte nicht nur unter dem Verdacht, die imperialistische Expansionspolitik vorangetrieben, sondern sich auch in einem großen Maße an ihr bereichert zu haben (Heinrich 2003: 286; Hobson 1905: 42ff.; 57ff.). In diesem Zusammenhang spielt vor allem die über öffentliche Anleihen¹¹ finanzierte Staatsverschuldung eine übergeordnete Rolle, da die von den Finanzkreisen verfolgten Interessen nur über diese finanziert werden können (Heinrich 2003: 284). 12 Hobson bezieht sich dabei sowohl auf die negative Wirkung des staatlichen Verschuldungsgrades als auch auf die dem Imperialismus zugrundeliegende Politik. Der Kapitalexport, der zwangsläufig zum Imperialismus führt, ist strukturell in der Ökonomie verankert und produziert einen ununterbrochenen Kapitalüberschuss. Ihre Ursache erkennt Hobson allerdings nicht in der kapitalistischen Produktionsweise, sondern in der unzureichenden Einkommens- bzw. Vermögensverteilung. (Heinrich 2003: 286; Hobson 1905: 48, 50ff.) Seiner Meinung nach kann der imperialistischen Expansion entgegengewirkt werden, indem die Kaufkraft der ArbeiterInnen durch höhere Gewinnbeteiligungen an der industriellen Produktion angepasst wird (Heinrich 2003: 286). Diese soziale Umverteilung wird aber in den imperialistischen Ländern aufgrund der imperialistischen Politik der Industrie- und FinanzkapitalistInnen verhindert (ebd.). Deshalb sieht Hobson die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als den natürlichen Feind des Imperialismus, denn nur das Volk besitzt die Fähigkeit die dominanten Machtstrukturen des Imperialismus zu durchbrechen (Hobson 1968 [1902]:

not a choice, but a necessity." (Hobson 1905: 65). (1 "And why indeed, are wars undertaken, if not to conquer colonies which permit the employment of fresh capital, to acquire commercial monopolies, or to obtain the exclusive use of certain highways to commerce?" (Loria/Keasbey 1899: 267).

¹⁰ "[...] imperialistische Politik benötigt auch im Innern einen starken Staat. Insofern sind auch konservative Kreise für die imperialistische Propaganda empfänglich oder benutzen sie ganz gezielt zur Sicherung ihrer politischen Macht." (Heinrich 2003: 286).

¹¹ Unter öffentlichen Anleihen sind Schuldverschreibungen zu verstehen, die über Banken verkauft werden können. Verschiedene Institutionen, u.a. Bund, Länder, öffentliche Körperschaften, Sonderkreditinstitute oder Aktiengesellschaften, können auf dem Kapitalmarkt Anleihen verkaufen, um sich Finanzierungsmittel in Form von Geld zu beschaffen. Dabei weisen Anleihen eine bestimmte Verzinsung, Laufzeit und vertraglich festgelegte Tilgung auf. Ihre Rendite ist sowohl vom Zinssatz als auch vom Ausgabe- bzw. Rückzahlungskurs abhängig. Darüber hinaus unterliegen Kurse öffentlicher Anleihen deutlich geringeren Preisschwankungen als Aktienkurse. (Pollert/Kirchner/Polzin 2004: 420)
¹² "Da die Investoren stets auf Kredite angewiesen sind, haben die Finanziers zum einen dieselben Interessen

[&]quot;Da die Investoren stets auf Kredite angewiesen sind, haben die Finanziers zum einen dieselben Interessen wie die im Ausland investierenden Unternehmer. Zum anderen hätten die Finanzkreise aber noch ein weiteres Interesse am Imperialismus, da die imperialistische Politik nicht ohne öffentliche Anleihen zu finanzieren sei. Hobson argumentiert, der Imperialismus führe zwangsläufig zu einer höheren Staatsverschuldung, denn würden die Kosten für die enormen Rüstungsanstrengungen und den Erhalt der Kolonien über Steuern finanziert, so würde sich bei großen Teilen der Bevölkerung Widerstand regen. An den Staatsschulden können Banken und Finanziers aber ohne Risiko verdienen." (Heinrich 2003: 284f.).

301).¹³ Sollte die imperialistische Politik allerdings nicht überwunden werden, entsteht in weiterer Konsequenz jenes "Sicherheitsdilemma" (Herz 1951: 7), das "[...] vom realistischen Paradigma [...] als unhintergehbarer Naturzustand des internationalen Systems immer schon vorausgesetzt wird." (Heinrich 2003: 286).¹⁴ Imperialistische Politik und imperialistische Propaganda sind in sehr hohem Maße aggressiv und daher friedensgefährdend (ebd.). Ähnlich argumentiert auch der russisch kommunistische Politker, Revolutionär und Theoretiker Wladimir I. Lenin. In seiner Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* erarbeitet Lenin die These, dass der Imperialismus das monopolistische Endstadium des Kapitalismus darstellt.

1.5 Die Weiterentwicklung der Imperialismustheorie durch Wladimir I. Lenin

Die wirkungsgeschichtlich entscheidendste Weiterentwicklung fand John A. Hobsons Imperialismustheorie bei Wladimir Iljitsch Lenin. Lenin galt uneingeschränkter Anhänger des sozialdemokratisch popularisierten Marxismus (Heinrich 2003: 289). Diese Sichtweise änderte sich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges dramatisch, als "[...] die sozialdemokratischen Parteien die Kriegspolitik ihrer jeweiligen Regierungen mehrheitlich unterstützten und den Krieg als "Verteidigungskrieg" rechtfertigten." (ebd.). Als Grundlage für Lenins Imperialismustheorie, mit der er aufzeigen wollte, dass der Erste Weltkrieg ein unter den Großmächten ausgetragener imperialistischer Krieg ist, diente sowohl John A. Hobsons Imperialism: A Study, Nikolai Bucharins Imperialismus und Weltwirtschaft als auch Rudolf Hilferdings Finanzkapital (Heinrich 2003: 290; Henning 2006: 56f.).

τ.

^{13 &}quot;Insofern könne nur eine "echte Demokratie", in welcher das Volk tatsächlich die Politik bestimmt, die Macht der imperialistischen Kräfte brechen (Hobson 1968 [1902]: 301). Diese echten Demokratien würden auch die unter dem Imperialismus stets latente Kriegsgefahr beseitigen: Aufgeklärte Demokratien würden die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennen und diese durch eine freundschaftliche Politik sichern. Damit formuliert Hobson zwar [...] ähnlich wie schon Immanuel Kant in seiner Schrift Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf den Grundgedanken des idealistischen Paradigmas [...], doch bleibt er gegenüber dessen Realisierungschancen skeptisch. Hobson sieht nämlich auch die Möglichkeit, dass ein imperialistisches Bündnis, eine "Allianz westlicher Staaten, eine Föderation der europäischen Großmächte entstehen könnte. Weit entfernt, die Sache der Weltzivilisation zu fördern, könnte sie im Gegenteil die gigantische Gefahr eines westlichen Parasitismus herausfbeschwören. Die Oberschichten einer Gruppe fortgeschrittener Industrienationen würden aus Asien und Afrika ungeheure Tribute beziehen" (Hobson 1968 [1902]: 304) und die Welt ihrem "parasitären Imperialismus" (Hobson 1968 [1902]: 305) unterwerfen." (Heinrich 2003: 286f., Hervorhebung im Original).

¹⁴ Vgl. hierzu Abschnitt 1.3, Realismus, Liberalismus und Institutionalismus im Kontext imperialistischer Politik, in dieser Arbeit.

Für Lenin stellt der Imperialismus nicht nur das aggressivste und somit letzte Stadium des Kapitalismus, sondern eine unausweichliche historische Notwendigkeit dar, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist: Erstens, führt die Produktion und Konzentration des Kapitals zur Herausbildung von Monopolen, die das gesamte Wirtschaftsleben dominieren. Zweitens, bildet sich durch die Verschmelzung von Bankund Industriekapital eine "Finanzoligarchie" (Lenin 1981 [1917]: 270) auf Grundlage des Finanzkapitals heraus. Drittens, erlangt der Kapitalexport gegenüber dem Warenexport an besonderer Bedeutung. Viertens, bilden sich ,,internationale monopolistische Kapitalistenverbände" (ebd.) heraus, die die Welt unter sich aufteilen. Und fünftens ist der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus abgeschlossen, wenn die gesamte Welt unter den kapitalistischen Großmächten aufgeteilt ist (Lenin 1981 [1917]: 270f.). Wie schon in der von Hobson dargebotenen ökonomischen Auffassung imperialistischer Politik, versucht auch Lenin das Phänomen des Imperialismus durch die Benennung ökonomischer Ursachen zu erklären. Während Hobson von einer ungleichen sozialen Verteilung in den kapitalistischen Industriestaaten ausgeht, sieht Lenin in seiner marxistischen Deutung den Imperialismus als unvermeidliches Produkt des Kapitalismus. Dabei gestaltet der Imperialismus den Kapitalismus nicht von Grund auf neu (Lenin 1959 [1917]: 465). Vielmehr ist er als Fortsetzung der Entwicklung des Kapitalismus zu verstehen, in dessen Verlauf er die dem Kapitalismus zugrundeliegenden Widersprüche verschärft, aber nicht beseitigen kann. (ebd.) Der auf Konkurrenz basierende Wettbewerb, der noch im vorimperialistischen Zeitalter innerhalb eines nationalen Marktes verwirklicht wurde, ist im Imperialismus ausschließlich durch die Expansion über den Weltmarkt möglich. (Heinrich 2003: 290; Henning 2006: 57) Folglich wird der freie Wirtschaftswettbewerb durch den Monopolkapitalismus ersetzt, worin der Imperialismus seine wahre ökonomische Gestalt zeigt (Lenin 1960 [1924]: 34). Das Monopol äußert sich "[...] in den Trusts, Syndikaten [...], in der Allmacht der Riesenbanken, [...] im Aufkauf der Rohstoffquellen [...], der Konzentration des Bankkapitals [...]. [...] [Das] ist der Kern der ganzen Sache [...]" (Lenin 1975a [1917]: 34), wobei sich die verschiedenen nationalstaatlichen Monopole in internationaler Konkurrenz zueinander befinden und versuchen ihre jeweiligen nationalstaatlichen Politiken zu beeinflussen (Heinrich 2003: 290; Henning 2006: 57). Das Finanzkapital ist, wie bei Hobson, auf einen starken Staat, der ihm den inländischen Markt durch seine restriktive Zoll- und Tarifpolitik sichern und die Inbesitznahme ausländischer Märkte erleichtern soll, angewiesen (Hilferding 1910: 456).

Die imperialistische Expansionspolitik ist nicht nur ökonomisch von entscheidender Bedeutung, denn in Anbetracht der zunehmenden geopolitischen Konkurrenz unter den Großmächten, dient sie sowohl der interessenpolitischen Einflussnahme gegenüber anderen Staaten als auch der Absicherung der eigenen Macht- und Hegemonieposition im internationalen System (Henning 2006: 57). Für Lenin zeichnen sich somit zwei miteinander verbundene, aber zwangsläufig widersprechende Tendenzen des Kapitalismus ab: die expansionistische Internationalisierung des Kapitals durch den Weltmarkt einerseits und die fortschreitende nationale Organisation und Integration des Kapitals andererseits (ebd.). Die dem Imperialismus zugrundeliegende geopolitische Eroberungspolitik und globale ökonomische Konkurrenz kann letztendlich durch keine andere Gestaltung der Ordnung ersetzt werden, worin Lenin die fundamentale Schwäche des Imperialismus und entscheidende Zwangsläufigkeit der proletarischen Revolution sieht. 15 Demnach reproduziert das von Lenin hervorgehobene Konzept der ungleichen Entwicklung, aufgrund der vielfältigen Voraussetzungen in den Nationalstaaten, 16 unterschiedliche Kapitalismen 17 und somit unterschiedliche Entwicklungsprozesse, die sich wiederum in unterschiedlichen politisch-militärischen Kräfteverhältnissen der imperialistischen Großmächte ausdrücken (Henning 2006: 57f.).

Die *politisch-militärischen* Kräfteverhältnisse der Großmächte könnten zu einem bestimmten Zeitpunkt den *ökonomischen* Kräfteverhältnissen entsprechen und sich in einer bestimmten geopolitischen Aufteilung der Welt unter ihnen niederschlagen. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte diese Aufteilung nicht mehr den realen, veränderten ökonomischen Verhältnissen entsprechen, was aus Sicht der nationalen Kapitalien eine Neuaufteilung der Welt erforderlich machte. (Henning 2006: 57f., Hervorhebung im Original)

In diesem Zusammenhang spielt der Monopolkapitalismus eine übergeordnete Rolle, da die Monopole die imperialistische Expansion, die zur Aufteilung der Welt führt, brauchen. Der durch den Imperialismus verursachte Drang nach Okkupation, Annexion und Herrschaft und die daraus resultierende Instabilität führt zur Neuaufteilung der Welt und somit zu kriegerischen Auseinandersetzungen (Lenin 1981 [1917]: 280). Der Erste Weltkrieg als imperialistischer Krieg stellt wiederum den Vorabend der sozialistischen

¹⁵ Denn "[a]us allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß [sic] er charakterisiert werden muß [sic] als Übergangskapitalismus oder, richtiger als sterbender Kapitalismus." (Lenin 1981 [1917]: 307).

Unter anderem äußern sich diese Voraussetzungen in den natürlichen Bedingungen, der staatlichen Durchsetzungs- und Interventionskraft, dem bisherigen industriellen Entwicklungsstand sowie den innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen (Henning 2006: 57).

Darunter ist die Existenz simultaner Formen des Kapitalismus, die sich unter anderem in ihrer Geschwindigkeit und ihrer Intensität unterscheiden, zu verstehen.

Revolution und somit den Übergang vom staatsmonopolitischen Kapitalismus zum Sozialismus dar (Lenin 1974 [1917]: 370; 1975b [1917]: 104).

1.6 Zur Renaissance strukturalistischer Erklärungsansätze

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges fanden auch die imperialistische Expansionsbestrebungen ein jähes Ende. Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus leiteten das Zeitalter der totalitären Herrschaft ein. Die Imperialismustheorie verlor an Bedeutung. Mit der in den 1960er Jahren weitgehend abgeschlossenen Entkolonialisierung setzte eine Renaissance imperialistischer Erklärungsansätze, und im speziellen des strukturalistischen Paradigmas, ein (Heinrich 2003: 293). Der sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausbildende Ost-West-Konflikt¹⁸ veränderte die globale Machtstruktur grundlegend. Gekennzeichnet durch die Entstehung der zwei dominanten Machtblöcke des sozialistischen Lagers und der westlich-demokratischen Allianz, ist dieser Konflikt in erster Linie in der "Logik der Systemkonfrontation" (Deppe 2008: 21) zwischen der Sowjetunion und den USA zu verstehen (Hartwich 1964: 411). Dabei führte die sowjetische Expansionspolitik und die US-amerikanische Politik der Eindämmung hinter der ideologischen Grenze des Eisernen Vorhangs zur Teilung einer bipolar strukturierten Welt (Hartwich 1964: 411; Risse-Kappen 1995: 13; Schraeder 1994: 247f.). Beide allem Staatengruppen unterschieden sich in sozioökonomischen vor ihren Ordnungssystemen und dem politischen Geltungsanspruch gegenüber anderen Staaten (Hartwich 1964: 411). Zur Konsolidierung der Machtbasis, äußeren Absicherung der Einflusssphären und inneren Stabilisierung der Staatsgebiete, nutzten beide Blöcke alle ihnen militärisch und wirtschaftlich zur Verfügung stehenden Ressourcen (Dülffer 2004: 1; Risse-Kappen 1995: 13f.). Die sich in dem jeweiligen Machtblock befindlichen Staaten konnten sich daraufhin nicht mehr auf eigene, souveräne Verteidigungsmöglichkeiten stützen. Vielmehr gewährleisteten nur noch kollektive, von der jeweiligen Supermacht auferlegte Sicherheitswahrnehmungen den Schutz der eigenen Staatsgrenzen (Hartwich

.

¹⁸ Aus Sicht des Realismus stellt der Ost-West-Konflikt einen bipolaren Hegemoniekonflikt zwischen den Großmächten USA und Sowjetunion dar (Risse-Kappen 1995: 13). Aus der liberal-theoretischen Perspektive muss vielmehr von einem Weltordnungskrieg gesprochen werden, in dem um die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Systemordnung konkurriert wurde, da diesem Konflikt, "[...] im Hinblick auf die Partizipations- und Wohlfahrtsinteressen der Menschen [...]" (Risse-Kappen 1995: 16), völlig unterschiedliche Auffassungen des Menschenbildes, der Menschenrechte sowie des Wirtschafssystems zugrunde liegen (Risse-Kappen 1995: 16).

1964: 411). ¹⁹ Europa war in diese Machtstruktur eingebunden (Heinrich 2003: 293). Wie die Bewegung der Blockfreien Staaten²⁰ verdeutlicht, hat die bipolare Machtstruktur der 1950er Jahre nicht zu einer vollends abgeschlossenen Zweiteilung der Welt geführt. Unaufhörliche Spannungen zwischen und innerhalb der Blöcke sowie die zusätzlich ins Gewicht fallende Neutralität der Blockfreienbewegung wirkten dieser Entwicklung kontinuierlich entgegen. (Hartwich 1964: 413)

Mit der Herausbildung neuer Staaten an der Peripherie des Weltsystems entstanden Akteure, die nun sowohl in den Institutionen der UNO als auch in eigenen Bündnissystemen über politischen Einfluss verfügten. Trotz der lang ersehnten Unabhängigkeit von den Kolonialmächten waren diese Länder durch hohe Armut, geringe Bildung, schlechte Gesundheitsversorgung und eine geringe wirtschaftliche Leistungskraft charakterisiert. (Deppe 2008: 23) Es konnte zudem nichts darüber hinwegtäuschen, dass die in die Unabhängigkeit entlassenen Kolonien ihre wirtschaftliche Abhängigkeit zu den ehemaligen Kolonialmächten, vor allem bei Rohstoffen und Konsumgüterimporten, beibehielten (Deppe 2008: 23; Heinrich 2003: 293). In weiterer Konsequenz wurden daher sowohl Konzepte zur Überwindung der Unterentwicklung als auch Theorien zur Erklärung dieser erarbeitet, wobei der Ost-West-Konflikt, und im speziellen der Konkurrenzkampf um die Integration dieser Länder in die freie Welt oder das sozialistische Lager, diese Strategien in einem sehr hohen Maße beeinflusste (ebd.).

¹⁹ "Die außenpolitische Bewegungsfreiheit der zu den beiden Blöcken gehörenden Staaten wurde aber nicht allein durch das Sicherheitsbedürfnis eingeschränkt, sondern auch durch die beherrschende Rolle, die die USA bzw. die Sowjetunion innerhalb der Blöcke spielten [...]. Quelle ihrer Machtstellung ist vor allem die Entwicklung der Waffentechnik – Atom- und Wasserstoffbomben sowie Raketen – und das notwendige Wirtschaftspotential, um die ungeheuren Lasten der Rüstung tragen zu können. Die beherrschende Stellung der beiden großen Mächte bedeutet für die Mitglieder der Allianz erhöhte Abhängigkeit, [...] (Faktische Einschränkung der Souveränität). Der Druck von außen und die Einsicht in die Notwendigkeit einer kollektiven Verteidigung dämmten lange den Wunsch der Staaten nach außenpolitischer Bewegungsfreiheit ein. Als dieser Druck nachzulassen schien, offenbarte das [...] das Unbehagen einer einstigen Großmacht, in einem Block eingezwängt zu sein, [...]. Solche Spannungen wirken auch in den Beziehungen zwischen den Ostblockstaaten. Ihre Regierungen fühlten [...] sich in verschiedenen Graden durch einen gemeinsamen weltanschaulichen Gegner bedroht (durch das kapitalistische Lager). Eine veränderte Einschätzung der Bedrohung, Meinungsverschiedenheiten über die Wahrung nationaler Interessen einzelner Völker sowie über die außenpolitische Taktik bewirkten eine Auflockerung auch in der kommunistischen Staatengruppierung." (Hartwich 1964: 412).

²⁰ Mit der nach dem Zweiten Weltkrieg in Kraft gesetzten Entkolonialisierung entstand auch eine die beiden dominanten Machtblöcke zunehmend beeinflussende Bewegung der Blockfreien Staaten (Hartwich 1964: 412). Unter diesem Begriff können all jene Länder zusammengefasst werden, die sich nach Auflösung der Kolonialreiche und während des Ost-West-Konflikts weder dem demokratisch-kapitalistischen noch dem kommunistischen Block anschlossen. Vielmehr forderten diese Staaten unter Anwendung antikolonialer und antiimperialer Rhetoriken ihre souveräne Selbstbestimmung ein (Hartwich 1964: 412f.; Schubert/Klein 2006: 45).

Innerhalb der neoimperialistischen Theorie setzte sich daher die Erkenntnis durch, dass es zur politischen und wirtschaftlichen Machtdominanz nicht zwangsläufig den Kolonialstatus eines Landes bedarf, sondern auch "Handelsverträge, Militärpakte, Kreditvergabe [...] als Mittel der imperialistischen Herrschaft dienen können." (Heinrich 2003: 294). Somit musste auch Lenins Imperialismustheorie neu bewertet werden. Die neuen souveränen Staaten haben weder die Transformation zum Sozialismus bzw. den Bruch mit dem kapitalistischen System vollzogen noch ihre ökonomische Position innerhalb des Weltmarktes grundlegend verbessern können. Der alte Imperialismus hat sich zu einem Neoimperalismus transformiert und die ehemaligen Kolonien zu zentralen Austragungsschauplätzen erklärt. (Heinrich 2003: 293) In diesem Zusammenhang hat sich vor allem die Rolle des Staates grundlegend verändert (Winkler 2011 [1974]: 9ff.). Vertreter der Neoimperialismustheorie argumentieren, dass dieser nicht mehr nur die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kapitalverwertung schafft, sondern fortan direkt in den Wirtschaftsprozess eingebunden ist. Der Staat betreibt also eine aktive Wirtschaftspolitik, wodurch eine entscheidende Alternative zum bisherigen rivalisierenden Kapitalexport entstanden ist (Heinrich 2003: 295; Kocka 2011 [1974]: 19ff.; Winkler 2011 [1974]: 9ff.). "Während der alte Imperialismus noch durch eine Konkurrenz rivalisierender imperialistischer Mächte gekennzeichnet war, schien der Neoimperialismus [...] eine gemeinsame Front der imperialistischen Länder [...]" (Heinrich 2003: 295) darzustellen. Diese Tatsache beeinflusste in zunehmendem Maße auch die entwicklungspolitische Debatte.

Die zentrale These der Dependenztheorie ist daher, dass der unterschiedliche verschiedener Weltregionen Entwicklungsstand durch internationale Ausbeutungsverhältnisse verursacht wird.²¹ Demnach konnte der Aufstieg bzw. die Industrialisierung der Kolonialmächte erst durch die Inbesitznahme und gleichzeitige Ausbeutung der Kolonialgebiete ermöglicht werden (Komlosy 2006: Unterentwicklung²² ist demzufolge als Konsequenz der Integration in die Weltwirtschaft zu

²¹ In seinem 1972 erschienen Werk Lumpenbourgeoisie: Lumpendevelopment: Dependence, Class and Politics in Latin America revidiert André Gunder Frank, einer der bedeutendsten Vertreter des Dependenzansatzes, seine Meinung und geht nun davon aus, dass nicht nur exogene Momente, sondern sowohl endogene als auch exogene Faktoren einer gleichberechtigten Entwicklung entgegenwirken.

²² Ich bin mir der Problematik mit dem Umgang des Begriffs Unterentwicklung bewusst. VertreterInnen der Dependenztheorie sehen Unterentwicklung als Konsequenz exogener Faktoren und führen die in den Ländern des Südens vorherrschenden gravierenden Probleme nicht auf den Ausschluss bzw. auf die mangelnde Integration in den Entwicklungsprozess zurück, sondern auf die von den Industrieländern initierte und auf Abhängigkeit basierende Integration in die von den Kolonialmächten dominierte Weltwirtschaft (Komlosy

verstehen (ebd.). Die "permanente primäre Akkumulation" (Frank 1980: 71), die sich auf Rohstoffquellen und landwirtschaftliche Monokulturen bezog und dem alleinigen Vermögenstransfer von den Satelliten in die Metropolen²³ diente, ist im Zeitalter des damals vorherrschenden imperialistischen Konkurrenzkampfes zu verstehen (Heinrich 2003: 296; Komlosy 2006: 15). Der kapitalistische Weltmarkt stellt für die Länder des globalen Südens nicht den erhofften Entwicklungs- bzw. Modernisierungsmotor dar, sondern jenes zentrale, zur strukturellen Unterentwicklung führende Bindeglied des peripheren Kapitalismus, das zur abhängigen Entwicklung führt (Senghaas 1974: 18). Im Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Tradition, die den Staat unter Einfluss der Monopole sowie die direkte politische Herrschaft für die imperialistischen Machtstrukturen verantwortlich macht, bringen für den dependenztheoretischen Ansatz nur die strukturellen Wirkungen des Weltmarktes imperialistische Herrschaftsverhältnisse hervor. "Entscheidend ist weniger die "direkte" Gewalt als vielmehr die "strukturelle" Gewalt der ökonomischen Verhältnisse." (Heinrich 2003: 296, Hervorhebung im Original).

Darauf aufbauend argumentiert Johan Galtung in seiner strukturellen Theorie des Imperialismus, dass nicht nur zwischen Nationen in den Zentren (entwickelte Länder) und Nationen in den Peripherien (Entwicklungsländer) unterschieden werden muss, sondern auch zwischen privilegierten und unterprivilegierten Gruppen innerhalb dieser Zentrum-Peripherie-Polarisierung (Galtung 1972: 29, 35ff.; Ramminger 2003: 13). Unter Imperialismus versteht Galtung nicht die direkte Machtausübung einer Zentrumsnation über eine Peripherienation, sondern jene Machtausübung, die als "Interessensharmonie zwischen dem Zentrum in der Zentralnation und dem Zentrum in der Peripherienation [...]" (Galtung 1972: 35) bezeichnet werden kann. Dabei fungiert das Zentrum der Peripherienation als Bindeglied zwischen den Zentren von Zentral- und Peripherienation

^{2006: 12).} Diese von den Industriestaaten konstruierte Rückständigkeit ist entscheidend für die existenzielle Ausbeutung der Länder des globalen Südens (Duchesne 2006: 60f.).

²³ Die Metropolen-Satelliten-Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft ist in drei fundamentale kapitalistische Widersprüche gegliedert, die Unterentwicklung der Satelliten aufgrund der wirtschaftlichen Kapitalakkumulation sowohl manifestierte als auch die Entwicklung der Metropolen als Empfänger dieses Mehrwerts gewährleistete: 1. Die Enteignung/Aneignung von wirtschaftlichem Surplus; 2. Der Widerspruch der Metropolen-Satelliten-Polarisierung; 3. Der Widerspruch der Kontinuität im Wandel. Weiterführende Literatur: André Gunder Frank 1968, Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Wolfgang Hein 2000, André Gunder Frank. Metropolen, Satelliten und das Weltsystem und Ronen Palan 2006, Andre Gunder Frank's Legacy in Contemporary International Relations.

und ermöglicht sowohl den Wertetransfer²⁴ als auch die Aufrechterhaltung der vertikalen Machtstrukturen (ebd.: 44). Neben dieser vertikalen Interaktionsbeziehung, die die negativen Auswirkungen der ökonomischen Ausbeutung für das Individuum verdeutlicht, konstruiert Galtung zudem die feudale Interaktionsstruktur, die die strukturelle Abhängigkeit der Peripherienationen von den Zentralnationen unterstreicht (Galtung 1972: 55ff.). "Nur der nicht perfekte Imperialismus benötigt Waffen; der professionale Imperialismus stützt sich eher auf strukturelle als auf direkte Gewalt." (Galtung 1972: 55).

²⁴ Das Zentrum der Zentralnation kann die eigene Peripherie an diesem Werttransfer teilhaben lassen, wobei immer eine Dysbalance bezüglich Herrschaft, Macht und politischer Teilhabe bestehen wird. Damit nimmt Galtung sowohl Hobsons als auch Lenins These der Bestechung des Proletariats auf. (Galtung 1972: 35ff., 44)

2 Der Neue US-Imperialismus

2.1 Die Debatte um den Neuen US-Imperialismus

Mit dem Krieg gegen den Terror und der US-amerikanischen Doktrin präventiver Vergeltungsmaßnahmen²⁵ unter der Bush-Administration haben zahlreiche kritische AutorInnen damit begonnen, den permanenten und globalen Kriegszustand in den direkten Zusammenhang eines neuen, von den Vereinigten Staaten ausgehenden, Imperialismus zu setzen. Dabei spielt die klassische marxistische Imperialismustheorie nach wie vor eine übergeordnete Rolle. Sie kann sowohl die kapitalistischen Widersprüche des beginnenden 20. Jahrhunderts wie keine andere Theorie untersuchend darstellen als auch die aus dem gegenwärtigen Kapitalverhältnis bedingten permanenten internationalen Abhängigkeitsstrukturen und Widersprüche erklären (Henning 2006: 38). Vor diesem Hintergrund versuchen neuere Interpretationen der marxistischen Imperialismustheorie die damals gewonnenen Erkenntnisse den aktuellen polit-ökonomischen Rahmenbedingungen anzupassen und im Sinne dieses neuen Imperialismus weiterzuentwickeln.

Dieser Weiterentwicklung der Imperialismustheorie liegen verschiedene Erklärungsansätze zugrunde. Im Vordergrund steht dabei der weltweit von den USA geführte Krieg gegen den Terror seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und die Frage, welche Absichten die US-Regierung mit diesem radikalen Kurswechsel verfolgt und inwiefern diese Vorgehensweise im Kontext imperialistischer Interessenspolitik zu verstehen ist. Auf der einen Seite wird daher intensiv über die Rolle einzelner und sehr mächtiger intellektueller Interessensgruppen²⁶ diskutiert, die, wie schon Hobson argumentierte, den Staat aus der dominanten Motivation des Machterhalts und der

²⁵ Die Bush-Doktrin oder National Security Strategy der USA vom 20. September 2002 beansprucht die erweiterte Möglichkeit eines militärischen Erstschlags, um konkrete Bedrohungswahrnehmungen schon vor einem möglichen Angriff zu beseitigen. In diesem Zusammenhang reicht die Existenz von Massenvernichtungswaffen aus, um einen vorbeugenden Militäreinsatz zu legitimieren, auch wenn keine explizite Einsatzabsicht dieser Massenvernichtungswaffen vorliegt. (von Arnauld 2012 : 429) "Diese Doktrin dehnt den bewaffneten Angriff im Sinne einer Bedrohung für den Frieden aus und beansprucht unilaterale Eingriffsbefugnisse in Bereiche, die nach der UN-Charta dem Sicherheitsrat zugewiesen sind (Art. 24, 39 UNCh)." (ebd.).

²⁶ Zum Beispiel sind hier die Militärindustrie, Ölindustrie oder jüdisch-israelische Lobby zu nennen.

Machtvergrößerung heraus instrumentalisieren (Heinrich 2003: 286; Hobson 1905: 42ff.; 57ff.). Für diese liberalen ImperialistInnen oder Neokonservativen²⁷

[...] sind "Imperium" und "Imperialismus" nichts Negatives, sondern eine Notwendigkeit, um die Ordnung der Welt im Wohle aller aufrechtzuerhalten, um Demokratie und Freiheit als auch wirtschaftliche Prosperität in unterentwickelte Länder zu bringen. Sie stehen für eine Politik der militärischen Stärke und propagieren die Idee, dass die USA das Recht haben, einen "Präventivkrieg" gegen jeden Staat der Welt zu beginnen, und auch berechtigt seien, diesen Krieg unilateral, also ohne Unterstützung von UNO und Nato auf der Basis von "Koalitionen der Willigen" zu führen." (Henning 2006: 11, Hervorhebung im Original)

Auf der anderen Seite der imperialismustheoretischen Debatte ist die Rede von einer neuen Herrschaftsform, einer entgrenzten Welt ohne Zentrum, dem Empire. In diesem büßt der Nationalstaat seine zentrale Form und Funktion von Staatlichkeit ein. Das Empire absorbiert die wesentlichen Säulen staatlicher Souveränität (Kultur, Militär und Politik) und das imperialistische, auf zwischenstaatlichen Konflikten basierende, System verliert seine fundamentale Bedeutung. (Negri/Hardt 2002: 10)²⁸ In diesem Niedergang des Konflikte auf und das Nationalstaates treten neuartige Verhältnis zwischen Arbeitsorganisation, Lohnpolitik (lohnabhängiger Erwerbsarbeit) und Produktion (Kapital) erhält innerhalb der globalen, postindustriellen Gesellschaft eine völlig neue Bedeutung (ebd.: 291ff.). Staat und Kapital verschmelzen. Dadurch entsteht eine neue Form der Souveränität, die ihren Ursprung im globalen Markt hat. "Diese neue globale Form der Souveränität ist es, was wir Empire nennen." (ebd.: 10). Dieses Empire herrscht uneingeschränkt, zeichnet sich durch das Fehlen jeglicher Grenzen aus und kennt keine nichtkapitalistischen Sphären mehr, womit es sich grundlegend vom Imperialismus unterscheidet (ebd.: 200f., 222ff.). Dabei ist das Empire kein US-amerikanisches, sondern ein rein kapitalistisches System, in dem die USA lediglich eine privilegierte Position besitzen (ebd.: 194).

Die sich seit dem Zweiten Weltkrieg manifestierte Systemkonfrontation kann als Supermachtimperialismus verstanden werden, in dem die USA und die Sowjetunion um die alleinige, uneingeschränkte globale Machtdominanz konkurrierten. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zusammenbruch der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken besaßen die USA Anfang der 1990er Jahre die alleinige, allumfassende imperiale

²⁷ Auf den Charakter und die Rolle neokonservativer Ideen wird hier nicht näher eingegangen. Eine detaillierte und weiterführende Auseinandersetzung bietet Klaus Henning in seinem 2006 erschienenen Buch *Aufstieg der "Neocons". Politische Intellektuelle in den USA und der "Neue Imperialismus"*.

Weiterführende Literatur: u.a. Thomas Risse und Ursula Lehmkuhl 2007, *Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit*, Philipp Genschel und Bernhard Zangl 2007, *Die Zerfaserung von Staatlichkeit* und Mathias Albert und Willibald Steinmetz 2007, *Be- und Entgrenzung von Staatlichkeit*.

Machtstruktur, die es ihr ermöglichte, ihre außenpolitischen Interessen vor allen anderen Industriestaaten durchzusetzen. Schon während des Ost-West-Konflikts beruhte die imperiale Macht der Vereinigten Staaten auf der einzigartigen Fähigkeit, enorme technologische und wirtschaftliche Ressourcen in kürzester Zeit für militärische Zwecke zu mobilisieren und einen Großteil der Länder des globalen Südens in das kapitalistische System zu integrieren. Dabei hat sich der Charakter des US-Imperialismus grundlegend verändert.

Die USA stehen unter dem Verdacht, ihre geostrategischen, politischen und ökonomischen Machtinteressen unter Anwendung militärischer Gewalt durchzusetzen und somit die Militarisierung der Politik in den Ländern des globalen Südens voranzutreiben. Dabei provozieren die USA zwischenstaatliche Konflikte und sehen sich vermehrt mit schwerwiegenden Legitimationsproblemen konfrontiert. In diesem dritten Teil soll daher der zentralen Frage nachgegangen werden, wie sich die von den USA verfolgte imperialistische Politik äußert, welche Handlungsstrategie dieser Politik zugrunde liegt und welche Rolle Militärinterventionen bei der Durchsetzung außenpolitischer Interessen spielen.

2.2. Die US-Außenpolitik. Macht und Herrschaft als Garant einer imperialen Weltordnung

2.2.1 Isolationismus: Von der Monroe-Doktrin bis zum Zweiten Weltkrieg

Zahlreiche HistorikerInnen bewerten die US-amerikanische Außenpolitik bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges als Isolationismus (Henning 2006: 93). Den Grundstein dafür legte Präsident James Monroe im Jahre 1823 mit der sogenannten Monroe-Doktrin,²⁹ die die Grundzüge einer langfristigen außenpolitischen Orientierung der USA formulierte (Brzezinski 2001 [1997]: 19; Sexton 2011: 3ff.). In dieser politisch-ideologischen Handlungsstrategie, die im historischen Kontext des Antikolonialismus und aufstrebenden Imperialismus interpretiert werden muss, betonte Monroe die Unabhängigkeit der USA gegenüber den europäischen Großmächten und forderte eine von den Vereinigten Staaten ausgehende Politik der Nichteinmischung (ebd.). Zur gleichen Zeit drängte er auf ein Ende

²⁹ Die Monroe-Doktrin, benannt nach Präsident James Monroe (1817-1825), wurde aus einem antikolonialen Verständnis heraus formuliert und propagiert den zentralen Leitspruch "Amerika den Amerikanern" (Henning 2006: 94).

der von Europa ausgehenden Kolonialisierungsbestrebungen und verdeutlichte, dass die Rekolonialisierung der unabhängigen Staaten Lateinamerikas durch die europäischen Mächte weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen würde, da "[...] keine andere Großmacht außer der USA das Recht hätte, auf dem amerikanischen Kontinent zu intervenieren." (Henning 2006: 94, Hervorhebung im Original).

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewannen die Vereinigten Staaten militärisch und ökonomisch an Bedeutung. Sowohl die erfolgreichen Militärinterventionen in zahlreichen Ländern Lateinamerikas³⁰ als auch der Spanisch-Amerikanische Krieg, den die USA 1898 für sich entscheiden konnten und mit dem sie die Nachfolge des spanischen Kolonialreiches antraten, kennzeichnen den Beginn einer US-imperialistischen Vorherrschaft. (Brzezinski 2001 [1997]: 18; Henning 2006: 94) Ab diesem historischen Wendepunkt konnten die USA ihre Einflusssphäre kontinuierlich ausbauen. Zur Jahrhundertwende waren die Vereinigten Staaten für 30 Prozent der Weltindustrieproduktion verantwortlich (Brzezinski 2001 [1997]: 19; Charisius/Lambrecht/Dorst 1983: 39). Mit der Fertigstellung des Panamakanals im Jahre 1914 konnten die USA ihren Herrschaftsanspruch sowohl im atlantischen als auch pazifischen Raum geostrategisch geltend machen. Den endgültigen Status einer Weltmacht erlangten sie allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg (Brzezinski 2001 [1997]: 19; Henning 2006: 96).

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges haben sich die USA erneut isolationistisch verhalten. Die damalige multipolare Machtstruktur wurde von den sechs konkurrierenden Großmächten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Russland und USA entscheidend mitbestimmt (Henning 2006: 96). Nach 1945 gingen die Vereinigten Staaten von Amerika als neue hegemoniale Supermacht hervor. Deutschland war besiegt, Japan aufgrund der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki desillusioniert, Frankreich entmachtet, Großbritannien wirtschaftlich kaum handlungsfähig und Russland weitgehend zerstört (ebd.). Das US-amerikanische Territorium

[...] blieb von den Auswirkungen des Ersten und Zweiten Weltkrieges unberührt. Nur etwa ein Prozent der Kriegsverluste entfielen auf die USA. Dagegen stieg ihr Anteil an der Industrieproduktion, vor allem aufgrund der Kriegskonjunktur, aber auch aufgrund der Krise der europäischen Mächte von 1913 bis 1948 von 36 auf 53 Prozent. Mit ihrem ökonomischen Aufstieg wuchs die militärisch-politische Strategie der USA über den Rahmen des amerikanischen Kontinents

[.]

³⁰ Mit dem Roosevelt-Corollary aus dem Jahre 1904 entwickelte Präsident Theodore Roosevelt (1933-1945) die Monroe-Doktrin entscheidend weiter, indem er den USA explizit das Recht zugestand, sich in die innerpolitischen Angelegenheiten lateinamerikanischer Länder einzumischen und dort, wenn nötig, militärisch zu intervenieren (Sonnenburg 2003: 505f.). Diese Kompetenzausweitung kann als geopolitische Expansionsstrategie des US-Imperialismus verstanden werden (Henning 2006: 95).

und der westlichen Hemisphäre hinaus: Zum Wesenszug des US-Imperialismus gehört von nun an der Expansionismus im globalen Maßstab. (Henning 2006: 96)

Die USA haben aufgrund der einzigartigen Mobilisierung ihrer militärischen, ökonomischen und technologischen Ressourcen, dem expansiven Charakter ihrer Außenpolitik sowie dem uneingeschränkten Prinzip der Bewegungs- und Handlungsfreiheit eine neue Vormachtstellung in der Welt erlangt. Keine andere Nation erreichte ein derart hohes Industrieproduktionsniveau, verfügte annähernd über so viele Militärbasen oder war, bis zu diesem Zeitpunkt, in dem Besitz der Atombombe. "Dies war der Moment, an dem zum ersten Mal von einem "amerikanischen Jahrhundert" die Rede war." (Henning 2006: 96, Hervorhebung im Original). Die Vereinigten Staaten akzeptierten ihre Rolle einer globalen Supermacht und verpflichteten sich dazu, die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Wiederherstellung der Weltordnung voranzutreiben. Neben den bisherigen imperialistischen Expansionsbestrebungen der USA auf dem amerikanischen Kontinent, wurde nun der entscheidende Charakter des weltweit agierenden US-Imperialismus deutlich (Sexton 2011: 12ff.).

2.2.2 Systemkonfrontation: Nachkriegsordnung und Ost-West-Konflikt

In der Nachkriegszeit verfolgte die US-Außenpolitik zwei übergeordnete Ziele: Erstens, sollte eine auf Freihandel basierende globalisierte Weltwirtschaftsordnung die bisherige protektionistische Wirtschaftspolitik ersetzen³¹ und zweitens, wurde der militärischen und politischen Machtkonsolidierung eine besonders hohe Priorität beigemessen (Bacevich 2002: 4f.; Henning 2006: 97). Der von den USA vorangetriebenen Nachkriegsstrategie des Liberalismus stand die von der Sowjetunion verfolgte Herrschaftsordnung der "Pax Sovjetica" (Bohle 2002: 51) gegenüber.³² Innerhalb des sowjetischen Herrschaftsgebiets wurden alle Schlüsselindustrien verstaatlicht und militärisch abgesichert. Die sich im sozialistischen Machtblock befindlichen Märkte blieben somit der "[...] liberalkapitalistischen Weltwirtschaft und dem Einfluss des

³¹ Mit dem Marshall-Plan bzw. Europäischen Wiederaufbauprogramm gestalteten die USA den ökonomischen Wiederaufbau Westeuropas entscheidend mit. Dabei wurden vor allem die Kriegsverlierer in das US-amerikanische Bündnissystem integriert und die Sowjetunion, im Kontext der sich zuspitzenden Systemkonfrontation, ausgeschlossen. (Bierling 2003: 102) Auch das von den USA initiierte Bretton-Woods-System trug zur Entstehung eines neuen, von den USA dominierten, internationalen Kräfteverhältnisses bei (Henning 2006: 96).

³² Weiterführende Literatur: u.a. Jochen Laufer 2009, *Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941-1945.*

amerikanischen Kapitals [...]" (Henning 2006: 97) verwehrt. Mit der Entwicklung der Atombombe stieg schließlich auch die Sowjetunion zu einer Supermacht auf und stellte zunehmend die Machtposition der USA in Frage. Die Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur mündete schließlich in den Ost-West-Konflikt und kann in weiterer Folge als Supermachtimperialismus verstanden werden, in dem die USA und die Sowjetunion um die alleinige, uneingeschränkte globale Machtdominanz konkurrierten.³³ (Brzezinski 2001 [1997]: 21ff.; Henning 2006: 98f.)

2.2.2.1 Widersprüche der Nachkriegsordnung: Der Vietnamkrieg

Die Nachkriegsordnung war zudem von zahlreichen Widersprüchen geprägt.³⁴ Schon während des Zweiten Weltkrieges stellte die konsequente Ausdehnung des internationalen und zunehmend militanten Kommunismus eine der größten Gefahren für die kulturelle, politische und wirtschaftliche Weltanschauung der USA dar (Maxner 2008, Einleitung). Franklin D. Roosevelt sprach in diesem Zusammenhang nicht nur von den negativen Auswirkungen infolge des weltumspannenden Kolonialismus, sondern auch von dem universellen Selbstbestimmungsanspruch und -recht aller Nationen. Die USA setzten sich, wie schon im ausgehenden 19. Jahrhundert, für das Ende der kolonialen Herrschaft und somit für eine neue weltpolitische Entwicklung ein. Allerdings entstand diese Strategie, die im Kontext des Kalten Krieges zu betrachten ist, nicht aus einem altruistischen Verhalten heraus, sondern aus Angst und der konkreten Bedrohungswahrnehmung, der Kommunismus könne sich sowohl in Asien als auch Westeuropa ausdehnen. (Maxner 2008, Kontext Kalter Krieg) Vor allem in Vietnam, das bis zum Zweiten Weltkrieg fester

³³ Vgl. hierzu Abschnitt 1.6, Zur Renaissance strukturalistischer Erklärungsansätze, in dieser Arbeit.

³⁴ Zeichnete sich die US-amerikanische Außenpolitik von 1945 bis zum Amtsantritt Ronald Reagans (1981-1989) im Jahre 1981 durch eine intensive Phase multilateraler Beziehungen aus, wiesen die USA in der entscheidenden Phase des Ost-West-Konflikts eine zunehmende Tendenz zum Unilateralismus auf. Erst von 1989 bis 1994 setzte eine Renaissance multilateraler Zusammenarbeit ein. Die Vereinigten Staaten sahe sich, wie schon unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, aufgrund ihrer dominanten Machtposition in die Lage versetzt, die internationalen Organisationen und multilateralen Institutionen aufzuwerten und somit ihren langfristigen Herrschaftsanspruch auszubauen (Dembinski 2002: 4ff.). Die hegemoniale Machtposition während der bipolaren Systemkonfrontation ermöglichte es den Vereinigten Staaten, ihre liberalkapitalistischen Bündnispartner durch die Schaffung multilateraler Ordnungssysteme effizienter an sich zu binden und somit dem Einflussbereich der Sowjetunion zu entziehen. Durch den Aufbau einer zweckgerichteten Allianz, die sich in erster Linie durch eine gemeinsame Bedrohungswahrnehmung, die Sowjetunion, auszeichnete, ist es den USA gelungen ein institutionalisertes und regelbasiertes Ordnungssystem zu etablieren, das "[...] aus sich heraus Bindungskraft entfaltet und die Chance einer Verstetigung der hegemonialen Machtposition eröffnet." (Dembinski 2002: 11).

Bestandteil des französischen Kolonialgebiets war, regte sich die langersehnte Hoffnung auf Unabhängigkeit.³⁵

Dennoch änderte sich die amerikanische Indochinapolitik von einer Frankreich neutral gegenüberstehenden Strategie im Jahre 1945 zu einer aktiven Kriegsunterstützung der Kolonialmacht gegen die Vietminh im Jahre 1950 (Frey 2010: 20). 36 Die Ursachen für diesen Strategiewechsel sind vielfältig. In erster Linie war das Engagement der USA in Vietnam ein Produkt der sich zuspitzenden Bipolarität während des Ost-West-Konflikts (ebd.: 21). Die gewaltsame Ausdehnung und Konsolidierung des sowjetischen Machtbereichs in Asien und Europa wurde mit wachsender Besorgnis wahrgenommen (Frey 2008: 21). Der Antikommunismus entwickelte sich zur ideologischen und tragenden Säule der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik (Henning 2006: 99). Die daraus resultierende kommunistische Bedrohungswahrnehmung basierte auf einer ausgeprägten antikommunistischen Tradition, aber auch "[...] Veränderungen im internationalen System, wirtschaftliche Erwägungen und strategische Einschätzungen [...]" (Frey 2010: 20f.) trugen entscheidend zur Unterstützung und Wiederherstellung der französischen Kolonialherrschaft bei. Die 1950 begonnene Phase direkter und indirekter militärischer Intervention in Vietnam muss daher als imperialistische Geostrategie zur Eindämmung des Kommunismus in Südostasien verstanden werden (ebd.).³⁷ Allerdings entwickelten sich die Dinge nicht zugunsten der Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten, sondern der national-kommunistischen Befreiungsbewegung und der Sowjetunion.

Sowohl die Niederlage Frankreichs im Ersten Indochinakrieg gegen die Vietminh³⁸ 1954 als auch die Genfer Konferenz im selben Jahr führten zur Teilung des Landes in

³⁵ "Es waren Ho Chi Minh und andere Nationalisten, die wünschten, dass die Kolonialmächte ihre Länder verlassen hätten, und [...] glaubten [...] die Kolonialmächte endlich aus ihren Ländern [zu] vertreiben [...], wenn sie mit den USA gegen Japan kämpften." (Maxner 2008, Kontext Kalter Krieg).

³⁶ "Eine der schicksalhaftesten Entscheidungen nach dem Zweiten Weltkrieg bestand darin, dass die USA dieses Versprechen [auf die Souveränität und Unabhängigkeit Vietnams] brechen mussten, damit Frankreich der NATO beitrat und dabei half, Stabilität in Westeuropa zu garantieren. [...] Nach dem Entzug der Unterstützung durch die USA hatte Ho Chi Minh kaum eine andere Wahl, als sich bei seinem Streben nach Unabhängigkeit von der französischen Kolonialmacht andere Schirmherren zu suchen, wandte sich an die Sowjetunion und trat als unmittelbarer Gegner der Interessen der USA und Westeuropas in den Kalten Krieg ein." (Maxner 2008, Kontext Kalter Krieg, Hervorhebung im Original).

³⁷ Vietnam war wirtschaftlich schwach, isoliert, besaß weder bedeutende Industrien, nennenswerte Rohstoffquellen noch lukrative Absatzmärkte. Die französische Kolonialherrschaft führte viel mehr zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung, Entfremdung der eigenen Kultur und Ablehnung gegenüber Europa. (Kohl 2001: 254ff.; Quyen 1978: 13ff.)

³⁸ Vietminh, auch bekannt als Liga für die Unabhängigkeit Vietnams, ist ein Zusammenschluss nationalistischer und kommunistischer Gruppierungen, die sich für die Unabhängigkeit Vietnams einsetzten.

Nord- und Südvietnam und schließlich zur Fortdauer des Vietnamkonflikts.³⁹ (Frey 2010: 20ff.)

Amerikanische und andere Politiker beschlossen mit Blick auf Korea eine Wiederholung der Nord-Süd-Teilung. Nordvietnam stand nun unter der Führung von Präsident Ho Chi Minh, der das sowjetische Modell des Kommunismus, der Kollektivierung und der Einparteienherrschaft übernahm. In Südvietnam dagegen, so hofften die USA, würde Präsident Ngo Dinh Diem seine Macht auf der Grundlage des markwirtschaftlichen Kapitalismus und einer republikanischen Demokratie nach dem Vorbild der USA konsolidieren können. (Maxner 2008, Kontext Kalter Krieg)

Nordvietnam konnte seine Machtbasis konsolidieren, sich sowohl politisch als auch wirtschaftlich an die Sowjetunion und die Volksrepublik China binden und darüber hinaus militärisch gegen Südvietnam behaupten. Die USA, die das antikommunistische Südvietnam maßgeblich unterstützten, sich aber auch gegen den Widerstand der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams⁴⁰ behaupten mussten, erkannten schnell, dass die Übernahme des Nord-Süd-Modell Koreas zahlreiche Probleme mit sich brachte.⁴¹ Im Zuge der antikolonialen Revolution 1959 in der Republik Kuba kam es zudem zum Sturz des proamerikanischen Batista-Regimes (Henning 2006: 98). Nach diesem Ereignis wurde das außenpolitische Handeln der USA entscheidend von der politischen Doktrin der Dominotheorie⁴² beeinflusst.

Ein wesentliches Element der Nachkriegsstrategie des US-Imperialismus bestand daher in der "Eindämmung" des sowjetischen Einflusses, mit dem Ziel, die eigene Hegemonieposition zu festigen und auszubauen. Es ist wichtig zu sehen, dass die Nachkriegsstrategie im Sinne der "Eindämmung" nicht defensiv, sondern offensiv war. Damit war […] gemeint, jede Regierung zu unterstützen, die sich gegen die Sowjetunion stellte und gegebenenfalls militärisch einzugreifen. (Henning 2006: 98, Hervorhebung im Original)

³⁹ Einen sehr guten Überblick über den Viertnamkrieg bietet u. A. Marc Frey in seinem 2010 erschienenen Buch Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums.

⁴⁰ Die National Liberation Front (NLF), im allgemeinen Sprachgebrauch auch Vietkong genannt, war eine Guerillaorganisation, die während des Vietnamkrieges im Süden Vietnams den bewaffneten Widerstand gegen die vietnamesische Regierung und die US-amerikanische Besatzungsmacht organisierte, führte und die Unabhängigkeit anstrebte (Military History Institute of Vietnam 2002: 68; Nguyên Giáp/Stetler 1992: 206ff.).

⁴¹ "Anders als Korea war Vietnam keine von Wasser umschlossene Halbinsel, und die bestehende Landverbindung von Nordvietnam durch Laos und Kambodscha bis ins Innere Südvietnams führte schließlich zur Schaffung eines ausgedehnten logistischen Transportnetzes, Ho-Chi-Minh-Pfad genannt. Die Lage wurde zusehends komplizierter, weil Nordvietnam, anders als Nordkorea, weder demoralisiert noch entkräftet war, militärische und industrielle Ressourcen aufbringen konnte und das nordvietnamesische Volk willens war, einen langwierigen Konflikt mit Südvietnam durchzustehen. Schließlich und endlich blieb Südvietnam, anders als Südkorea, nach 1954 politisch instabil, was die Möglichkeit eines erfolgreichen Aufstandes dort vergrößerte." (Maxner 2008, Kontext Kalter Krieg). Nach der Hinrichtung Ngo Dinh Diems durch PutschistInnen entstand in Südvietnam eine Militärdiktatur.

⁴² Die politische Doktrin der Dominotheorie geht von der Hypothese aus, "daß [sic!] die Eroberung eines neutralen bzw. von den USA unterstützten Landes durch kommunistische oder sozialistische Kräfte wie eine Reihe von Dominosteinen in einer Kettenreaktion unvermeidlich zum Fall der benachbarten Länder [...]." (Carstensen/Busse/Schmude 2001 [1993]: 381), vor allem in Ostasien, führt. Der Begriff wurde 1954 in erster Linie von Präsident Dwight D. Eisenhower (1953-1961) geprägt, bestimmte aber auch die Amtsperioden John F. Kennedys (1961-1963) und Lyndon B. Johnsons (1963-1969) entscheidend mit. In den 1980er Jahren wurde der Begriff auf Mittelamerika ausgeweitet (ebd.).

1964 entschieden sich die USA daher offiziell in den Vietnamkrieg einzutreten. Doch mit der vorhersehbaren militärischen Niederlage gegen die Sozialistische Republik Vietnam entstand 1968 eine politische Dauerkrise. Der Vietnamkrieg erwies sich für die USA als militärisches und politisches Fiasko, in dessen Folge eine einflussreiche Antikriegsbewegung entstand und die Vereinigten Staaten weltweit an Anerkennung und politischer Legitimität verloren.

2.2.2.2 Widersprüche der Nachkriegsordnung: Die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre

Anfang der 1970er Jahre reproduzierte das kapitalistische Weltsystem, das noch in den 1950er und 1960er Jahren von einer weltweiten kapitalistischen Aufschwungsphase gekennzeichnet war, verheerende Krisenerscheinungen. Diese hatten nicht nur Auswirkungen auf die weltpolitische Vormachtstellung der USA. Vielmehr ist deren Epizentrum, wie schon zur Weltwirtschaftskrise 1929, in den Vereinigten Staaten selbst zu verorten (Deppe 2011: 96; Henning 2006: 100) Somit fand auch das sogenannte Goldene Zeitalter des Kapitalismus, das in den USA Ende der 1960er entscheidend durch den Viertnamkrieg geprägt war, ein Ende.

Der marxistische Wirtschaftswissenschaftler Michael Kidron argumentiert in seiner Theorie der permanenten Rüstungswirtschaft, dass der in den 1940er Jahren eingesetzte Wirtschaftsaufschwung seine Ursache in der expansiven Rüstungsproduktion hatte, die wiederum entscheidenden Einfluss auf die Weltkonjunktur in der Nachkriegsordnung nahm (Kidron 1967: 8ff.). Rüstungsgüter besitzen demnach zwei besondere Eigenschaften. Zum einen dienen sie ausschließlich den Interessen der Rüstungsindustrie, aber nicht der Konsumption der ArbeiterInnenklasse. Zum anderen produziert die Rüstungswirtschaft keine neuen Produktionsmittel, die wiederum in die Produktion anderer Güter investiert werden könnten (ebd.). Kidron spricht hier von einem unproduktiven Verbrauch. Einerseits wirkt sich die hohe Nachfrage nach Rüstungsgütern positiv auf den industriellen Sektor aus, indem sie dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkt. Andererseits wird der erwirtschaftete Mehrwert nicht in die Konsumgüterproduktion reinvestiert, was, aufgrund des kurzfristigen und instabilen Wirtschaftsaufschwunges, schließlich verheerende Krisenerscheinungen hervorruft (ebd.). Darüber hinaus waren die Rüstungsausgaben weltweit ungleich verteilt (Henning 2006: 101). Deutschland und Japan wurde die

expansive militärische Aufrüstung verboten, Russland und die USA gehörten zu den Rüstungsverschwendern. Unternehmen in Deutschland, Japan und anderen Staaten mit geringer Rüstungsproduktivität konnten dadurch vermehrt in zivile Industriezweige investieren, diese aufbauen und sich in einigen Segmenten zu Weltmarktführern entwickeln. Die Vereinigten Staaten sahen sich hingegen gezwungen, Rüstungsausgaben Ende der 1960er Jahre radikal zu senken und einen Großteil ihrer Wertschöpfung in die Entwicklung ziviler Industrien zu investieren. Die Reduzierung der Rüstungsausgaben⁴³ und gleichzeitige Ausdehnung der Produktionsmittelinvestitionen führte zur Intensivierung der Kapitalakkumulation und somit zum Fall Durchschnittsprofitrate. 1973 kam es schließlich zur ersten bedrohlichen Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die sich aufgrund der zunehmenden Klassenkämpfe und sozialpolitischen Forderungen der Zivilbevölkerung verschärfte. (ebd.)

Auf der einen Seite protestierten Bürgerrechts- und StudentInnenbewegungen weltweit gegen die von den USA vorangetriebenen Militärinterventionen in Vietnam und verlangten das sofortige Ende sowohl der territorialen Expansionsbestrebungen der USA als auch der Ausweitung militärischer Interessen und Wertevorstellungen auf gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Ebene. Auf der anderen Seite führten die immer stärker wahrgenommenen Klassengegensätze in Europa zu einem weltweiten Aufschwung gewerkschaftlicher Klassenkämpfe und somit zu einer politischen Stärkung des Kommunismus, auch in den USA. Zur gleichen Zeit wurden die totalitären Diktaturen Griechenlands, Spaniens und Portugals gestürzt, intensivierten sich antiimperialistische Kräfte in Afrika, Asien und Lateinamerika und gelang es der Sowjetunion in der Breschnew-Ära⁴⁴ ihre militärische und weltpolitische Machtbasis auszubauen. (Deppe 2011: 96f.)

Bestärkt durch die Ereignisse in Europa, intensivierten die ArbeiterInnenbewegungen in den Vereinigten Staaten den politischen Druck und forderten weitere Sozialreformen sowie die weitere Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch eine aktive staatliche Konjunkturpolitik. Zahlreiche Regierungen reagierten daraufhin sowohl mit arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Sozialreformen als

⁴³ Von 1968 bis 1975 halbierten sich die US-amerikanischen Rüstungsausgaben von 350 auf 200 Milliarden Dollar (Henning 2006: 101).

⁴⁴ Zur Bedeutung und Entstehung der Breschnew-Doktrin: u.a. Boris Meissner 1969, Die "Breschnew-Doktrin". Das Prinzip des "proletarisch-sozialistischen Internationalismus" und die Theorie von den "verschiedenen Wegen zum Sozialismus".

auch einer staatlich initiierten Struktur- und Wirtschaftspolitik zur Stärkung sozialer und wirtschaftlicher Interessenvertretungen sowie der Wirtschaftsdemokratie (Deppe 2011: 97). Allerdings waren sowohl der Vietnamkrieg als auch die intensiv umkämpften Sozialreformprogramme und Reallohnsteigerungen mit enormen Kosten verbunden. In den späten 1960er Jahren führten die hohen Staatsausgaben zu einer empfindlichen der Wachstumsdynamik in den USA und infolgedessen Verringerung Massenarbeitslosigkeit, steigender Inflation, einer massiven Staatsverschuldung und verheerenden Stagnation des Wirtschaftswachstums. Dafür verantwortlich gemacht wurden die Gewerkschaften und Gewerkschaftsorganisationen. In Wirklichkeit konnte das kapitalistische System den "[...] Zusammenhang von Produktivität, Profit und Realeinkommen – also zwischen Akkumulation und Regulation [...]" (Deppe 2011: 96) nicht mehr länger aufrechterhalten. Mit der Weltwirtschaftskrise 1974 endete schließlich die keynesianisch-wohlfahrtstaatliche Wirtschaftspolitik, der politisch und sozial intensiv geführte Kampf um die Bewältigung der Fordismuskrise und schließlich die "[...] Hoffnung auf eine sozialistische Transformation in [den] hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens [...]." (Deppe 2011: 98). Die neoliberale Konter-Revolution⁴⁵ leitete schließlich eine neoliberale Wirtschaftsordnung ein, die die strukturelle Überakkumulation des Kapitalismus trotz alledem nicht gelöst hat. Vielmehr zeigt sich innerhalb der neoliberalen Phase die Tendenz, die kapitalistischen Krisenerscheinungen in einem sehr hohen Maße durch direkte Militärinterventionen gegen antiimperialistische Bewegungen und Regime sowie die Konzentration auf die Hochrüstungspolitik zu überwinden (Deppe 2011: 99).

2.2.3 Neue Konfrontation: Aufrüstung und Zusammenbruch der Sowjetunion

Nach dem Waffenstillstand in Vietnam 1973 waren die bi- und multilateralen Beziehungen der USA zu anderen Staaten, aber vor allem der Sowjetunion, von einer

⁴⁵ Zur Bewältigung der Fordismuskrise wurden Gewerkschaften, Gewerkschaftsorganisationen und der aufgeblähte Sozialstaat attackiert. Die Wirtschaftsideologie des Neoliberalismus konzentrierte sich in dieser Phase primär auf die Inflationsbekämpfung, mehr Individualismus, weniger Staat und Steuersenkungen. Infolgedessen wurden sehr wesentliche Transformationsprozesse eingeleitet: die Herausbildung eines neuen globalen Finanzmarktkapitalismus, in dessen Zentrum das Dollar-Wall-Street-Regime stand; weitreichende Privatisierungen öffentlichen Eigentums; Deregulierungsmechanismen für das globale Finanzkapital; und Flexibilisierungen in Form von Beschäftigungsabbau, Rationalisierungsmaßnahmen und Standortverlagerungen. (Deppe 2011: 97f.)

weitreichenden Entspannungspolitik geprägt (Henning 2006: 102). 46 In dieser Phase der Systemkonfrontation, die entscheidend von der politischen Auffassung der friedlichen Koexistenz 47 geprägt war, wichen sowohl die USA, aufgrund der Niederlage im Vietnamkrieg, als auch die Sowjetunion, eingeleitet durch den beginnenden ökonomischen Niedergangs ihres Staatensystems, von ihrer Konfrontationspolitik ab. Der Vietnamkrieg war endgültig verloren, die Sowjetunion wurde als gleichberechtigte Weltmacht anerkannt und die Nixon-Administration leitete mit der "[...] Aufhebung der Golddeckung des Dollars (1971) und der Beendigung des Systems der festen Wechselkurse (1973) das Ende der Bretton-Woods-Ära ein." (Henning 2006: 102, Hervorhebung im Original). Die intensive Zusammenarbeit in Form von geostrategischen und polit-ökonomischen Verhandlungen, Rüstungskontrollgesprächen und -verträgen sowie der Anerkennung bestehender Grenzen zielte auf die Regulierung des Ost-West-Konflikts ab (Henning 2006: 102; Schubert/Klein 2006: 88). 48

Trotz der Annäherung an die Sowjetunion und der Politik der Abrüstung, leiteten sowohl die sowjetische Invasion in Afghanistan als auch die iranische Revolution im Jahre 1979 das Ende der Entspannungspolitik ein (Henning 2006: 105). Die Vereinigten Staaten sahen sich schlagartig mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert. Der Verlust der Islamischen Republik Iran als einen der wichtigsten Bündnispartner im Nahen Osten, die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, der zunehmende Widerstand lateinamerikanischer Staaten aufgrund der geostrategischen Expansionsbestrebungen der USA und die noch immer anhaltenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise verdeutlichten die Anfälligkeit des US-Imperialismus und die allgegenwärtige Angst vor einem weltweiten Machtverlust. Konsequenterweise setzten sich neokonservative Kreise innerhalb der USA für das Ende der Entspannungspolitik, eine härtere Gangart gegenüber nationalen Freiheitsbewegungen und die weitere Neugestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ein. 49 (ebd.: 105f.) Mit dem Präsidentschaftsantritt Ronald Reagans im

⁴⁶ Mit der Nixon-Doktrin, benannt nach Präsident Richard Nixon (1969-1974), rückten die USA von ihrem Selbstverständnis einer Weltpolizei ab. Gleichzeitig sollten die NATO-Mitglieder mehr Eigenverantwortung übernehmen. (Henning 2006: 102)

⁴⁷ Der Begriff der friedlichen Koexistenz wurde erstmals von Georgij Wassiljewitsch Tschitscherin in seiner Rede auf der Konferenz in Genua am 10. April 1922 verwendet.

⁴⁸ Eine detailierte Auseinandersetzung bezüglich der Entspannungspolitik während des Kalten Krieges bieten sowohl John Lewis Gaddis 2007, *The Cold War: The Deals. The Spies. The Lies. The Truth* als auch Bernd Stöver 2007, *Der Kalte Krieg 1947-1991: Geschichte eines radikalen Zeitalters.*

⁴⁹ Diese neokonservativen, politischen Intellektuellen, argumentierten, dass die USA wieder auf die permanente Stationierung US-amerikanischer Truppen setzen müsse und vermehrt unabhängige

Jahre 1981 kehrten die USA zur altbewährten Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion zurück und somit zur Umsetzung der Strategie, "[...] die anderen Westmächte zur Anerkennung der US-amerikanischen Dominanz an anderen strategischen, politischen und wirtschaftlichen Fronten zu zwingen." (Henning 2006: 106). In weiterer Folge dominierten Neoliberalismus⁵⁰ und ein weitaus aggressiverer Supermachtimperialismus das Endstadium des Kalten Krieges.

Der in den 1980er Jahren wiederbelebte Supermachtimperialismus bedeutete aber nicht nur ein militärisch aggressiveres Auftreten hinsichtlich der geostrategischen und politökonomischen Interessen gegenüber der Sowjetunion und den antiimperialistischen Ländern der Peripherie, sondern auch gegenüber den ArbeitnehmerInnen im eigenen Land (Henning 2006: 108). Ein zentrales Merkmal der neoliberalen Umstrukturierung stellte daher das Ende der Niedrigzinspolitk durch den damaligen Präsidenten der USamerikanischen Notenbank Paul Volcker⁵¹ dar, mit der der Leitzins erhöht und die, sich weiterhin auf einem hohen Niveau befindliche, Inflationsrate reduziert werden konnten. Dadurch wurde die "[...] Aufnahme von Krediten und [...] Möglichkeit einer verschuldungsfinanzierten Expansion [...] für das amerikanische Kapital teurer und zwang dieses sich zu rationalisieren und zu restrukturieren [...]." (Henning 2006: 107). Die in weiterer Folge vorangetriebene und sich Anfang der 1980er Jahre herausbildende Kapitalvernichtung zog einschneidende Konsequenzen nach sich: erstens, kam es zu noch Massenentlassungen, drastischeren Lohneinschnitten, Rationalisierungen Produktionsverlagerungen; zweitens, erholte und stabilisierte sich mit der Dollarabwertung der Anteil an der Weltproduktion sowie die internationale Profitrate. Wettbewerbsfähigkeit des US-amerikanischen Kapitals; drittens, setzte zur gleichen Zeit die Verschuldungskrise einer sehr großen Zahl afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Staaten, aufgrund des extremen Anstiegs der Zinsen, ein; viertens, führte die Politik der Deregulierung und Konsolidierung zu einer systematischen Liberalisierung der Finanz-, Kapital- und Warenmärkte; und fünftens, haben die

Militäroperationen und -interventionen in Lateinamerika, im Nahen Osten und weltweit durchzuführen habe, um den Niedergang amerikanischer Macht zu verhindern (Henning 2006: 109).

Wirtschaftspolitisch forcierte die Reagan-Administration die Transformation das keynesianisch, nachfrageorientierten Wirtschaftsmodells zu einem Modell der neoliberalen Politik der Deregulierung. Weiterführende Literatur: u.a. Peadar Kirby 2003, *Introduction to Latin America. Twenty-First Century Challenges* und Susanne Gratius 2007, *The 'Third Wave of Populism' in Latin America.*

⁵¹ Mit dem Volcker-Schock wurde die Restrukturierung des Industriekapitals auf Kosten der lohnabhängigen Bevölkerung erzwungen. Weiterführende Literatur: u.a. Naomi Klein 2007, *The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism*.

ökonomische Effizienzsteigerung und neoliberale Umstrukturierung nicht zu einem Ende der militärischen Aufrüstung geführt. (Henning 2006: 107f.; Panitch/Gindin 2004: 65)

Den Vereinigten Staaten ist es somit nicht nur gelungen das Wirtschaftsmodell des Neoliberalismus voranzutreiben und zu etablieren, sondern auch die Umstrukturierung des kapitalistischen Systems mit den expansiven Aufrüstungsbestrebungen zu kombinieren und die US-amerikanische Wirtschaft zu stabilisieren. (Brzezinski 2001 [1997]: 25; Henning 2006: 108)

Wichtiger noch als die wirtschaftliche Konsolidierung war der Sieg an der strategischen Front: Der Rüstungswettlauf mit den USA brach der UdSSR ökonomisch das Genick. Militärisch wurde die sowjetische Armee in Afghanistan (ähnlich wie die US-amerikanische in Vietnam) von einer Guerilla-Bewegung geschlagen. Mit dem neuen Staats- und Parteichef Gorbatschow setzte sich ab Mitte der 80er Jahre jene Fraktion in der sowjetischen Bürokratie durch, die für eine marktwirtschaftliche Transformation und Öffnung sowie für eine radikale Reduzierung der Rüstungsausgaben eintrat. Die Führung der Sowjetunion rückte von der Breschnew-Doktrin ab, nach der die Sowjetische Armee jeder verbündeten Regierung in Osteuropa militärischen Beistand zusichern würde, gab damit Osteuropa Ende der 1980er Jahre auf und zerfiel 1991 selbst. (Henning 2006: 108, Hervorhebung im Original)

Auf Grundlage des kreditfinanzierten und binnenmarktzentrierten Wachstums haben die USA den wirtschaftlichen Druck enorm erhöht. Allerdings gaben nicht die USA den entscheidenden Impuls für den Zusammenbruch der Sowjetunion (Judt 2006: 726). Zwar sehnte sich die sowjetische Bevölkerung nach Freiheit, Schutz und Wohlstand, dennoch verband ein Großteil der Menschen die unmittelbare Verbesserung ihres Lebensstandards nicht mit der Durchsetzung des American Way of Life, dem freien und kapitalistischen Markt, uneingeschränkten wirtschaftlichen Wettbewerb und dem Verlust von Beschäftigungsgarantie, geringen Lebenserhaltungskosten und kostenlosen Sozialleistungen, sondern mit der Realisierung von Freiheit und Sozialismus. Daher ist es dass die auch nicht verwunderlich, Systemtransformation des sowjetischen Vielvölkerreichs ihren Ursprung nicht in den USA oder der sowjetischen Peripherie fand, sondern in Moskau, dem Zentrum. (ebd.: 726f.) Die Handlungen des damaligen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Michail Gorbatschow, der mit den politischen Modernisierungsprozessen Perestroika (Umbau) und Glasnost (Transparenz) im Jahre 1985 jene ausschlaggebenden politischen und wirtschaftlichen Reformen einleitete, führten schließlich zum Zusammenbruch des Sowjetsystems. Gorbatschow erklärte, dass Moskau nicht länger an den kolonialisierten Satellitenstaaten festhalten und Reformen darüber hinaus nicht im Wege stehen werde. Er war es, der den Machthabern in den osteuropäischen Satellitenstaaten die Machtbasis und politische Legitimität entzog, indem

er die Androhung und Durchsetzung militärischer Interventionen fortan untersagte. Moskau, das die osteuropäischen Satellitenstaaten seit bestehen der Sowjetunion gewaltsam kontrollierte, war ohne diese Gewaltandrohungen politisch nicht länger handlungsfähig. In der Hoffnung den Kommunismus in Russland retten zu können, gab Gorbatschow diesen in Osteuropa auf, "[...] so wie Stalin einst die Satellitenstaaten nicht um ihrer selbst Willen schuf, sondern um seine Westgrenze zu sichern." (Judt 2006: 728). Diese neue, von Moskau ausgehende, Strategie der Tatenlosigkeit führte zu einer Kettenreaktion, die den Ost-West-Konflikt beendete und in dessen Prozess die Sowjetunion – wie kein anderes Großreich zuvor – ihr Territorium schnell, bereitwillig und friedlich aufgab (ebd.: 728). Die USA haben triumphiert.

2.2.4 Das Ende des Ost-West-Konflikts: Multilateralismus und die Militarisierung der US-Außenpolitik

Das Ende des Ost-West-Konflikts war mit großen Erwartungen verknüpft. Die internationale Gemeinschaft verband mit dem Sieg der kapitalistischen Marktwirtschaft über den Kommunismus die Hoffnung auf eine gewaltfreie Weltordnung, in der Kooperation, Frieden und militärische Abrüstung anstelle von zwischenstaatlicher Rivalität, aufbrechender Konflikte und expansiver Aufrüstung die zukünftige kulturelle, politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung entscheidend mitbestimmen würden. Mit dem Ende der Systemkonfrontation hat sich wie schon mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die historische Gelegenheit ergeben, aus der gewaltsamen Vergangenheit zu lernen, die Konfliktursachen zu erkennen und die Weltordnung neu zu strukturieren (Czempiel 2002: 3; ten Brink 2007: 5). Doch es sollte anders kommen.

Die USA haben sich gegen die Sowjetunion und alle anderen imperialen Großmächte durchgesetzt und sich damit als einzig verbliebene Supermacht behauptet.⁵² Die weltweite Konkurrenz, die die amerikanische Außenpolitik seit nun mehr 100 Jahren maßgeblich beeinflusst und ihren Höhepunkt in der Systemkonfrontation mit der Sowjetunion fand, war mit dem Kollaps der stalinistischen Staaten in Osteuropa verschwunden. (Brzezinski 2001 [1997]: 27) Auch wenn die Vereinigten Staaten nicht an

39

⁵² Die Vereinigten Staaten konnten sich als alleinige Militärmacht etablieren, das liberalkapitalistische System ausdehnen und eine offene und globalisierte Weltordnung erschaffen, die auf den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und des Freihandels basierte (Henning 2006: 116f.).

jenes Machtpotenzial der Nachkriegszeit anknüpfen konnten,⁵³ besaßen sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch immer das uneingeschränkte militärische, politische und wirtschaftliche Gewaltmonopol, mit dem sie den globalen Markt dominierten, der auf den Prinzipien des uneingeschränkten Waren-, Personen-, Diensleistung-, Kapital- und Zahlungsverkehrs beruhte (ten Brink 2007: 352; Bacevich 2002: 3).

Its ultimate objective is the creation of an integrated international order based on the principles of democratic capitalism, with the United States as the ultimate guarantor of order and enforcer of norms. (Bacevich 2002: 3).

Dennoch bedeutete der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht das erhoffte Ende militärischer Interventionen und geopolitischer Auseinandersetzungen. Vielmehr entstand mit dem Ende des Ost-West-Konflikts jene Ausgangssituation, die wir als militärische Lücke (military gap) bezeichnen können (Wolfowitz 1997: 3ff.). Als alleinige globale Militärmacht eröffneten sich für die USA Handlungsperspektiven von enormer geostrategischer Bedeutung⁵⁴: die Integration neuer, nach dem sowjetischen Systemkollaps, freigesetzter Territorien⁵⁵ in die von den USA vorangetriebene neoliberale Globalisierung sowie "[...] die Absicherung und der Ausbau der absoluten Dominanz des USamerikanischen Staates als weltweit größte kapitalistische Macht." (Henning 2006: 84).⁵⁶ Forciert wurde die territoriale Inbesitznahme ab den 1990er Jahren mit der Strategie des instrumentellen Multilateralismus als Politik der Erweiterung (Henning 2006: 119; Hippler/Schade 2003: 12; Pradetto 2003: 163ff.). Im weitesten Sinne handelt es sich dabei um eine aktive Verteidigungspolitik, mit der die USA ihre Verbündeten einerseits noch enger an sich band, und potentielle Konkurrenten durch den "[...] Ausbau regionaler und internationaler Organisationen und Bündnisse unter US-Führung [...]" (Henning 2006: 118) andererseits einbezog, unterordnete und zum Teil isolierte.⁵⁷ Europa stellte dabei ein

_,

⁵³ Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA noch für 50 Prozent des weltweiten Bruttoinlandprodukts verantwortlich (Henning 2006: 115).

⁵⁴ "Im kaspischen Meer wurden große Öl- und Erdgasvorkommen entdeckt. Der Balkan ist die Landverbindung nach Kleinasien, die Ukraine ist die Landverbindung zum Kaukasus, der Kaukasus stellt einen Brückenkopf Richtung Nahen-/Mittleren Osten, insbesondere zum Iran und Irak, dar und Zentralasien ist das Tor zum Fernen Osten, Afghanistan und China." (Henning 2006: 112).

⁵⁵ Dieses Territorium bezog sich vor allem auf Länder des Kaukasus, des Nahen Ostens, Osteuropas und Zentralasiens.

Der geopolitische Theoretiker Sir Harold John Mackinder betonte in einem anderen historischen Zusammenhang: "whoever rules East Europe commands the Heartland; whoever rules the Heartland commands the World-Island; whoever rules the World-Island commands the World." (Mackinder 1942 [1919]: 106).

⁵⁷ Präsident George Bush senior (1989-1993) setzte den Grundstein für diese Strategie. Unter seiner Präsidentschaft kam eine Koalition europäischer Alliierter zusammen, die den Zweiten Golfkrieg (Ersten Irakkrieg) führte. Zudem kam die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), ein Handelsabkommen

unverzichtbares geopolitisches Bindeglied zwischen dem afrikanischen Kontinent, Asien und den USA dar (Brzezinski 2001 [1997]: 92; Henning 2006: 118f.). Der Fokus lag daher nicht nur auf der Intensivierung multilateraler Beziehungen zu Europa, sondern auch auf der Stärkung und Erweiterung des europäischen Einflussbereiches in der Welt.

Anders als die Bindungen an Japan verankert das Atlantische Bündnis den politischen Einfluss und die militärische Macht Amerikas unmittelbar auf dem eurasischen Festland. Beim derzeitigen Stand der amerikanisch-europäischen Beziehungen, [...], erweitert sich mit jeder Ausdehnung des europäischen Geltungsbereichs automatisch auch die direkte Einflusssphäre der Vereinigten Staaten. Umgekehrt wäre ohne diese engen transatlantischen Bindungen Amerikas Vormachtstellung in Eurasien schnell dahin. Seine Kontrolle über den Atlantischen Ozean und die Fähigkeit, Einfluss und Macht tiefer in den euroasiatischen Raum hinein geltend zu machen, wären dann äußerst begrenzt. (Brzezinski 2001 [1997]: 92)

Auch nach 1989 behielt Russland den Status einer Großmacht und blieb, neben anderen aufstrebenden subimperialistischen Mächten wie Brasilien, Indien und Südafrika, ein potentieller Rivale (ebd.: 113). Länder wie Deutschland und Japan waren zwar während des Ost-West-Konflikts in die von den Vereinigten Staaten dominierte kapitalistische Wirtschaftsordnung eingebunden, doch mit dem Wegfall des bipolaren Wettstreits ging auch die systembedingte Abhängigkeit und direkte politische Unterordnung verloren. Henning 2006: 114) Als noch gefährlicher wurde die Volksrepublik China eingestuft, die seit den 1980er Jahren ein rasantes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatte und darüber hinaus von der autoritären Kommunistischen Partei Chinas regiert wurde (Deppe 2011: 98). Zudem wurde die relative ökonomische Schwäche und gleichzeitige militärische Vormachtstellung der USA deutlich. Zwar gelang es den Vereinigten Staaten ihre

zwischen den USA und Ländern des Fernen Ostens, zustande. Bill Clinton (1993-2001) führte diese Strategie erfolgreich fort und verwirklichte die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, schloss diverse Handelsverträge mit zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern und initiierte die Welthandelsorganisation (WTO) als Nachfolgeorganisation des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). (Henning 2006: 119; Schubert/Klein 2006: 327) Darüber hinaus unterstützte Clinton die Osterweiterung der NATO 1997 und legte damit den Grundstein für die EU-Osterweiterung (Henning 2006: 119). Eine Alternative hätte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) dargestellt, in der Russland gleichberechtigt integriert worden wäre, die USA aber nicht dominiert hätten (ebd.).

⁵⁸ Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg in den Jahren 1987 bis 1995 von 5,6 Prozent auf 8,4 Prozent, Japans BIP, in dem gleichen Zeitraum, von 11,5 Prozent auf 17,5 Prozent, während der Wert aller innerhalb eines Jahres erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen in den Vereinigten Staaten seit den 1980er Jahren bei 30 Prozent stagnierte (Henning 2006: 114).

Dem US-amerikanischen Politologen Joseph S. Nye zufolge, lässt sich das innerhalb der heutigen Weltpolitik vorherrschende Machtgefüge mit einem dreidimensionalen Schachbrett vergleichen. Auf der obersten Ebene ist die militärische Macht unipolar. Hier dominieren die USA. Auf der mittleren, der wirtschaftlichen Ebene stehen China, Europa, Japan und die Vereinigten Staaten in Konkurrenz zueinander. Es herrscht keine amerikanische Hegemonie vor. Hier müssen die USA gleichberechtigt agieren. Auf der untersten Ebene, der Sphäre transnationaler Beziehungen, ist die Macht weitläufig verteilt und entzieht sich jeglicher staatlichen Kontrolle. Es herrschen chaotische Verhältnisse. Hier kann weder von Unipolarität,

wirtschaftliche Stärke in den 1980er und 1990er Jahren zu konsolidieren, aber nicht die grundsätzlichen Widersprüche des von den USA dominierten Kapitalismus zu beseitigen. (Henning 2006: 114f.; Panitch 2002: 80; Panitch/Gindin 2004: 18)

"Die andere Seite der gleichen Strategie waren die "Militärinterventionen", die in den 90er Jahren in beachtlicher Weise zur "Normalität" des politischen Geschäfts wurden [...]." (Henning 2006: 120, Hervorhebung im Original). Festzuhalten bleibt deshalb, dass die von den USA verfolgte Strategie des instrumentellen Multilateralismus erstens, im Kontext des Erhalts der globalen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und zweitens, der Durchsetzung eigener außenpolitischer Interessen betrachtet werden muss. Die politischen Machthaber der USA waren sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sowohl der wiederkehrenden Rivalität aufgrund der verschärften ökonomischen Konkurrenz als auch der wechselseitigen Abhängigkeit von Staat und Kapital bewusst. Unilaterales Handeln hatte daher immer einen übergeordneten Stellenwert. Der Irakkrieg 1991, die Militärintervention in Somalia 1992 und Haiti 1994 sowie die Besetzung des Kosovo 1999 verdeutlichen die Notwendigkeit internationaler Bündnisse und kollektiver Konfliktlösungsstrategien. Auf der anderen Seite standen diese gemeinsam geplanten und durchgeführten Militärinterventionen im krassen Gegensatz zu dem uneingeschränkten globalen Führungsanspruch der USA. (Henning 2006: 119ff.) Die seit den 1990er Jahren kontinuierlich zunehmende Militarisierung der US-amerikanischen Außenpolitik kann daher als aggressive Aufoktroyierung einer amerikanischen Weltordnung unter Anwendung militärischer Gewalt verstanden werden (Czempiel 2002: 3; Henning 2006: 118). Das damit einhergehende Interesse, einer von den USA dominierten Militärmaschinerie, spiegelt sowohl die Notwendigkeit als auch den unüberwindbaren Gegensatz wieder, Sicherheit durch die Verbreitung von Unsicherheit schaffen zu wollen (Brock 1989: 15; Henning 2006: 120).

2.3 Der Neue US-Imperialismus

2.3.1 Leo Panitch und Sam Gindin: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium

Die kanadischen Wissenschaftler Leo Panitch und Sam Gindin vertreten die These, dass wir uns in einer neuen Phase des Imperialismus befinden. In dieser imperialistischen Phase ist die Wirtschaftsmacht USA nicht durch einen Niedergang gekennzeichnet, sondern nach wie vor entscheidend von der Stärke der USA geprägt, die anderen kapitalistischen Staaten an sich zu binden, in ein imperialistisches Weltsystem zu integrieren und dieses als uneingeschränkte Führungsmacht der Globalisierung zu organisieren. Dabei kann die Geschichte des amerikanischen Staates als ein aufstrebendes Imperium verstanden werden.

[...] Nach dem Zweiten Weltkrieg konstruierte es ein auf die eigenen kapitalistischen Interessen zugeschnittenes Weltwährungssystem (Bretton Woods), das die Übermacht der USA festschrieb und den Interessen des eigenen Kapitals entsprach. [...] In den 70er Jahren geriet das System der Nachkriegsära in die Krise [...]. Durch das von ihm initiierte neue System der neoliberalen Wirtschaftsordnung gelang es dem US-Staat, seine dominante Position im kapitalistischen Weltsystem zu verteidigen und sein Imperium auf eine neue Stufe zu stellen. (Henning 2006: 39, Hervorhebung im Original)

Die Vereinigten Staaten haben es nicht nur geschafft, den seit dem Zweiten Weltkrieg bestehenden informellen Charakter eines US-Imperialismus durch den Aufbau eines formellen Imperiums abzulösen, sondern auch die zwischenimperialistischen Konflikt- und Konkurrenzbeziehungen unter den Industrienationen zu befrieden.

In diesem Zusammenhang ist es hilfreich, die Theorie des Ultraimperialismus von Karl Kautsky aufzugreifen und in den aktuellen Kontext eines American Empire zu setzen. Für Karl Kautsky stellt der Imperialismus ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus dar, der sich durch das Verlangen jeder industriellen kapitalistischen Nation auszeichnet, "[...] ein immer größeres *agrarisches* Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird." (Kautsky 1914: 909, Hervorhebung im Original). Imperialismus ist dabei nicht als eine Wirtschaftsphase, sondern als eine dem Finanzkapital bevorzugte Politik zu verstehen, wobei zwischen dem Finanzkapital als Ursache und Imperialismus als Wirkung zu unterscheiden ist (Kautsky 1915: 111). Der Imperialismus, der sich durch territoriale Inbesitznahme, Bemächtigung fremder Kulturen, Wettrüstung, wachsende Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Industrienationen und Krieg auszeichnet, kann Kautsky zufolge überwunden werden, indem sich die hochindustriealisierten Nationalstaaten verbünden (Kautsky 1914: 918ff., 1915:

144f.). Kautsky ging daher nicht nur davon aus, dass die dem Kapitalismus zugrundeliegende Konkurrenz innerhalb der finanzintensiven Wirtschaftssektoren Monopole erzeugen würde. Er war auch davon überzeugt, dass die innerhalb des anarchischen Systems stattfindenden Kämpfe, unter den industriell kapitalistischen Nationalstaaten, durch die Weiterentwicklung der kapitalistischen Konkurrenz in eine friedliche Phase des Kapitalismus, dem Ultraimperialismus, überwunden werden kann. Für Kautsky ist der Ultraimperialismus die höchste Stufe des Kapitalismus, genauso wie für Lenin der Monopolkapitalismus. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass Kautsky nicht von einer unüberwindbaren Konkurrenzsituation zwischen dem Finanzkapital ausgeht, sondern von der Möglichkeit der Kooperation aufgrund gemeinsamer Interessen. Anstatt eines potentiellen Weltkrieges, der aus Sicht des Kapitals irrational erscheint, Produktionsanlagen und Waren zerstört und darüber hinaus nur dem Finanzkapital der Rüstungsindustrie als Profitquelle dient, könne der Ultraimperialismus die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verflochtene Finanzkapital vorantreiben. (ebd.)

Die kautskyanische Zukunftsvision der Entstehung einer friedlichen Phase des Kapitalismus sollte Recht behalten. Allerdings ist erst nach dem Zweiten Weltkrieg "[...] eine Allianz imperialistischer herrschender Klassen unter US-amerikanischer Führerschaft [...]" (Henning 2006: 41) erkennbar. Panitch und Gindin haben daraufhin zwei ultraimperialistische Thesen vom American Empire erarbeitet, wobei die Letztere von zentraler Bedeutung für die Herausbildung und Konsolidierung des amerikanischen Imperiums ist. Erstens, hat sich eine herrschende Klasse in Europa und den USA herausgebildet, die sich zwar wirtschaftlich in Konkurrenz zueinander befindet, aber politisch die gleichen Interessen verfolgt, nämlich jene Interessen der amerikanischen herrschenden Klasse. Zweitens, hat sich die ökonomische und politische Machtbasis der USA seit dem Ende des Ost-West-Konflikts keinesfalls verringert, sondern aufgrund der neoliberalen Agenda, der Umstrukturierung des kapitalistischen Systems und der vermehrten Ausbeutung der Arbeiterschaft vergrößert. (Panitch/Gindin 2004: 18, 42, 59)

Eine zentrale Rolle nimmt dabei der Staat als Initiator des Neoliberalismus und Organisator des globalen Kapitalismus ein (Panitch 2002: 80). In ihrer Imperialismustheorie stellen Panitch und Gindin deshalb die These auf, dass der Staat keine neutrale Position im kapitalistischen Wirtschaftssystem einnimmt, sondern vielmehr ein zentraler Akteur der wirtschaftlichen Globalisierung ist, explizit den Interessen des Kapitals

dient und diese sowohl nach innen als auch nach außen durchsetzt (ebd.: 33). Dem kapitalistischen Nationalstaat, und vor allem den USA als stärkste Macht des Weltsystems, kommt daher die Aufgabe zu, die moderne, liberalkapitalistische Gesellschaftsordnung mit realwirtschaftlicher, strukturierender Hilfe monetärer. und wirtschaftspolitischer Beziehungen in das kapitalistische System zu integrieren (ten Brink 2007: 285f.). Hinzu kommt, dass zu den wesentlichen Strukturmerkmalen des Kapitalismus seit jeher eine strukturelle Krisenanfälligkeit sowie das nicht immer konfliktfreie Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie gehören. Aufgrund dieser Umstände haben sich interdependente Beziehungen zwischen Einzelstaaten und Einzelkapitalien herausgebildet, die in weiterer Folge zur Intensivierung der wechselseitigen Einflussnahme und damit einhergehenden Neigung zum staatlichen Interventionismus führten. Die weltweite kapitalistische Aufschwungphase der 1950er und 1960er Jahre bestätigt diese Tendenz. (ebd.)

Ebenso relevant ist in diesem Zusammenhang die "Krisenfunktion" des Einzelstaates. Da die Dynamik kapitalistischer Akkumulation die anhaltende Tendenz aufweist, die Produktions- und Tauschbeziehungen zu stören oder zu unterbrechen, versuchen die Einzelstaaten, die politische Herstellung der Bedingungen zu garantieren, unter denen ein gelingender Tauschverkehr stattfinden kann [...]. (ten Brink 2007: 288, Hervorhebung im Original)

Mit den sich ausdifferenzierenden Produktionsstrukturen stiegen auch die Anforderungen an den Staat. Dieser musste die Entfaltung der Produktivkräfte sowie die Destributionsund Konsumtionsprozesse den rechtlich-administrativen Rahmenbedingungen anpassen. Darüber hinaus musste der Staat die ökonomische Infrastruktur und die Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft gewährleisten und schließlich Risiken durch Direktbeteiligungen und Subventionen übernehmen. (ten Brink 2007: 285ff.) Die Anfang der 1970er Jahre einsetzende Krisenanfälligkeit des Kapitalismus in Form der Weltwirtschaftskrise bestätigte zwar erneut die Marxsche Vorhersagbarkeit der Krisentendenz des kapitalistischen Systems, und daher die begrenzte Einflussmöglichkeit des Staates in der Ökonomie, aber auch die Fähigkeit der USA die Wirtschaftskrise zu überwinden, ihre Profitrate zu erhöhen und Machtbasis zu konsolidieren (Henning 2006: 44, 130). Das ist den USA laut Leo Panitch und Sam Gindin mit der in den 1980er Jahren etablierten neoliberalen Wirtschaftsordnung und der Erkenntnis, dass "[...] staatliche Politik immer [als] eine "auf sich selbst", auf die Selbsterhaltung bezogene Tätigkeit [...]" (ten Brink 2007: 287, Hervorhebung im Original) zu verstehen ist und die "[...] Staatstätigkeit [strukturell immer] vom Funktionieren der Kapitalakkumulation [...]" (ebd.) abhängig sein wird, gelungen. Auf nationaler Ebene haben die USA erkannt, dass der Gewinnzuwachs

eines Einzelkapitals bzw. Unternehmens nicht nur von ökonomischen Parametern, sondern auch von seinen Beziehungen zu politischen Institutionen sowie seinem Einfluss auf die Politik des industriell kapitalistischen Staates abhängt (ten Brink 2007: 287). Auf internationaler Ebene haben sich die USA die Unterstützung anderer kapitalistischer Regierungen mit Hilfe der Transnationalisierung ihrer eigenen nationalen Bourgeoisien sowie der Internationalisierung des Kapitals und dominanter Institutionen, wie IMF, Weltbank und WTO, gesichert (Henning 2006: 44). Den Vereinigten Staaten ist es somit nicht nur gelungen, die Globalisierung zu konstituieren und sich dadurch global Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, sondern auch ihre imperialistische Dominanzposition im internationalen System zu behaupten.

Allerdings stellen Leo Panitch und Sam Gindin in diesem Zusammenhang auch fest, dass Projekt Mitte der 1990er Jahre erneut Krisenerscheinungen hervorbracht hat. Ein entscheidender Grund dafür sei die Tatsache, dass die freiheitliche Wirtschaftsordnung des Neoliberalismus lediglich kapitalistisch bereits entwickelten Staaten die Möglichkeit biete, positive Wirtschaftswachstumsraten zu erzielen und somit gesamtgesellschaftlichen Wohlstand durch die Verbesserung des Lebensstandards zu ermöglichen. Für die Entfaltung schwacher Wirtschaftsräume⁶⁰ hat sich der Neoliberalismus als Fehlstrategie erwiesen. Zahlreiche Länder des Südens entziehen sich daher zunehmend dem Zugriff des kapitalistischen Weltmarktes und somit dem Einfluss des amerikanischen, imperialistisch agierenden, Staates. 61 Der Neoliberalismus bedeutet aber keinesfalls eine Schwächung des Staates. Ganz im Gegenteil. Den USA gelingt es zwar immer weniger, die "[...] Staaten des Südens in ihr informelles Imperium zu integrieren." (Henning 2006: 45) Daraus ergibt sich allerdings nicht die kritische Hinterfragung der neoliberalen Globalisierung oder des Kapitalismus, sondern "[...] die Notwendigkeit, auf militärische Interventionen zu setzen, um die kapitalistischen Interessen

⁶⁰ Mit Wirtschaftsräumen sind jene geografischen Räume gemeint, die bestimmte wirtschaftliche Strukturmerkmale aufweisen. Schwache Wirtschaftsräume weisen in diesem Zusammenhang, gemessen an qualitativen Wachstumsraten (gesamtwirtschaftliche Produktion, Einkommensverteilung, Lebensstandard der Bevölkerung, Umweltschonung) und quantitativen Wachstumsraten (mengenmäßige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion gemessen an der Zunahme des BIP), ein geringes Wirtschaftswachstum auf. (Pollert/Kirchner/Polzin 2004: 121f.)

⁶¹ Es ist unumstritten, dass sich im 21. Jahrhundert kein Land dem globalisierten Kapitalismus bzw. der kapitalisierten Globalisierung entziehen kann. Selbst abgeschottete Regime sind auf den internationalen Informationstransfer und Warenfluss angewisen. Allerdings können sich Staaten, und vor allem Länder des globalen Südens, zunehmend dem Einfluss des kapitalistischen Weltmarkt entziehen, indem sie regionale und internationale Handelsabkommen, Organisationen oder Wirtschaftsprojekte initiieren. Beispiele hierfür sind u.a. ACP, ALBA, ASEAN, COMESA, ECO, ECOWAS, G20 (Länder des globalen Südens), Mercosur und UNASUR.

weltweit umzusetzen." (ebd.). Leo Panitch und Sam Gindin argumentieren daher, dass die Militarisierung und Ausweitung der US-Außenpolitik eindeutig als Antwort auf die Krise der neoliberalen Hegemonie in den Ländern des globalen Südens verstanden werden kann.⁶² Kapitalistische Interessen und das Bestreben der Überwindung der systemischen Instabilität werden demnach mit militärischer Gewalt der USA durchgesetzt. (Panitch/Gindin 2004: 80, 88)

Der informelle, neoliberale Imperialismus, wie er in den 1980er Jahren als Antwort auf die Krise der 1970er Jahre vom US-amerikanischen Staat initiiert wurde, radikalisiert sich zu einem neuen, formellen Imperialismus. (Henning 2006: 45)

2.3.1.1 Die Überakkumulationskrise der 1990er Jahre

Mit dem in den 1990er Jahren einsetzenden Wirtschaftsaufschwung und der Erzielung einer maximalen Profitrate von über sieben Prozentpunkten setzte die Wirtschaftsweise der New Economy⁶³ ein (Henning 2006: 130). Die Verbreitung von Computer-, Informations- und Kommunikationstechniken erweckte, verbunden mit der global vernetzten Produktivitätssteigerung, nicht nur die Hoffnung einer lang andauernden Wirtschaftswachstumsphase, sondern auch die Überzeugung der Überwindung der Konjunkturzyklen und Stagnationstendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Dieser Optimismus konnte sich nicht lange halten und rückblickend "[...] hat der Boom der 1990er Jahre die langfristige Krisentendenz des Kapitalismus nicht überwinden können." (Henning 2006: 131).

Die Ursache für den Wirtschaftsaufschwung der 1990er Jahre ist dem USamerikanischen und marxistischen Ökonom Robert Brenner zufolge nicht in der technischen Revolution im Zuge der New Economy zu suchen. Vielmehr ermöglichte das gesteigerte Industriekapital, bedingt durch die erhöhte Ausbeutungsrate der FabrikarbeiterInnen, in den USA der 1980er Jahre eine höhere Produktivitätsrate. (Brenner

ъ.

⁶² Reflexionen zur neoliberalen Hegemonie bieten u.a. Kurt Weyland 2004, Assessing Latin American Neoliberalism: Introduction to a Debate und Ulrich Brand 2005, Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien.

⁶³ Unter dem Begriff New Economy werden alle grundlegenden Veränderungen in all jenen Wirtschaftsbereichen zusammengefasst, deren traditionelle Wirtschaftsabläufe (Old Economy) sich durch die Verbreitung von Computern, dem Internet sowie anderer moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in neue Industrie- und Dienstleistungsbereiche transformiert haben (Pollert/Kirchner/Polzin 2004: 35).

2002: 48ff.)⁶⁴ Mit der tendenziell steigenden ungleichen Verteilung materieller und immaterieller Ressourcen verringerte sich zur gleichen Zeit der Lebensstandard eines Großteils der Bevölkerung. Auch der erhoffte und viel diskutierte Trickle-down-Effekt⁶⁵ blieb aus. Vielmehr intensivierten sich mit dem Anstieg der Aktienkurse, vorangetrieben durch die Revolution in der Computertechnik und Mikroelektronik, in einem steigenden Maße auch die Spekulationstendenzen. (Henning 2006: 132) Die Folge war eine sich abzeichnende Rezession, die mit dem tendenziellen Fall der Profitrate erklärt werden kann.

Der Höhenflug [...] verleitete zu der Illusion, dass die [...] Börse [...] dauerhaft von der realen Wirtschaft abweichen könnte [...]. Die Börsenkurse können jedoch nur solange von der realen Produktion abweichen, solange sie nicht in reale Waren konvertiert werden. (Henning 2006: 133)

Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate geht dabei auf Karl Marx zurück und versucht den Umstand zu erklären, wie sich die Profitrate in einer privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft über einen gewissen Zeitraum zwangsläufig verschlechtert (Marx 1983 [1894]: 132ff.). Für Marx liegt die Ursache der steigenden Kapitalintensität in dem Arbeitskräfte sparenden technischen Fortschritt. Da Marx zufolge nur die menschliche Arbeit wertschöpfend ist, sinkt die Profitrate bei zunehmender Kapitalintensität. Dieser Fall der Profitrate veranlasst die UnternehmerInnen wiederum zu einer intensiveren Ausbeutung der lohnabhängigen Arbeiterklasse, einem verstärkten Kapitaleinsatz sowie dem Einsatz innovativerer Technologien (ebd.). Allerdings lässt sich der tendenzielle Fall der Profitrate dadurch nicht aufhalten, sondern führt vielmehr dazu, dass sich Wirtschaftswachstumsphasen mit der Zeit abschwächen und zu verschärften Wirtschaftskrisen führen.

Darüber hinaus verdeutlicht die wiederkehrende Instabilität des Kapitalismus in den 1990er Jahren die anhaltende Konzentrations- und Zentralisationstendenz des Kapitals. Im Laufe der 1990er Jahre ist die Anzahl der Fusionen und Übernahmen weltweit, doch vor allem in den USA, kontinuierlich gestiegen. Beginnend mit dem ersten globalen Konzentrationsschub der 1880er Jahre, intensivierten sich die Fusionswellen mit der Weltwirtschaftskrise 1929 und den beiden Ölkrisen in den 1970er Jahren bis hin zur fünften und größten Fusionswelle zur Jahrtausendwende. Jede dieser Wellen verschärfte die

⁶⁴ In dieser Wachstumsphase konnten lediglich die reichsten fünf Prozent der US-amerikanischen Gesellschaft ihr Einkommen steigern, wohingegen das Einkommen der lohnabhängigen Arbeiterklasse entweder stagnierte oder sich sogar verringerte (Henwood 2003: 84ff.).

⁶⁵ Mit Trickle-down-Effekten sind jene Durchsickereffekte gemeint, mit denen über Kapitaltransfers Wachstumsprozesse ausgelöst werden sollen, die sich positiv bzw. stimulierend auf die Lebensverhältnisse der ärmeren, lohnabhängigen Bevölkerungsschichten auswirken sollen. Weiterführende Literatur: u.a. Christoph Butterwegge, Bettina Lösch und Ralf Ptak 2008, *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*.

Krisenanfälligkeit des Kapitalismus. (Henning 2006: 134) Fusionen können die den Konzentrations- und Zentralisationstendenzen des Kapitals zugrundeliegenden Probleme allerdings nur vorübergehend lösen. Die überproportionale Zunahme der Firmenübernahmen und Fusionen ist daher nicht als Stärke des kapitalistischen Systems zu verstehen, sondern muss im Kontext einer Überakkumulationskrise interpretiert werden.

2.3.2 David Harvey: Der Neue Imperialismus

Darauf aufbauend, entwickelte der US-amerikanisch-britische Wirtschaftsgeograph und Sozialtheoretiker David Harvey eine Theorie innerimperialistischer Konflikte und Widersprüche des Kapitalismus, die sich weniger auf die Stabilität globaler politischer Kräfteverhältnisse bezieht, sondern vielmehr "[...] die fragmentierte und widersprüchliche Struktur des Staatensystems und die Bedeutung von Interessensdivergenzen und Konflikten unter den führenden kapitalistischen Staaten." (Henning 2006: 55) hervorhebt. Mit seiner These der Akkumulation durch Enteignung, die ebenfalls auf der Marxschen These des tendenziellen Falls der Profitrate basiert, erläutert Harvey, dass imperialistische Politikformen⁶⁶ aus der Interaktion von territorialer und kapitalistischer Logik entstehen und politisch initiierte Expansionsbestrebungen⁶⁷ die Möglichkeit bieten, kapitalistische Überakkumulationskrisen zu bearbeiten (Harvey 1982: 156ff.; 2003: 29ff.).⁶⁸

Harvey bezieht sich dabei auf die marxistische Imperialismustheorie Rosa Luxemburgs, die den Versuch unternimmt, die zentralen Erklärungs-Definitionsprobleme des Marxismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu überwinden.

⁶⁶ Harvey unterscheidet drei Phasen des Imperialismus: The Rise of Bourgeois Imperialisms 1870-1945, The Post-War History of American Hegemony 1945-1970 und Neo-liberal Hegemony 1970-2000 (Harvey 2003: 42ff.). Seit der Jahrtausendwende lassen sich Anzeichen für eine neue Phase ausmachen. Zudem definiert er kapitalistischen Imperialismus "[...] as a contradictory fusion of the politics of state and empire (imperialism as a distinctively political project on the part of actors whose power is based in command of a territory and a capacity to mobilize its human and natural resources towards political, economic, and military ends) and the molecular processes of capital accumulation in space and time (imperialism as a diffuse political-economic process in space and time in which command over and use of capital takes primacy)." (Harvey 2003: 26, Hervorhebung im Original).

⁶⁷ Die Expansion erfolgt in Form der geographischen Ausdehnung des Handlungsfeldes des Kapitals.

⁶⁸ Mit dieser vorgenommenen Unterscheidung zwischen den unmittelbar in Verbindung stehenden, aber nicht identischen Sphären der Politik und der Ökonomie, ist es Harvey gelungen, die inneren Widersprüche des Kapitalismus zu verorten und die von Leo Panitch und Sam Gindin nur schwach oder teilweise erläuterten Zusammenhänge zu ergänzen, dass nämlich Staat und Kapital nicht identisch sind und kapitalistischer Imperialismus als das Zusammenwirken zwei verschiedener Prozesse, "[...] der politischen, "territorialen Logik" von Staaten und Imperien und der "kapitalistischen Logik" der Wirtschaft [...]" (Henning 2006: 46, Hervorhebung im Original) zu verstehen ist. Das Verhältnis zwischen Staat und Kapital ist daher widersprüchlich und konfliktgeladen.

Anders als John A. Hobson, der die Ursache des Imperialismus in der kolonialen Expansion begründet und die zwangsläufige Zunahme von Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen unter dem Gesichtspunkt der voranschreitenden globalen Verkapitalisierung, bedingt durch partikulare Unternehmensinteressen, betrachtet⁶⁹, interpretiert Luxemburg den imperialistischen Expansionsdrang als etwas dem Kapitalismus inhärentes. Ihre zentrale These lautet, dass sich der Imperialismus, als politischer Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation, historisch in einer nichtkapitalistischen Sphäre herausgebildet hat und in seiner weiteren Entwicklung auf die Inbesitznahme nichtkapitalistischer Lebensbereiche angewiesen ist (Luxemburg 1990 [1913]: 391f.). Harvey greift diesen Gedanken auf und veranschaulicht anhand der zunehmenden Bearbeitungsprobleme des US-Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts⁷¹ die immer offener Tendenzen hervortretenden Überakkumulationskrise⁷² (Harvey 2003: 87ff.). Um dieser entgegenzuwirken, ergeben sich für das Kapital drei Möglichkeiten: die zeitliche Verschiebung von überschüssigem Kapital (temporal fix), die räumliche Ausdehnung von Kapitalien (spatial fix) oder die Kombination beider Kapitalbindungen (spatio-temporal fix) (Harvey 2003: 87ff., 115ff.; 2004: 184ff.).

Harvey untersucht sowohl den Zusammenhang der territorialen und kapitalistischen Logik sowie die inneren und äußeren Beziehungen des kapitalistischen Staates und kommt zu dem Ergebnis, dass das Hauptproblem in der Notwendigkeit besteht, die Kapitalüberschüsse wieder profitabel zu investieren. Da die Kapitalakkumulation am besten innerhalb institutioneller und territorialisierter Rahmenstrukturen funktioniert, misst Harvey dem Staat mit Gewaltmonopol eine hohe Bedeutung zu (Harvey 2003: 89f.). Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Zurückgewinnung des investierten Kapitals von dem jeweiligen Nutzen an der richtigen Stelle abhängt. Der Staat ist aufgrund seines festen geographischen Territoriums und seiner Integration in das internationale Staatensystem in

_

⁶⁹ Vgl. hierzu Abschnitt 1.4, Die Imperialismustheorie von John A. Hobson, in dieser Arbeit.

Öhnlich wie Marx, begründet sie die Expansionspolitik der kapitalistischen Großmächte mit der Unterkonsumtionstheorie, wobei in diesem Kontext nur wichtig ist, dass das Kapital seine Verwertungsschwierigkeiten durch die Unterwerfung nichtkapitalistischer Milieus lösen kann. Weiterführende Literatur: Karl Marx 1963 [1893], Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 2: Der Zirkulationsprozess des Kapitals.

⁷¹ Unter anderem steigende Arbeitslosigkeit, Bilanzfälschungs- und Korruptionsskandale, schrumpfende Rentenfonds, Rezessionen, Sozialabbau und steigende soziale Ungleichheiten.

⁷² Unter Überakkumulationskrisen versteht Harvey die nicht profitabel verwendbaren Kapitalüberschüsse sowie überschüssigen Arbeitskräfte, die die regelmäßige innere Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems zum Ausdruck bringt (Harvey 2003: 109).

der Lage, Kapitalien wie Geld, Waren oder Produktionskapazitäten in profitträchtige Regionen zu exportieren (Henning 2006: 49, 55; ten Brink 2008: 233). Dabei fungiert die Kapitalakkumulation als Machtressource des Staates und erzeugt für das Kapital profitabel gemachte regionale Wirtschaftsstandorte. Diese dienen einerseits der Absicherung und Ausweitung der staatlichen Machtbasis und produzieren andererseits erneute Krisenphänomene, "[...] denn neue Räume des Kapitalismus erzeugen selbst wieder Überschüsse." (ten Brink 2008: 235). Diese ökonomische Krisenanfälligkeit des Kapitalismus versucht der Staat durch weitere Ausbeutung- und Expansionsbestrebungen zu kompensieren. Das wiederum verstärkt die geopolitische Konkurrenz um Macht und Kontrolle (Henning 2006: 55).

Die Überakkumulationskrise und der aus ihr resultierende Versuch des Kapitals, [die Überakkumulation] durch geographische Expansion [...] zu absorbieren verstärk[t] auf Grund [der] Symbiose von Staat und Kapital nicht nur die ökonomische Konkurrenz, sondern auch die Tendenz zu zwischenstaatlichen, politischen Widersprüchen. (Henning 2006: 56)

Mit Bezug auf Rosa Luxemburgs These der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals⁷⁴ und der Akkumulation durch erweiterte Reproduktion,⁷⁵ versucht Harvey mit der These der Akkumulation durch Enteignung⁷⁶ deshalb folgendes zu verdeutlichen: Der Prozess der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals reproduziert sich nicht nur vor der Entstehung des Kapitalismus, sondern vollzieht sich auch während des Kapitalismus. Dabei wird der Staat nicht einfach nur von der expansiven, kapitalistischen Raumzeitökonomie berührt. Vielmehr greift der Staat aktiv in diesen Prozess ein, indem er die Akkumulationsprozesse forciert und ununterbrochen neue Phasen kapitalistischer Entwicklung einleitet, die wiederum der Reproduktion des Kapitals dienen. (Harvey 2003: 42ff.; ten Brink 2008: 235, 238). Dadurch werden Harvey zufolge zwei Tendenzen erstens. deutlich: die Unfähigkeit des Staates die fortdauernde Überakkumulation zu lösen und zweitens, die steigende Bedeutung und Tendenz der Akkumulation durch Enteignung seit den 1970er Jahren. Die dafür geschaffene

⁷³ Kapitalakkumulationsprozesse sind oft mit Kostensenkungen verbunden und zeichnen sich u.a. auch durch Auslagerungen kostenintensiver Produktionsstandorte, der Reduzierung der Lohnnebenkosten bei gleichzeitigem Import von Nideriglohnarbeitskräften und der Ausbeutung gewinnbringender Rohstoffquellen aus.

aus.

74 Die These der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals verdeutlicht den historisch abgeschlossenen Prozess zur Durchsetzung des Kapitalismus.

⁷⁵ Die Akkumulation durch erweiterte Reproduktion bezieht sich auf die verdeckte, rein ökonomische Ausbeutung durch Lohnarbeit.

⁷⁶ Mit der These der Akkumulation durch Enteignung hebt Harvey die nackte, politische Gewalt durch Kolonialismus, Krieg und Raub hervor.

Voraussetzung ist, "[...] dass die Kapital- und Warenmärkte weltweit offen sind, damit das überschüssige Kapital aus dem einen territorialen System ohne Schwierigkeiten in andere Räume mit besonderen Profiterwartungen abfließen kann." (Henning 2006: 49). Für den Fall, dass die Märkte und Rohstoffe nicht uneingeschränkt zugänglich sind, "[...] müsse der Zugang [...] mithilfe von ökonomischen Druck bis hin zu militärischen Interventionen durchgesetzt werden." (ebd.). Die Akkumulation durch Enteignung⁷⁷ kann daher als jenes zentrales Hauptinstrument des internationalen Finanzsystems verstanden werden, das den Ländern der Peripherie Privatisierungen und Kürzungen aufzwingt.⁷⁸

Ab der Jahrtausendwende ist darüber hinaus eine neue Phase des Imperialismus erkennbar, die die weitgehende Tendenz vom Konsens zum Zwang verdeutlicht und die zentrale Bedeutung der Militarisierung der US-Außenpolitik⁷⁹ hervorhebt (Harvey 2003: 180ff.; Henning 2006: 50). Dabei gibt die Tatsache, dass heute sehr viele private Militärdienstleistungen von großen Rüstungsunternehmen in Auftrag gegeben werden, deren Rüstungswirtschaft wiederum entscheidend von staatlichen Aufträgen abhängt, entscheidenden Aufschluss über die komplexen Beziehungen zwischen Konzern- und Staatsinteressen, die Privatisierung ehemals staatlicher Sicherheitskompetenzen und die zunehmende Debatte der neuen Kriege.⁸⁰ Vor allem die Rüstungsindustrie verdeutlicht, dass die Zahl konkurrierender Unternehmen kontinuierlich sinkt, während einige wenige weltweit führende Großkonzerne ganze Industrien und Wirtschaftszweige dominieren.⁸¹ Diese Entwicklung, die Karl Marx als Prozess der Konzentration und Zentralisation des

⁷⁷ Im Grunde, so Harvey, haben die globalen Machteliten sehr gut verstanden, dass die Akkumulation durch Enteignung ständig wiederholt und aufrechterhelten werden muss, um die Kapitalakkumulation gewährleisten zu können (Harvey 2003: 137ff.).

zu können (Harvey 2003: 137ff.).

78 Strukturanpassungsprogramme (Structural Adjustment Programs - von IWF und Weltbank gewährte, an Bedingungen geknüpfte, Großkredite zu Sonderkonditionen) sind nur ein Indiz für die Öffnung der Märkte wirtschaftlich schwächerer Länder zugunsten wirtschaftlich stärkerer Länder. Weiterführende Literatur: u.a. Christian Zeller 2004, *Ungleiche Entwicklung, globale Enteignungsökonomie und Hierarchien des Imperialismus* und Joseph E. Stiglitz 2002, *Globalization and Its Discontents*.

⁷⁹ Gemeint sind hier die steigenden Zahlen militärischer Interventionen und geopolitischer Auseinandersetzungen, die Militarisierung und der Ausbau des US-amerikanischen und internationalen Sicherheitsapparats sowie der Aufbau von Militärbasen und die Zunahme von Söldner- und Privatarmeen.

⁸⁰ Ausgangspunkt der These der neuen Kriege ist die Transformation klassischer, zwischenstaatlicher Kriege zu neuen, innerstaatlichen Konflikten. Weiterführende Literatur: u.a. Jochen Hippler 2009, *Wie "Neue Kriege" beenden?*, Herfried Münkler 2002, *Die neuen Kriege* und Mary Kaldor 1999, *New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era.*

⁸¹ Die führenden privaten US-amerikanischen Militärunternehmen, die sehr starke Bindungen zur Rüstungsindustrie besitzen, sind heute: Armor Holding; BDM International; Cubic Applications, Inc.; DPI International; Dyn Corp; International Charter, Inc.; Kellog, Brown & Root, einer Abteilung der Halliburton Corporation; Military Professional Resources, Inc., einem Ableger von L3 Communications; Science Applications International, Inc. und Vinnell Corporation, das größte private US-amerikanische Sicherheitsunternehmen des Rüstungskonlomerats Northrup Grunman (Johnson 2004: 193).

Kapitals bezeichnete, verdeutlicht mehrere Tendenzen (Marx 1983 [1894]: 229). Erstens, werden komplexe staatliche Sicherheitskompetenzen ausgelagert und privaten Rüstungs-, Sicherheits- und Überwachungsunternehmen übertragen, wobei die wichtigsten militärischen Aufgabenbereiche von der Privatisierung ausgenommen bleiben. Zweitens, nimmt der Staat nach wie vor eine uneingeschränkt gestaltende Rolle ein. Durch Eingriffe in das Wirtschaftssystem versucht vor allem der US-amerikanische Staat seine Unternehmen zu schützen, ⁸² deren Kapitalakkumulation zu gewährleisten und einen effizienten, profitablen und schlagkräftigen Absatzmarkt strategischer Kriegsführung zu schaffen. Das aufgrund der Krisentendenz des Kapitalismus weiterhin im Vordergrund stehende Insolvenzrisiko wird durch Direktbeteiligungen und Subventionen des Staates übernommen. ⁸³ Und drittens, erhält die Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine noch stärkere politische Akzentuierung, die sich, da jeder Nationalstaat vor allem seine eigenen Interessen und sein Kapital schützen will, durch verschärfte zwischenstaatliche Machtkämpfe und Rivalitäten, steigende militärische Aufrüstung und wachsende Kriegsgefahr äußert. (Henning 2006: 128, 136f.)

Die neoliberale Ordnungspolitik wird seitdem [der Jahrtausendwende] verstärkt mit militärischen Mitteln, unter Anwendung von Zwang, durchgesetzt. Ganz besonders gilt dies für die Ölstaaten des Mittleren Ostens, denen eine hohe geopolitische Bedeutung zukommt. (ten Brink 2008: 239, Hervorhebung im Original)

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts befindet sich das internationale System zudem in einem Zustand des politischen Umbruchs. Der Bipolarität während der heißen Phase der Systemkonfrontation in den den 1950er Jahren folgte ein schrittweiser aber kontinuierlicher Wandel zu einer multipolaren Weltordnung. Die von den USA dominierte internationale Machtstruktur differenzierte sich mit dem Wiederaufstieg Deutschlands, Entwicklung **Japans** sowie der europäischen und südostasiatischen Staatengemeinschaften zunehmend.⁸⁴ In dieser Ordnungsstruktur blieben die USA der mit Abstand wichtigste Akteur, da sich die Transformation von einem bipolaren zu einem multipolaren System nie über die historisch erwachsene Phase der Unipolarität hinaus vollzogen hat. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zur Beseitigung der bipolaren Grundstruktur und zur Schwächung der multipolaren Entwicklungstendenzen in der

2

⁸² Das tut der Staat, indem er den Leitzins senkt, die kreditfinanzierte Nachfrage ausdehnt und den Unternehmen eine höhere Verschuldung ermöglicht.

⁸³ In diesem Zusammenhang hat sich das Kredo des "Too Big to Fail" durchgesetzt. Weiterführende Literatur: u.a. Benton E. Gup 2004, *Too Big to Fail. Policies and Practices in Government Bailouts* sowie Paul R. Krugman und Maurice Obstfeld 2009, *International Economics: Theory and Policy*.

⁸⁴ Gemeint sind hier die Europäische Union (EU) und die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN).

West-Konflikt hervor. Mit der Unipolarität wurde die Tendenz der USA zu unilateralen Handeln immer offensichtlicher. Vor allem ein Ereignis verstärkte diese Tendenz: Die Terroranschläge vom 11. September 2001. (Hippler/Schade 2003: 5ff.)

2.3.3 Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Bedeutung

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem darauffolgenden Krieg gegen den Terror wurde der Grundstein für die schwerwiegendsten Veränderungen in den internationalen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges gelegt (bpb 2013a, Politik, Hintergrund aktuell). Neben einer konsequenten Strategie direkter militärischer Interventionen, 85 als Reaktion auf die Ereignisse vom 11. September, zeigte sich, dass das außenpolitische Handeln der USA nach wie vor von drei entscheidenden Grundvoraussetzungen determiniert ist: der globalen Machtverteilung, machtpolitischen Selbstverständnis einer imperialen Großmacht und dem sich daraus ergebenen Führungsanspruch und Handlungswillen (Fröhlich 2002, I. Einleitung). Zudem unterscheidet sich die US-Außenpolitik seit 9/11 grundlegend von der alten amerikanischen Weltordnungspolitik von 1945 bis zum Ende des Ost-West-Konflikts. Innerhalb der internationalen Gemeinschaft wurden die Terroranschläge darüber als hinaus Paradigmenwechsel in der Planung und Ausübung terroristischer Gewalt bewertet. Die Fassungslosigkeit über einen Anschlag dieser Größenordnung war gravierend. Schließlich rückte das Bedrohungspotential den Fundamentalismus und Terrorismus in den Vordergrund der internationalen Sicherheitspolitik und in weiterer Konsequenz eine Region: den Nahen Osten (bpb 2013a, Politik, Hintergrund aktuell: Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002: 42).86

⁸⁵ Diese Militärinerventionen stehen allerdings unter dem Verdacht, nicht unmittelbar der internationalen Friedenssicherung, sondern der Ausweitung eigener nationaler Sicherheitsinteressen zu dienen.

Nahe Osten ist eine geographische, eurozentrisch geprägte, Bezeichnung für die arabischen Staaten Vorderasiens. Zum Nahen Osten gehören im engeren Sinn die Länder des ehemaligen Osmanischen Reiches: Bahrain, Irak, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Palästina, Saudi Arabien, Syrien, Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate. Im weiteren Sinn gehören auch Ägypten, obwohl auf dem afrikanischen Kontinent, sowie Zypern und Nordzypern dazu. Die Region des Mittleren Osten wird nicht eindeutig definiert, umfasst aber im allgemeinen Afghanistan, Bangladesh, Bhutan, Indien, Iran, Myanmar, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Gelegentlich mit dem Nahen und Mittleren Osten assoziiert werden Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Dschibuti, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Lybien, Marokko, Mauretanien, Somalia, Sudan, Südsudan, Tadschikistan, Tunesien, Turkmenistan, Usbekistan und Westsahara. Diese

An die Stelle der Vereinten Nationen setzten sich alsbald die Vereinigten Staaten, denen es nicht um kollektive Sicherheit, sondern um präventive Verteidigung geht. Ihre Politik vertraut nicht auf Kooperation und internationale Organisation, sondern auf die unilaterale Anordnung, die mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden wird. Von der kooperativen Koexistenz globaler und regionaler Organisationen sind nur noch marginale Reste übrig geblieben. Die Welt wird nicht durch die Zusammenarbeit aller geordnet, sondern nach dem Willen Washingtons. (Czempiel 2002: 3)

Mit der unmittelbaren Angst vor dem Terrorismus setzte sich, laut Ernst-Otto Czempiel, jener Politikstil durch, der seine Herrschaft nicht mehr auf Macht, sondern auf Befehl, Gehorsam und Gewalt stützt (Czempiel 2002: 3). Dabei haben die Terroranschläge "[...] das tief in das Selbstbewusstsein [...] [der US-amerikanischen] Gesellschaft eingewobene Misstrauen gegenüber jeglicher "imperialen Präsidentschaft" neutralisiert [...]." (Czempiel 2002: 3, Hervorhebung im Original). Energischer denn je verfolgte die Bush-Regierung die Absicht, einen selektiven amerikanischen Internationalismus zu konzipieren (Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002: 40). Das wird vor allem im Zuge der von George W. Bush gehaltenen Rede vor der West Point Militärakademie am 1. Juni 2002 deutlich, in der er feststellt, dass "[...] die alte Doktrin der Eindämmung und Abschreckung [...] heute nur noch begrenzt anwendbar [...]" (Henning 2006: 141) ist und der Präventivkrieg sowie ein Militär, "[...] das fähig ist in jedem Teil der Welt sofort zuzuschlagen [...]" (ebd.) die logische Konsequenz der veränderten globalen Sicherheitslage ist. Diese Auffassung fand ihren Ausdruck in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie⁸⁷ der USA und verdeutlicht diesbezüglich mehrere entscheidende, staatsübergreifende Entwicklungen.

Erstens, wurde das klassische Verständnis des ökonomischen und republikanischen Liberalismus durch neue Auffassungen des sicherheitspolitischen Realismus und Institutionalismus erweitert. Zur Umsetzung der neuen Ordnungsstrukturen muss das bestehende System internationaler Kooperationen radikal reformiert werden. Zweitens, stellen nicht mehr traditionelle Großmachtkonflikte, sondern "Schurkenstaaten", Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen die größte Gefahr für die

Länder weisen, aus westlicher Perspektive betrachtet, folgende Gemeinsamkeit auf: die Auseinandersetzung mit dem Islam sowie den Zugang zu wirtschaftsstregisch wichtigen Rohstoffquellen. (Fürtig 2012: 5ff.)

⁸⁷ Die National Security Strategy (NSS) der USA vom 20. September 2002 kann als politiktheoretisches Ordnungskonzept verstanden werden, das zentrale Elemente von Realismus, Liberalismus und Institutionalismus in sich vereint (Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002: 40). Grundsätzlich stehen bei dieser Strategie die Entwicklung offener Gesellschaften, der Aufbau demokratischer Strukturen und die Ausbreitung von Freihandel und Marktwirtschaft im Vordergrund. Darüber hinaus sollen nicht nur Frieden und Wohlstand geschaffen, sondern die Menschenrechte garantiert werden (ebd.: 41). Zur Kritik: u.a. Volkmar Deile, Franz-Josef Hutter, Sabine Kurtenbach und Carsten Tessmer 2005, *Jahrbuch Menschenrechte 2006. Freiheit in Gefahr - Strategien für die Menschenrechte*.

US-amerikanische und internationale Sicherheit dar. Drittens, bilden neue Formen der Diplomatie und traditionelle Militärpolitik die zentralen Säulen zur Durchsetzung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Viertens, rückte der Nahe und Mittlere Osten, gebrandmarkt als Keimzellen des islamischen Terrorismus, 88 in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit.⁸⁹ Fünftens, verfolgen die USA eine Mischung aus Multilateralismus, Ad-hoc Koalitionen und Unilateralismus. Die zentrale Bezugsinstitution der kollektiven Sicherheit ist die UNO und der kollektiven Verteidigung die NATO. Zusätzlich sollen konkrete Bedrohungen durch Koalitionen der Willigen⁹⁰ begegnet werden. (Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002: 40ff.; Bush 2002: 1ff.) Sechstens, wurde die Zusammenarbeit und Koordination der zuständigen Geheimdienste Strafverfolgungsbehörden in den USA verbessert, indem Gesetze verschärft, in ihrem Anwendungsbereich ausgedehnt und zahlreichen Strafverfolgungsbehörden Machtbefugnisse zugesprochen wurden. Auf supranationaler Ebene wurden diese Verhinderung der Finanzierung terroristischer Richtlinien zur Gruppierungen implementiert. (bpb 2013a, Politik, Hintergrund aktuell) Und siebtens, setzt sich die Bush-Administration für eine aktivere Form der Abschreckung ein. Im Vordergrund stehen dabei verstärkte Maßnahmen der Homeland Security, 91 der weitere Ausbau ballistischer Raketenabwehrsysteme, erhöhte Vorkehrungen im Bereich counterproliferation⁹² und der präventive Einsatz militärischer Mittel (Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002: 44; Bush 2002: 13). Trotz US-amerikanischer und internationaler Kritik, erfolgte die erstmalige Umsetzung der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie beim Angriff auf den Irak im Jahre 2003.

20

⁸⁸ In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich sich ein differenziertes Bild von Fundamentalismus, Terrorismus und seinen Ursachen zu machen. Weiterführende Literatur: u.a. Thomas Kolnberger und Clemens Six 2008, *Fundamentalismus und Terrorismus. Zu Geschichte und Gegenwart radikalisierter Religion*.

⁸⁹ Hauptursache des Extremismus ist, dem Westen zufolge, die Unfähigkeit der arabischen Länder, ihre Gesellschaften zu transformieren. Schlechte Regierungsführung, hohe Staatsquoten, kostenintensive bürokratische Strukturen und Korruption sind demnach verantwortlich für die strukturelle Instabilität der gesamten Region. Die weltweit friedensgefährdende Situation kann (demzufolge nur) durch die Öffnung der Märkte, Freihandel sowie politische und wirtschaftliche Modernisierungsprozesse nach westlichem Vorbild überwunden werden. (Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002: 42)

⁹⁰ Die Koalition der Willigen (coalition of the willing) ist keine formale Organisation mit einem ständigen Sitz, festen Mitarbeitern oder permanenten Ressourcen. Vielmehr ist die Koalition der Willigen eine Allianz von Staaten, die unter besonderen Umständen, wie einer abstrakten oder konkreten Gefahr, politisch und vor allem militärisch handelt (Williams 2009: 41f.).

⁹¹ Homeland Security (HS) ist eine nach den Terroranschlägen 2001 initiierte Strategie zur Sicherstellung, dass keine Anschläge, terroristischer und anderer Art, auf US-amerikanischen Boden geplant und ausgeübt werden können. 2002 wurde zu diesem Zwecke das United States Department of Homeland Security (DHS) gegründet. (Bush 2002a: 2ff.) Homeland Security ist zudem zu unterscheiden von Homeland Defense (HD).

⁹² In erster Linie militärische Vorsorge gegen potentielle Angriffe durch chemische, biologische, radiologische und nukleare Waffen.

2.3.3.1 Unilateralismus und die zunehmende Abkehr vom Multilateralismus

Die erste, unter dem Mandat der North Atlantic Treaty Organization, erfolgte Militäraktion begann am 7. Oktober 2001 im Zuge der Operation "Enduring Freedom". Es konnte nachgewiesen werden, dass die Anschläge vom 11. September in Afghanistan geplant wurden (bpb 2013c, Internationales, Dossier Afghanistan). NATO-Truppen marschierten daraufhin in Afghanistan ein, um das Taliban-Regime zu stürzen und Osama bin Laden, den vermeintlichen Drahtzieher der Anschläge und Kopf des Terrornetzwerks Al-Qaida, zu fassen. Innerhalb von zwei Monaten waren die Taliban entmachtet, doch Osama bin Laden noch immer nicht gefasst. Erst am 2. Mai 2011 konnte ein Sonderkommando der US-Navy den meistgesuchten Mann der Welt ausfindig machen und schließlich im pakistanischen Abbottabat töten. (bpb 2013a, Politik, Hintergrund aktuell)

Voraussetzung für den Einmarsch in Afghanistan war das Zusammentreffen des North Atlantic Council, dem wichtigsten Entscheidungsgremium der NATO. Nur einige Tage nach den Terroranschlägen, am 4. Oktober 2001, wurde erstmals der Bündnisfall nach Artikel 5 des Washington Treaty ausgerufen. (NATO 1949, The North Atlantic Treaty, Article 5) In diesem Zusammenhang verabschiedete der UN-Sicherheitsrat bereits einen Tag nach den Anschlägen, am 12. September 2001, die Resolution 1368, mit der die Terroranschläge als Bedrohung des Weltfriedens verurteilt wurden (UNSC 2001, Resolution 1368).

Am 20. März 2003 marschierten US-amerikanische und britische Streitkräfte, mit Unterstützung der Koalition der Willigen, im Rahmen der "Operation Iraqi Freedom" ohne UN-Mandat in den Irak ein. Knapp zwei Jahre nach Beginn der Invasion in Afghanistan wurde die Ausweitung des Krieges gegen den Terror entgegen geltendem Völkerrecht mit der akuten Bedrohung amerikanischer und internationaler Sicherheit durch Massenvernichtungswaffen legitimiert: Wie in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA formuliert, ⁹⁵ rechtfertigt dies den präventiven Einsatz militärischer Mittel. Dieses Gefahrenpotential lag, der US-Regierung zufolge, vor. Neben dem Verdacht,

_

⁹³ Dieser besagt, dass der bewaffnete Angriff gegen einen oder mehrere Bündnispartner als Angriff gegen alle gewertet wird. Folglich sind alle Bündnispartner zur kollektiven Selbstverteidigung verpflichtet.

⁵⁴ In der Einleitung unterstreicht der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1368 die individuelle und kollektive Selbstverteidigungsklausel nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen und verurteilt die Terroranschläge als Bedrohung des Weltfriedens (UN 1945, Charta of the United Nations, Article 51).

⁹⁵ "We must be prepared to stop rogue states and their terrorist clients before they are able to threaten or use weapons of mass destruction against the United States and our allies and friends." (Bush 2002b: 13).

Massenvernichtungswaffen zu besitzen und nutzen zu wollen, wurde Saddam Hussein zudem die Verbindung zu dem Terrornetzwerk Al-Qaida und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 unterstellt. Der Zweite Irakkrieg wurde mit dem Argument gerechtfertigt, dass er die nachhaltige Entwicklung von Frieden und Demokratie sowie den Schutz der Menschenrechte in der Nahostregion fördert. 96

Auf der anderen Seite löste die Invasion eine hitzige Debatte über die Rechtmäßigkeit des präventiv geführten Krieges im Irak, die imperialistischen Expansionsbestrebungen der USA im Nahen und Mittleren Osten und die Errichtung einer amerikanischen Weltordnung aus. Die zunehmende Tendenz der Vereinigten Staaten zum Unilateralismus wurde weltweit, doch im besonderen Maße von der europäischen Wertegemeinschaft, mit wachsender Besorgnis aufgenommen. Es besteht nicht nur die Gefahr, dass die dominante Militärmacht USA rücksichtslos die eigenen nationalen Interessen verfolgt, sich von der bisherigen multilateralen Nachkriegspolitik entfernt und die Bedeutung international akzeptierter Regel- und Normensysteme missachtet, sondern ihre Verbündeten sowie Gegner provoziert, in zwischenstaatliche Konflikte treibt und schließlich die globale Kriegsgefahr erhöht. (Dembinski 2002: 1) Auch wenn der Kriegskurs der USA als Reaktion auf den sich entfaltenden Terrorismus des 21. Jahrhunderts und dessen potentielle Gefahr für die internationale Friedenssicherung zu verstehen ist, haben kritische AutorInnen darauf hingewiesen, dass die Vorgehensweise der Bush-Regierung seit 2001 nicht einfach nur als Antwort auf die Terroranschläge zu verstehen ist. Vielmehr muss die außenpolitische Vorgehensweise der USA in einem wachsenden Spannungsverhältnis zwischen Unilateralismus, Multilateralismus und den imperialistischen Machtbestrebungen der USA betrachtet werden. (Fröhlich 2002, I. Einleitung; Henning 2006: 26, 137; Hippler/Schade 2003: 8) Die Intensivierung eines offenen Unilateralismus und zunehmende Abkehr des selektiven Multilateralismus in der US-Außenpolitik 97 begann daher nicht erst mit dem Präsidentschaftsantritt Goerge W.

⁹⁶ Zur intensiven Auseinandersetzung mit dem Zweiten Irakkrieg und seiner Kritik: u.a. Eliot Weinberger 2003, 9/12: New York After, 2005, What I Heard About Iraq und 2006, What Happened Here: Bush Chronicles sowie Noam Chomsky 2000, Rogue States. The Rule of Force in World Affairs und 2006, Failed States. The Abuse of Power and the Assault on Democracy.

⁹⁷ Jochen Hippler und Jeanette Schade erläutern, welche Motive multilateralen und unilateralen Handlungen zugrunde liegen. Dabei unterscheiden sie sechs Dimensionen: erstens, "kooperativer Multilateralismus", der zur Lösung gemeinsamer, globaler Probleme zwischen prinzipiell Gleichberechtigten beiträgt; zweitens, "selektiver Multilateralismus", der sich auf einzelne Politikfelder stützt und unilateral definierten Eigensinteressen dient; drittens, "imperialer Multilateralismus", bei dem multilaterale Mechanismen für die Durchsetzung eigener Machtverhältnisse und der eigenen dominanten Machtpolitik instrumentalisiert werden; viertens, "regionaler Unilateralismus", bei dem in bestimmten Regionen (Lateinamerika) unilateral gehandelt

Bushs zur Jahrtausendwende, sondern schon mit den Präsidentschaften George Bush senior und Bill Clinton. Der partielle Isolationismus stellt daher vielmehr eine direkte und historisch erwachsene Kontinuität zur außenpolitischen Ausrichtung dar und verdeutlicht das enorm ambivalente Verhältnis der USA gegenüber bi- und multilateralen Kooperationen, gemeinsamen außenpolitischen Konfliktlösungsstrategien und den häufigen Blockaden multilateraler Mechanismen (Dembinski 2002: 1ff.; Hippler/Schade 2003: 9). In Anbetracht dieser, von den USA ausgehenden, Handlungsperspektive ist es von zentraler Bedeutung, die Vorgehensweise der USA als selbsternannte Weltordnungsmacht zu verstehen und den imperialistischen Charakter zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen nach 9/11 zu verdeutlichen.

2.4 Resümee

Es konnte dargestellt werden, dass sich Kolonialismus und Imperialismus historisch bedingen und Imperialismus als eine auf Machtausweitung gerichtete Politik eines Staates zu verstehen ist. Dieser Expansionspolitik liegt die zielstrebige Vergrößerung des eigenen Staatsgebietes sowie die wirtschaftliche Ausbeutung und territoriale Inbesitznahme fremder Gebiete zugrunde. (Ansprenger 2008: 79; Heinrich 2003: 280; Münkler 2005: 41ff.; Schubert/Klein 2006: 141, 159) Aufgrund der zunehmenden Rivalitäten unter den Kolonialmächten kam es im ausgehenden 19. Jahrhundert zu blutigen Machtkämpfen und

wird und in wieder anderen Regionen (Europa) multilateral; fünftens, "reiner Unilateralismus", der multilaterale Mechanismen ignoriert oder außerhalb dieses Handlungsrahmen agiert, ohne diese bewusst schädigen zu wollen; und sechstens, "offensiver Unilateralismus", der multilaterale Mechanismen gezielt schwächen und sabotieren will, da sie den eigenen handlungspolitischen Spielraum stark determinieren. (Hippler/Schade 2003: 12f.)

⁹⁸ Zahlreiche BefürworterInnen und KritikerInnen der US-amerikanischen Außenpolitik argumentieren, dass sie den Ursprung des expansiven Charakters US-amerikanischer Interessen in den institutionellen und wirtschaftlichen Ursprüngen des amerikanischen Imperialismus sehen. Die Dominanz der Welt durch den Kapitalismus und die hegemoniale Machtposition der Vereinigten Staaten innerhalb dieses kapitalistischen Systems unterstreichen die Kontinuität des amerikanischen Expansionsdrang und den uneingeschränkten Willen, eine globalisierte und liberal-kapitalistische Weltordnung unter amerikanischer Führung aufzubauen. (Henning 2006: 26f.)

⁽Henning 2006: 26f.)

⁹⁹ In diesem Zusammenhang ist die Selbstbindung an ein multilaterales Ordnungssystem nicht zwangsläufig mit dem Verlust der eigenen, uneingeschränkten Machtposition verbunden. Allerdings muss die Missachtung und Schwächung regelgeleiteter Kooperationen im Kontext des vorherrschenden US-amerikanischen Imperialismus betrachtet und vor dem Hintergrund der Etablierung, Verteidigung und Ausweitung von Macht hinsichtlich weltweiter ökonomischer Abhängigkeitsstrukturen und politischer Fragmentierungsprozesse bewertet werden (ten Brink 2007: 6). Unilaterale und multilaterale Politikformen sind daher als wesentliche Ausdrucksform der Regulierung globaler und zum Teil imperialistischer Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse zu verstehen (ebd.).

Expansionskriegen, die zur Unterwerfung und geographischen Aufteilung der beinahe gesamten außereuropäischen Welt führten. Die formelle und informelle Herrschaft über koloniale Territorien avancierte zum Kernelement imperialistischer Politik. Ziel war es, dauerhafte wirtschaftliche Abhängigkeitsstrukturen zu etablieren und die langfristige Einbindung der Kolonialgebiete in das kapitalistische System zu garantieren (Frank 1980: 71; Heinrich 2003: 280; Kirby 2003: 38ff.).

Infolge der beiden Weltkriege fand der klassische Imperialismus ein Ende. Der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Ost-West-Konflikt veränderte die globale Machtstruktur grundlegend (Deppe 2008: 21; Hartwich 1964: 411). Die in den 1960er Jahren weitestgehend abgeschlossene Entkolonialisierung führte zur Herausbildung neuer Staaten. Die direkte Einflussnahme der Industriestaaten auf die Länder des globalen Südens blieb jedoch bestehen (Deppe 2008: 23; Heinrich 2003: 279, 293). Diese Tatsache führte zur Neubewertung imperialistischer Erklärungsansätze und zur Erkenntnis, dass die Etablierung politischer und wirtschaftlicher Machtdominanz nicht zwangsläufig den Kolonialstatus eines Landes bedarf (Heinrich 2003: 294).

Der alte Imperialismus hat sich somit zu einem Neoimperalismus transformiert, der die ehemaligen Kolonien vollends in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem integriert und die Rolle des Staates grundlegend verändert hat (Heinrich 2003: 293: Winkler 2011 [1974]: 9ff.). Dieser gewährleistet nicht mehr nur die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kapitalverwertung, sondern betreibt fortan eine aktive Wirtschaftspolitik (Heinrich 2003: 295; Kocka 2011 [1974]: 19ff.; Winkler 2011 [1974]: 9ff.). Diese Tatsache beeinflusste in zunehmenden Maße auch die entwicklungspolitische Debatte. In diesem Zusammenhang wurden drei Perspektiven der Weltpolitik, Realismus, Liberalismus und Institutionalismus, erläutert.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die Debatte eines neuen, von den USA ausgehenden, Imperialismus entstanden. Neben historischen Erklärungsansätzen imperialistischer Expansionspolitik von John Atkinson Hobson, der seine Argumentation auf die Unterkonsumtionstheorie stützt, und Wladimir Iljitsch Lenin, der den Imperialismus als unvermeidliches Produkt des Kapitalismus sieht, haben sich in jüngster Zeit vor allem Leo Panitch, Sam Gindin und David Harvey mit den innerimperialistischen Konflikten und Widersprüchen des Kapitalismus sowie der voranschreitenden Militarisierung der US-Außenpolitik seit dem Krieg gegen den Terror auseinandergesetzt. Vor allem Harvey erläutert mit der These der Akkumulation durch Enteignung, dass imperialistische

Außenpolitik aus der Interaktion von territorialer und kapitalistischer Logik entsteht und politisch initiierte Expansionsbestrebungen die Möglichkeit bieten, kapitalistische Überakkumulationskrisen zu bearbeiten (Harvey 1982: 156ff.; 2003: 29ff.). Anhand der zunehmenden Bearbeitungsprobleme des US-Kapitalismus¹⁰⁰ zu Beginn des 21. den immer offener hervortretenden Tendenzen **Jahrhunderts** und einer Überakkumulationskrise, veranschaulicht Harvey, die Notwendigkeit der profitablen Reinvestition. Ähnlich wie Panitch und Gindin, misst Harvey dem Staat mit Gewaltmonopol eine hohe Bedeutung zu (Harvey 2003: 89f.). Dabei fungiert die Kapitalakkumulation als Machtressource des Staates und erzeugt für das Kapital profitabel gemachte regionale Wirtschaftsstandorte, die der Absicherung und Ausweitung der staatlichen Machtbasis dienen und gleichzeitig erneute Krisenphänomene hervorbringen (ten Brink 2008: 235).

Ab der Jahrtausendwende ist darüber hinaus eine neue imperialistische Phase zu erkennen, die die Tendenz vom Konsens zum Zwang verdeutlicht und mit einer weitgehenden Militarisierung der US-Außenpolitik einhergeht (Harvey 2003: 180ff.; Henning 2006: 50). Als Folge der Terroranschläge und der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA hat sich darüber hinaus ein wachsendes Spannungsverhältnis zwischen Unilateralismus, Multilateralismus und den imperialistischen Machtbestrebungen der US-Außenpolitik manifestiert. Die Machtausweitung äußert sich dabei in der Konsolidierung der US-amerikanischen Dominanz im Nahen und Mittleren Osten. (Fröhlich 2002, I. Einleitung; Henning 2006: 26, 137; Hippler/Schade 2003: 8) Der folgende Abschnitt bezieht sich daher auf die Rolle der USA als externer Akteur im Kontext der Herausbildung einer neuen Nord-Süd-Konfliktlinie am Beispiel Somalias (Zürn 1995: 144, 163).

Dem Kapitalismus liegt die Ideologie der Wachstums- und Profitsteigerung zugrunde. Produktivität in Form menschlicher Arbeit stellt dabei die Quelle des Profits dar. Die Arbeitskraft schafft die Wertschöpfung, wobei diese, die Wertschöpfung, durch die Ausbeutung der Arbeitskraft erhöht werden kann. Der Kapitalismus unterliegt zudem einem technologischen Fortschritt, der Resultat des innerkapitalistischen Wettbewerbs ist und diesen zugleich intensiviert. Dabei wird die Möglichkeit der Expansion geschaffen, die für den Kapitalismus unentbehrlich ist. Zur gleichen Zeit verdrängt der technologische Fortschritt die Arbeitskraft. Aufgrund der daraus resultierenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt fällt das Lohnniveau. Gleichzeitig erhöht sich die Ausbeutung und daher die Gewinnspanne. Darüber hinaus ist die Zirkulation des Kapitals instabil und führt zu periodischen Krisen, die der Staat nicht hinreichend lösen kann. Die so entstehende Überakkumulationskrise versucht der Staat durch territoriale Expansion zu kompensieren. In weiterer Konsequenz kommt es zu einer Überakkumulation, Entwertung oder Vernichtung des Kapitals. (Harvey 2001: 313ff.)

3 Somalia - Fallbeispiel der (neo)imperialistischen US-Außenpolitik

3.1 Einleitung

Seit Ende der 1980er Jahre befindet sich Somalia in einem Zustand permanenter Machtverschiebungen (Schicho 2004: 243). Mit dem Staatszerfall 1991 hat der Staat Somalia de facto aufgehört zu existieren (Mair 2009: 8). Es gibt weder staatliche Sicherheitsorgane, eine wirksame Zentralregierung mit Gewaltmonopol noch politisch legitimierte VolksvertreterInnen oder offizielle Handelsbeziehungen (Hoehne 2012: 11; Menkhaus 2004: 1; Weber 2009: 55). Vielmehr haben lokale Warlords das Land in Einfluss- und Kontrollzonen unterteilt (Mair 2009: 8). Die traditionelle Clanstruktur¹⁰¹ sowie die hohe ethnische und religiöse Homogenität¹⁰² verhindern persönliche Machtinteressen, aber auch die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz. Eine starke Zivilgesellschaft konnte sich aufgrund der andauernden Gewalteskalation nicht herausbilden. (Weber 2009: 55) Der drastische Anstieg der Piraterie im Golf von Aden, der steigende Einfluss radikal islamistischer Kräfte und die wiederholten Hungerkatastrophen isolieren das Land am Horn von Afrika zunehmend (Ehrhart/Petretto 2012: 182). Bis heute zeugt Somalias politische Situation von dem längsten Fall eines kompletten Staatszusammenbruchs in der postkolonialen Geschichte (Menkhaus 2004: 1).

Die Weltbank, die seit mehr als zwei Jahrzehnten Entwicklungsberichte über die Konfliktdynamik zunächst schwacher, dann fragiler und zuletzt gescheiterter Staaten¹⁰³ des globalen Südens publiziert, zieht verschiedene Erklärungsansätze für die größtenteils konfliktintensiven und friedensgefährdenden innergesellschaftlichen Fehlentwicklungen und Widersprüche heran. Die entwicklungstheoretischen Ansätze bewegen sich dabei in

¹⁰¹ Die somalische Bevölkerung verteilt sich auf sechs Clans, die sich auf zwei Abstammungsgruppen verteilen. Die Samaal mit den Clans Darod, Dir, Hawiye und Isaq und die Saab mit den Clans Digil und Rahanweyn. (Schicho 2004: 244)

¹⁰² Mehr als 98 Prozent der SomalierInnen sind Muslime, knapp 89 Prozent ethnische Somali (Weber 2009: 55).

¹⁰³ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Umgang mit dem Begriff des fragilen oder gescheiterten Staates sehr schwierig ist und hinterfragt werden muss, da das theoretische Konzept einen eurozentrischen Blickwinkel (re)produziert und sich die grundlegende Frage stellt, ob ein solcher Zustand de facto bestehen kann oder überhaupt jemals bestand.

einem stark eurozentrisch geprägten Rahmen. Unterentwicklung wird demnach mit endogenen Faktoren erklärt. 104 Eine selbst- und systemkritische Debatte findet in der Regel nicht statt. 105 Die geringe öffentliche Anteilnahme bestätigt diesen Eindruck. (Kolland 2006: 80ff.; World Bank 2006: 5f.) Ende der 1990er Jahre erkannten die Weltbank und andere internationale Institutionen allerdings, dass die Instrumentalisierung Somalias 106 durch die Sowjetunion und die USA während des Ost-West-Konflikts entscheidenden Einfluss auf die politische Fragilität und anhaltenden bürgerkriegsähnlichen Zustände genommen hat. Der voranschreitende Staatszerfall ist demzufolge ein Ergebnis der Interventionspolitik externer Mächte. Ab Mitte der 1990er Jahre wurde es ruhig um Somalia. (Kolland 2006: 90ff.)

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und im Rahmen des globalen Krieges gegen den Terror geriet Somalia wieder in den Blickpunkt der medialen Öffentlichkeit. Neben dem immer wieder aus politischen Gründen übergreifenden Nationalismus und dem traditionellen Clansystem, rückte vor allem der somalische Islam und die damit verbundene Gefahr einer weiter voranschreitenden radikal-islamistischen Instrumentalisierung Nordund Ostafrikas in den Fokus der internationalen Sicherheitspolitik. (Spilker 2008: 10f.) Seitdem befindet sich Somalia an einem Scheideweg. Nach vierzehn erfolglosen Übergangsregierungen wurde mit Hassan Scheikh Mohamud am 10. September 2012 ein neuer somalischer Präsident gewählt. Anfang 2012 erhöhte die internationale Gemeinschaft den Druck und forderte die Föderale Übergangsregierung auf, ihre auf fünf Jahre ausgelegte Übergangsphase zu beenden. Von dem United Nations Political Office for Somalia koordiniert, "[...] wurde [...] eine Vefassung erarbeitet und ein von einem Ältestenrat gewähltes Parlament etabliert [...]." (Hoehne 2012: 3). Die Sitze im Ein-Kammer-Parlament wurden dabei nach traditioneller Clanzugehörigkeit vergeben (Engelhardt 2013: 13). Politisch verfolgt Scheikh Mohamud einen äußerst umstrittenen Kurs: Er geht gegen Provinzfürsten und Warlords vor, erhält dabei aber Unterstützung von der internationalen Staatengemeinschaft (ebd.). 107

¹⁰⁴ Im Gegensatz zur Entwicklungspolitik beziehen sich Entwicklungstheorien auf grundsätzliche Erklärungsmuster der wirtschaftlichen Entwicklung. Zur weiteren Vertiefung: Springer Gabler Verlag 2014, Entwicklungspolitik, Entwicklungstheorie.

¹⁰⁵ Weiterführende Literatur: u.a. Karin Fischer, Gerald Hödl und Christof Parnreiter 2006, Entwicklung - eine Karotte, viele Esel?

 ¹⁰⁶ Im Vordergund stehen die umfangreichen Waffenlieferungen.
 107 "Mit dem Versuch, die Macht an einem somalischen Zentralstaat zu bündeln, hat sich Mohamud Feinde gemacht. Viele Kontrahenten fordern einen Föderalstaat, schon um ihre Macht zu erhalten. Einen Bürgerkrieg in der Region rund um die strategisch wichtige Hafenstadt Kismayo verhinderte er nur, indem er [...] einen

Der Großteil der somalischen Zivilbevölkerung ist nach 20 Jahren Bürgerkrieg und Staatszerfall sowie der immer wiederkehrenden Gewalteskalation stark traumatisiert. Al-Shabaab, die bis Ende 2010 die faktische Regierung in Südsomalia stellte, wird aktiv bekämpft und operiert im Untergrund. Die UN setzt auf einen humanitären Interventionismus. Die USA unterstützen Äthiopien, das sich als strategischer Partner im Kampf gegen den islamischen Terrorismus profilieren konnte, mit gezielten Militärinterventionen. Dabei werden die massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der äthiopischen Streitkräfte in Somalia ignoriert. Eritrea versucht Äthiopien zu destabilisieren und Kenia, dass sich noch immer mit einer großen Zahl somalischer Flüchtlinge konfrontiert sieht, ist seit 2011 im Rahmen der African Union Mission in Somalia (AMISOM) militärisch involviert. (Hoehne 2012: 3)

Die folgenden Ausführungen stellen den Hauptteil dieser Arbeit dar und zielen darauf ab, die imperialistischen Machtbestrebungen der USA anhand der ostafrikanischen Bundesrepublik Somalia zu veranschaulichen. In einem ersten Schritt wird daher auf das komplexe Akteursspektrum in Somalia eingegangen. Dem folgt ein kurzer historischer Abriss über Somalias koloniale Vergangenheit, Somalias Rolle im Ost-West-Konflikt und den beginnenden Staatszerfall. In einem weiteren Schritt wird auf den neuen humanitären Interventionismus eingegangen, bevor schließlich die imperialistischen Machtbestrebungen der USA in Somalia analysiert werden. Es soll gezeigt werden, dass die USA ihre politische und wirtschaftliche Machtdominanz unter Anwendung militärischer Gewalt ausnutzen, die Militarisierung der Politik in Somalia vorantreiben und die dortigen Machtverschiebungen intensivieren.

Pakt mit der Miliz [...] Sheiks Ahmed Madobe einging, der früher auf Seiten der Shabaab gekämpft hat. Der Pakt zeigt, wie unfähig Mohadums Regierung ist, Somalia ohne fremde Hilfe zu kontrollieren - ob von Warlords oder internationalen Akteuren wie Kenia oder der Afrikanischen Union. Auch UN-Programme zum Aufbau von Armee und Polizei haben daran bislang nichts geändert. Die Shabaab regiert bis heute weite Teile der ländlichen Regionen Somalias - vor allem, weil es niemanden gibt, der sie ersetzen kann." (Engelhardt 2013: 13).

¹⁰⁸ Dabei "[...] kamen fast alle Konzepte, Methoden und Instrumente der Konfliktbearbeitung zum Einsatz, die insbesondere seit dem Ende des Ost-West-Konflikts von den [sic!] UN und der internationalen Gemeinschaft favorisiert und erprobt wurde [sic!]: die Militärintervention in Gestalt einer humanitären Intervention (UNITAF), die robuste UN-Blauhelmmission (UNOSOM II), die diplomatisch-politische Mediation durch dritte Parteien (u.a. durch Äthiopien, Djibouti, Kenia und die UN), die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie die Aktivierung traditioneller Konfliktregulationsmechanismen." (Matthies 2012: 17, Hervorhebung im Original).

3.2 Jenseits des Staates: Staatsversagen und Staatszerfall in Somalia

3.2.1 Somalias Akteursspektrum: Sozialstruktur und Konfliktverhalten

Mit dem beginnenden Staatszerfall in Somalia stellt sich die Frage, wer die zentralen Akteure im somalischen Konflikt sind. Dabei ist die genaue Kennzeichnung der politischen Akteure in Somalia sehr problematisch. Grundsätzlich wird die Legitimität jeder Akteursgruppe in Frage gestellt. Eine von außen initiierte Mediation ist unter diesen Umständen fast unmöglich. Zur gleichen Zeit tragen externe Akteure zur Verschärfung des Konflikts bei. Darüber hinaus unterliegt das Akteursspektrum seit den frühen 1990er Jahren starken Machtverschiebungen und hat sich seitdem grundlegend verändert.

3.2.1.1 Interne Akteursgruppen

Somalia ist eine auf Abstammung basierende Gesellschaft, wobei die somalische Clanstruktur den entscheidendsten Einfluss auf die lokale und regionale Konfliktlage, politischen Entscheidungsprozesse sowie Ressourcenverteilung nimmt. Sie hat seit dem Staatszusammenbruch an Bedeutung gewonnen. Clanstrukturen basieren auf traditionellen Herrschaftsstrukturen, bieten persönlichen Schutz, öffentliche Sicherheit und demonstrieren Macht, Machtverteilung sowie Autonomie und Identität. Die Unterteilung in Clan, Sub-Clan und Sub-Sub-Clan verdeutlicht die Komplexität dieser nicht fixierten politischen Abstammungsgruppen sowie deren chronische Instabilität. (Menkhaus 2004: 2)

Eine weitere Gruppe stellen die traditionellen Ältesten dar, die in den letzten Jahren wieder an Bedeutung und politischen Einfluss gewonnen haben. Ihre zentrale gesellschaftliche Rolle ist die der Mediation bei Disputen und Fehden. Als Vertreter ihres Clans verhandeln sie mit anderen Clanältesten und fungieren als Legitimationsperson bei der Unterzeichnung politischer Verträge. Allerdings übernehmen sie selten direkte politische Funktionen. Der Bildungsgrad von Ältesten reicht von hochgebildeten Ingenieuren bis zu ungebildeten Nomaden. Aufgrund ihrer Autorität müssen sie traditionell in Friedensgesprächen berücksichtigt werden, obwohl sie keine Akteure im strikten politischen Sinn sind. Älteste verfügen über beachtliche Machtressourcen, sind hochgradig

korrupt und haben sehr gute Verbindungen zu Warlords, einer weiteren Akteursgruppe. (Menkhaus 2004: 2; 2008: 44)

Die Warlords stiegen Ende der 1990er Jahre zu bedeutenden Machthabern in Somalia auf. Heute besitzen sie enormen Einfluss, kontrollieren erhebliche Ressourcen, unterhalten private Milizen und Sicherheitskräfte und haben sehr enge Kontakte zur Regierung und externen Akteuren. Die meisten führenden Geschäftsleute sind Mitglieder der Hawiye Clan-Familie und in Mogadischu ansässig. Sie bilden Geschäftsgemeinschaften, verfolgen aber keinesfalls die gleichen politischen Ziele. "Das typische Verhalten der Geschäftswelt besteht darin, mit jedem zu verhandeln, der die Häfen und die Städte kontrolliert, um sich den Zugang zu den Märkten zu erhalten." (Menkhaus 2008: 44). Entscheidend sind in diesem Zusammenhang die Milizenführer, ehemalige somalische Armeeoffiziere, die Mitglieder aus ihren Clans oder Sub-Clans rekrutieren und eigene politische und ökonomische Interessen verfolgen. Ende der 1990er Jahre verloren viele Milizenführer an politischen Einfluss. Allerdings verfügen sie auch heute noch über genug Macht, um unabhängige Einnahmequellen zu erschließen, Landebahnen und Seehäfen zu besetzen und Konflikte zu initiieren. (Menkhaus 2004: 3)

Eine weitere Gruppe stellt die wachsende Diaspora dar. Von den acht Millionen SomalierInnen leben etwa eine Million im Ausland. Sie unterstützen Somalias Wirtschaft mit Hilfe von jährlichen Rücküberweisungen im Wert von 500 Millionen bis eine Milliarde US-Dollar und haben sich zu wichtigen Akteuren entwickelt. Mehrere Hunderttausende somalische Flüchtlinge leben zudem in Äthiopien, Kenia und Jemen. (Menkhaus 2004: 4; 2008: 44) Die Diaspora ist politisch aktiv, unterstützt dabei aber unterschiedliche politische Systeme.

Weitere Akteursgruppen sind die politischen Fraktionen des United Somali Congress (USC) und der Somali Salvation Democratic Front (SSDF), die bis in die Mitte der 1990er Jahre die dominanten Parteien darstellten.¹¹¹ Daneben haben sich vor allem die

¹⁰⁹ Ein Großteil der sich im Ausland befindenden Diaspora lebt in wohlhabenderen Regionen wie Australien, den Golfstaaten, Nordamerika und Westeuropa (Menkhaus 2004: 4).

¹¹⁰ Die Diaspora unterstützt politische Bewegungen und avancierte zu einem wichtigen Rekrutierungsfeld. Zur zunehmenden Bedeutung der Diaspora: A. Osman Farah, Mammo Muchi und Joakim Gundel 2007, *Somalia: Diaspora and State Reconstruction in the Horn of Africa*.

Beide "[...] begannen als bewaffnete Befreiungsbewegungen [und] waren eng clan-basiert, angeführt von Milizenführern und hochrangigen früheren Regierungsangestellten dieses Clans. Ihr Ziel war ein Sitz für den Clan in den nationalen Versöhnungsgesprächen. In den letzten Jahren hat das Aufkommen von sich überkreuzenden Clan-Allianzen ein Spektrum von Faktionen produziert [...]. Dazu zählen zum Beispiel der Somali Reconciliation and Reconstruction Council SRRC (eine Sammlung von äthiopischen Klientengruppen) [...] und die *Group of Eight* (hauptsächlich Hawiye Milizenführer im Mogadischu Gebiet in

Transitional Federal Government (TFG), 112 die Opposition und Al-Shabaab etabliert. Die Transitional Federal Government wurde durch die Parlamentsbildung 2012 abgelöst, war von Beginn an sehr schwach und musste von externen Akteuren unterstützt werden. Die grundlegende Schwäche und geringe Legitimation ist darauf zurückzuführen, dass die Übergangsregierung in einem fragwürdigen Verfahren ausgewählt wurde und als Marionette Äthiopiens dient. Zudem sollte die TFG eine Regierung der nationalen Einheit darstellen. Tatsache ist jedoch, dass die Föderale Übergangsregierung auf einer begrenzten Koalition einiger weniger Clans beruhte und viele Sub-Clans Regierungsbildungsprozess ausgeschlossen wurden. Aus dem Übergangsparlament wurden 2007 die meisten Oppositionellen verdrängt. 113 (Menkhaus 2004: 3; 2008: 45)

Die Opposition lehnt sowohl die Föderale Regierung als auch die äthiopische Besatzungsmacht ab. Die somalische Oppositon besteht aus sehr heterogen Gruppierungen, kann aber in zwei Lager unterteilt werden: Die eine Akteursgruppe unterscheidet sich vehement von der ehemaligen Föderalen Übergangsregierung und jetzigen Föderalen Republik und ist der Mogadishu Group¹¹⁴ zuzuordnen. Die zweite Akteursgruppe ist eine Ansammlung opportunistischer KonkurrentInnen, "[...] deren politisches Verhältnis [sich] zur TFG und zur Opposition [...] im Lauf der Zeit verändert hat und die [...] die Zukunft bei der Opposition [sehen]." (Menkhaus 2008: 46).

Die islamistischen Bewegungen haben seit den 1990er Jahren an Einfluss gewonnen und sich fest in die politische Landschaft integriert. Ihre politischen Überzeugungen, Weltsichten und Unterstützungsbasen variieren sehr stark. Einige verfolgen soziale Agenden, andere radikal-politische Zielvorstellungen. Die bekannste islamistische Bewegung ist die Al-Shabaab-Miliz, eine somalische radikal-islamistische Guerilla-Gruppierung. Der Gründer und Hardliner Hassan Dahir Aweys zielte darauf ab, eine gut ausgebildete Miliz zu schaffen, die sich dem radikalen Islam verpflichtet fühlt und für die

Opposition zu Äthiopien, doch ausserhalb der Nationalen Übergangsregierung). Für den grössten Teil aber gilt, dass clan-basierte Faktionen zunehmend an Bedeutung verlieren oder überhaupt nicht mehr funktionsfähig sind. [...] Die meisten Faktionen existieren prinzipiell als diplomatisches Schaugebilde, damit

runktionstanig sind. [...] Die meisten Faktionen existieren prinzipiell als diplomatisches Schaugebilde, damit sich Milizenführer gegenüber internationalen Akteuren präsentieren können." (Menkhaus 2004: 3, Hervorhebung im Original).

¹¹² Die Transitional Federal Government (TFG) ist der Nachfolger der Transitional National Government (TNG) (Menkhaus 2004: 3).

¹¹³ Weiterführende Literatur: William Reno 2000, Shadow States and the Political Economy of Civil Wars.

¹¹⁴ Die Mogadishu Group ist das genaue Gegenteil der von Äthiopien unterstützten SRRC und explizit antiäthiopisch, hatte islamische Interessen, Verbindungen zu den Golfstaaten und selbst IslamistInnen in der Koalition. Zudem war die Mogadishu Group für einen starken Zentralstaat und gegen ein föderales System. (Menkhaus 2008: 44)

Scharia-Gerichtshöfe in Mogadischu kämpft. Zu jener Zeit waren alle Scharia-Milizen clangebunden, nur bedingt dem radikalen Islam unterstellt und in ihren Handlungsstrukturen stark beschränkt. Die Al-Shabaab-Miliz "[...] erscheint heute [als] das fehlende Bindeglied zwischen Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) und den radikalen Bewegungen im Sahel [...]." (Marchal 2012: 22, Hervorhebung im Original).

Mit dem starken Anstieg der Piraterie am Horn von Afrika hat ab 2008 eine weitere Akteursgruppe an weltpolitischer Bedeutung gewonnen und die Konfliktdynamik in Somalia verschärft. Der Golf von Aden und der Suezkanal verbinden die außerordentlich wichtigen Handelsrouten des Roten Meeres mit den nordwestlichen Indischen Ozean und somit die Seewege zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Ostasien. Auf diesen Handelsrouten wird ein erheblicher Teil des Welthandels, insbesondere der Rohölhandel, abgewickelt. Neben Somalia sind weitere Anrainerstaaten in innere und äußere Konflikte verstrickt. Die gesamte Region ist daher politisch äußerst instabil. Dabei entstand die Piraterie ursprünglich als Widerstand somalischer Fischer gegen fremde Fischpiraten in somalischen Gewässern. Mit dem beginnenden Staatszerfall 1991 drangen vermehrt Raubfischer in die ungeschützten somalischen Gewässer ein und plünderten die dortigen Fischbestände. Darüber hinaus wurde illegaler Giftmüll an Somalias Küsten entsorgt. Der Widerstand entwickelte sich vor allem für die zahlreichen Geschäftsleute zu einem gewinnbringenden Gewerbe. Das Geschäftsmodell besteht darin, Teile der somalischen Bevölkerung mit Waffen und Schnellbooten auszustatten, Handelsschiffe zu karpern und Lösegelder für die Besatzung und das Schiff zu erpressen. Durch den Einsatz von Mutterschiffen dehnte sich der Aktionsradius aus. Die Piraterie entwickelte sich zu einer ernsthaften Bedrohung für die Schifffahrt und den Welthandel. (Klein 2012: 35ff.; Matthies 2012: 20)¹¹⁵

Das zunehmende Sicherheitsproblem dieses weltwirtschaftlich sensiblen Küsten- und Hochseegebiets führte am 2. Mai 2008 schließlich zum Inkrafttreten der Resolution 1816/2008 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Somalias Küste wurde zur Piratenjagd freigegeben. Aufgrund der zunehmenden Gewalteskalation kam es zu einem Anstieg privater Militär- und Sicherheitsfirmen sowie gewaltigen Aufgebot zahlreicher Krigesmarinen der EU, der NATO, Indiens, Russlands und der Volksrepublik China. (Matthies 2012: 20f.) Zu einer nachhaltigen Eindämmung der Piraterie kam es nicht. Für Volker Matthies ist die Piraterie "[...] letztlich Folge und Symptom des Staatszerfalls und langjährigen Bürgerkrieges in Somalia und der dadurch bedingten Plünderung der natürlichen Ressourcen des Landes durch einheimische Gewaltakteure und deren ausländische Komplizen. Daher wird ein Ende der Piraterie wohl nur über eine Befriedung Somalias und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für seine Bevölkerung zu erreichen sein." (Matthies 2012: 21).

3.2.1.2 Externe Mächte

Kein anderer Akteur beeinflusst die Konfliktdynamik und gesellschaftlichen Entwicklungen in Somalia mehr als die äthiopische Regierung. Die militärische Besetzung Südsomalias stellt einen wesentlichen Schutzfaktor der Regierung dar. Ohne die äthiopische Militärpräsenz und direkte Unterstützung Äthiopiens durch die USA hätte die damalige Föderale Übergangsregierung nicht überlebt und die Präsidentschaftswahl Hassan Scheikh Mohamuds einleiten können. Die Sicherung Mogadischus durch das äthiopische Militär¹¹⁶ ist für Äthiopien in diplomatischer, finanzieller und personeller Hinsicht eine sehr kostspielige Angelegenheit. Dennoch verfügt Äthiopien heute über die größte Armee Afrikas südlich der Sahara und hat daher die besten Voraussetzungen, die bilateralen Grenzkonflikte mit seinen Nachbarstaaten Somalia und Eritrea auf Dauer für sich zu entscheiden (Menkhaus 2008: 47). Innenpolitisch braucht die äthiopische Regierung nicht um ihre Machtbasis zu fürchten. 2005 zerschlug die ENDF die Oppositionsparteien mit brutaler Gewalt, seitdem herrscht Ruhe. Die USA schirmen das Regime zudem gegen Kritik und Sanktionen der internationalen Gemeinschaft ab. Die Frage ist, welche Ziele Äthiopien langfristig in Somalia verfolgt?

Äthiopien ist fest entschlossen, den Zustand der militärischen Gewaltherrschaft und das Fehlen staatlicher Strukturen in Somalia aufrechtzuerhalten, um den eigenen Machteinfluss, die eigene Interessenspolitik und "[...] die autoritäre Herrschaft über die nominell autonomen ethnischen Bundesstaaten [...]" (Menkhaus 2008: 48) aufrechtzuerhalten. Dabei verfolgt äthiopische Regierung klare Sicherheitsinteressen, da der wichtigste Kampf Äthiopiens in Somalia immer ein Kampf gegen antiäthiopische Koalitionsgruppen, vor allem in Mogadischu, gewesen ist. Äthiopien wird die vitalen politischen Interessen daher mit allen zur Verfügung stehenden militärischen Mitteln durchsetzen. (Menkhaus 2008: 47ff.)

Die Nachbarstaaten Dschibuti, Eritrea und Kenia sind unterschiedlich stark im somalischen Konflikt involviert und verfolgen daher unterschiedliche Strategien. Eritrea verfolgt das Ziel, bewaffnete islamische und nicht-islamische Gruppen¹¹⁷ in dem Widerstandskampf gegen Äthiopien zu stärken und unterstützt dabei sowohl die Alliance for the Re-Liberation of Somalia (ARS) als auch den Council of Islamic Courts (CIC)

.

¹¹⁶ Ethiopien National Defense Force (ENDF).

¹¹⁷ Innenpolitisch verfolgt Eritrea eine stark säkularisierte Politik, die sich sowohl gegen Christen als auch Muslime richtet (Menkhaus 2008: 50).

logistisch, mit Waffen und militärischen Ausbildungen. Eritrea will Äthiopien destabilisieren und gezielt in zwischenstaatliche Konflikte verwickeln. Eritrea hat kein Interesse an einem Verhandlungsfrieden. (Menkhaus 2008: 49f.; Möller 2009: 21) Dschibuti sieht das somalische Nationalprojekt als eine potentielle Gefahr für die eigene nationale Sicherheit. Obwohl keine historisch bedingte Feindschaft erwachsen ist, steigt die Gefahr eines neuen Grenzkonflikts. (Möller 2009: 22)

Kenia ist direkt von den somalischen Flüchtlingsströmen betroffen und hat ein großes Interesse an der nachhaltigen Stabilisierung Somalias. Ein großes Problem stellt der radikale Islam dar. Nairobi engagiert sich daher in der regionalen Organisation nordostafrikanischer Staaten (IGAD) und kooperiert mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus (Möller 2009: 23). Kenia erhält im Zuge des Krieges gegen den Terror von den USA Unterstützung zur Effektivierung ihrer Repressionsorgane. Die Geheimdienste beider Länder arbeiten eng zusammen. Regelmäßig finden gemeinsame Militärübungen statt. Die Vereinigten Staaten beteiligten sich im Kampf gegen die Al-Shabaab-Miliz finanziell an der Ausbildung und Ausstattung der Anti-Terrorism Police Unit (ATPU) in Kenia. Seit 1992 unterhalten die USA die Marinebasis Manda Bay, die nun ausgebaut werden soll. (Sürkes 2012: 4) Kenia unterstützt die somalischen Milizen zudem mit Waffen und Trainings. Diese Milizen kämpfen im kenianischen Grenzgebiet gegen Al-Shabaab.

Darüber hinaus richtete das kenianische Militär eine Konfliktzone ein, aus der Al-Shabaab zurückgedrängt werden soll. Ziel ist es, in dieser Zone Flüchtlingslager aufzubauen und weitere Flüchtlingsströme zu verhindern. (Schürkes 2012: 3) Im Oktober 2011 intervenierte das kenianische Militär in Somalia, um die Al-Shabaab zurückzudrängen. Dieser Einmarsch markierte einen neuen Höhepunkt in der Regionalisierung des somalischen Konflikts. (Lacher/Tull/Weber 2011: 2)

Die Golfstaaten¹¹⁹ spielen in Somalia von Zeit zu Zeit eine wichtige Rolle, schenken dem somalischen Konflikt aber keine besondere Aufmerksamkeit. Allgemein unterstützen sie sowohl die islamistische und nicht-islamistische Opposition als auch Äthiopien und die somalische Regierung. Vor allem Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate spielen aufgrund ihrer wichtigen Handels- und Finanzzentren eine

Weiterführende Literatur: u.a. Jeremy Prestholdt 2011, Kenya, the United States, and Counterterrorism.
 Bei den Golfstaaten handelt es sich um die sechs Anrainerstaaten am Persischen Golf: Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

übergeordnete Rolle für die somalische Wirtschaft. Die Republik Jemen, die nicht zu den Golfstaaten gehört, stellt eine bedeutende Bezugsquelle für Handfeuerwaffen und ein wichtiges Transitland für ArbeitsmigrantInnen dar. (Menkhaus 2008: 50)

Eine entscheidende diplomatische und finanzielle Rolle spielten zudem die westlichen Geberstaaten und die Europäische Union. Die EU war über Jahre der bedeutendste Geldgeber und wichtigste Mediator bei den Friedensverhandlungen. 120 Anfang der 1990er Jahre pflegten die meisten politischen Interessensgruppen in Somalia enge diplomatische Beziehungen mit den Geberländern. Heute distanzieren sich viele von ihnen, meiden den Kontakt und orientieren sich an der islamischen Welt. 121 Ein entscheidender Grund dafür ist der uneingeschränkte Machtanspruch der USA und der militärisch gestützte Kampf gegen den Terrorismus. Zudem wird der Aufbau von Staatlichkeit mit Korruption und der zunehmenden Gewaltspirale assoziiert und daher abgelehnt. Innerhalb des somalischen Akteursspektrums sowie der internationalen Gemeinschaft entstehen deshalb zunehmend Spannungen. (Menkhaus 2008: 51)

3.2.2 Kolonialismus, Ost-West-Konflikt und beginnende Machtverschiebungen

In vorkolonialer Zeit war Somalia eine staatenlose Gesellschaft. Staatenlose Gesellschaften sind allerdings nicht herrschaftsfrei. Die Macht- und Herrschaftsausübung unterlag traditionellen und religiösen männlichen Autoritäten, Eliten und Kriegsführern. Hierarchisierung der somalischen Gesellschaft erfolgte Die über patrilineare Abstammungsgruppen, den Clans. Diese waren jedoch nicht beständig, sondern flexibel und handlungsorientiert. Die jeweiligen Machthaber mussten daher sehr genau darauf achten, ihren Clan zusammen zu halten und die Bedürfnisse eines jeden Mitglieds zu befriedigen. 122 Staatliche Strukturen wurden erstmals Ende des 19. Jahrhunderts von den

Verfügung. Deutschland steuerte zusätzlich 4,9 Millionen, die USA 45 Millionen Euro für die Ausrüstung der AMISOM-Truppen bei. (Schürkes 2012: 5) Dabei unterstützen einige ausländische islamistische Gruppierungen Somalia finanziell. Sie sind größtenteils salafistisch geprägt und orientieren sich an einem strengen Islam, was dem traditionell in Somalia praktizierten Sufi-Islam widerspricht. "Ein zahlenmäßig geringer, aber gefährlicher Faktor [...] sind al-Qaida

oder andere radikale Gruppen oder Personen, von den [sic!] man annimmt, dass sie Geld für die Shabaab-Miliz zur Verfügung stellen." (Menkhaus 2008: 52).

¹²⁰ Die Europäische Union finanziert die African Union Mission in Somalia zu großen Teilen mit dem Europäischen Entwicklungsfonds. Zwischen 2007 und 2012 stellte die EU 325 Millionen Euro zur

[&]quot;Ein erfolgreicher Anführer musste seinen Anhängern konkrete Vorteile bieten in einem Kontext, der von Ressourenknappheit, Fehden zwischen somalischen Abstammungsgruppen und Konkurrenz und Krieg [...] geprägt [war]." (Hoehne 2012: 11).

europäischen Kolonialmächten Großbritannien und Italien etabliert (Hoehne 2012: 11). 123 Durch die Aufteilung der Somaligebiete zwischen Äthiopien (Ogaden), Großbritannien (Britisch-Somaliland und nordöstlicher Grenzdistrikt Kenia), Italien (Italienisch-Somaliland) und Frankreich (Französisch-Somaliland/Dschibuti) wurde darüber hinaus der Grundstein für die Konfliktdynamik in Somalia gelegt (Matthies 2009: 17). Die neuen Machthaber verfolgten dabei verschiedene Interessenspolitiken, allerdings lag die geostrategische Bedeutung Somalias im Vordergrund. Die britischen und italienischen Kolonialverwaltungen stützten ihren Machtausbau noch bis in die 1920er und 1930er Jahre auf die traditionellen Gesellschaftsstrukturen. Mit dem beginnenden Faschismus setzten aber vor allem die Italiener ihren Herrschaftsanspruch mit steigender Autorität und eskalierender Gewalt durch und unterhöhlten so nachhaltig die traditionellen politischen und sozialen Strukturen. (Hoehne 2002: 11)

Am 1. Juli 1960 wurde durch den Zusammenschluss der ehemaligen Kolonialgebiete Britisch- und Italienisch-Somaliland die Somalische Republik gegründet (Erhardt/Petretto 2012: 182; Hoehne 2012: 11). 124 Nach einer kurzen demokratischen Phase von 1960 bis 1969, "[...] kam es im Oktober 1969 zu einem Putsch hochrangiger Polizei- und Militäroffiziere um General Mohamed Siad Barre." (Hoehne 2012: 11). Dieser lehnte Somalia durch die Einführung des wissenschaftlichen Sozialismus 1970 zunächst an die Staatsideologie der Sowjetunion an (Hoehne 2012: 11). Das Regime beruhte dabei auf einer stark begrenzten Clankoalition, instrumentalisierte die staatlichen Institutionen um die Enteignung der kollektiven Ressourcen voranzutreiben und ging aggressiv gegen jegliche Opposition vor. Doch vor allem nutzte Barre die finanzielle und militärische Unterstützung durch externe Akteure 125 für den Ausbau seiner Machtbasis (Menkhaus 2008: 33f.).

1 ^

^{123 &}quot;Ende des 19. Jahrhunderts legten die Europäer im Wettstreit um Kolonien in Afrika internationale Grenzen fest, die heute noch weitgehend Geltung haben. Innerhalb dieser Grenzen begannen sie, die von ihnen eroberten Gebiete in kolonialen Verwaltungsstaaten zu organisieren. Wo früher eine Vielzahl unterschiedlichster politischer Systeme nebeneinander existiert hatte, wurde der territoriale Verwaltungsstaat zum alleingültigen staatlichen Organisationsmodell. Die von den Kolonialherren vorgenommenen Grenzziehungen nahmen vielerorts keine Rücksicht auf historisch gewachsene Gegebenheiten. [...] Diese willkürlich gezogenen Grenzen werden nicht selten als eines der Grundübel in Afrika angesehen. Sie brachten Probleme mit sich, indem sie Freunde trennten und Feinde zwangsweise vereinigten." (Eckert 2009: 6).

¹²⁴ Das britische Protektorat erlangte am 26. Juni 1960 die Unabhängigkeit, Italienisch-Somaliland folgte am 1. Juli desselben Jahres (Hoehne 2012: 11).

¹²⁵ Von 1963 bis 1977 war Somalia, als Gegengewicht zur Allianz Äthiopiens mit den USA, enger Verbündeter der Sowjetunion. Im Gegenzug für die Gewährung strategischer Militärstützpunkte und Häfen erhielt Somalia sowjetische Militär- und Wirtschaftshilfe. (Matthies 2009: 17) Im Zuge der äthiopischen Revolution von 1974, des äthiopisch-somalischen Ogadenkrieges 1977 bis 1978 und dem Allianzwechsel der UdSSR von Somalia nach Äthiopien, und der USA von Äthiopien nach Somalia, kam es allerdings zu keiner langfristigen Strategie kooperativer Krisenprävention (ebd.).

Eine entscheidende Zäsur stellte der verlorene Ogadenkrieg gegen Äthiopien im Jahre 1978 dar (Hoehne 2012: 11). Der Krieg zog eine enorm hohe Zahl menschlicher und materieller Verluste nach sich und bereitete den Weg für zwei Oppositionsbewegungen, der Somalischen Nationalbewegung (SNM)¹²⁶ und der Somalischen Demokratischen Erlösungsfront (SSDF)¹²⁷. Beide Guerillagruppen, die gegen das Barre-Regime und für die Unabhängigkeit Somalias kämpften, wurden militärisch von Äthiopien, das jetzt im Einflussbereich der Sowjetunion lag, unterstützt. (Hoehne 2012: 11; Menkhaus 2008: 34; Weber 2009: 55) Mit dem Allianzwechsel bezog Somalia seine Entwicklungshilfeleistungen von den USA und der internationalen Gemeinschaft (Janzen 1990: 199f.). Die dringend benötigten Nahrungsmittellieferungen führten zu einer folgenschweren Konkurrenz um Ressourcen. Mit der Wirtschaftshilfe wurde zudem nicht nur der Markt für einheimische Lebensmittel erheblich geschwächt und die Abhängigkeit zu den Geberländern erhöht, sondern auch eine partielle Reprivatisierung des Staatsapparats eingeleitet (Farzin 1991: 266f.). Zudem unterstützten die USA Somalia sowohl finanziell als auch mit Waffenlieferungen. Dadurch ermöglichten sie Siad Barre eine ausgedehnte Klientelpolitik, eine korrupte und repressive Regierungsführung und eine sehr schlagkräftige Armee. Der Niedergang des wirtschaftlich angeschlagenen Barre-Regimes wurde somit verhindert und trug entscheidend zur weiteren Militarisierung des Konflikts und beschleunigten Auflösung staatlicher Strukturen in Somalia bei. (Matthies 2012: 18; Menkhaus 2008: 33f.)

Als die Gewalteskalation schließlich zum Ausbruch des Bürgerkrieges im Nordwesten Somalias führte und sich vor allem die SNM erfolgreich gegen die Regierungstruppen durchsetzte, reagierte die somalische Regierung mit repressiver Gewalt und einem brutalen Angriff auf den Isaaq-Clan (Hoehne 2012: 11; Menkhaus 2008: 34). Die Folge waren 50.000 Todesopfer, 400.000 Flüchtlinge und weitere Kämpfe gegen die Regierung. Mit dem Ende der Systemkonfrontation und den dadurch veränderten globalen Rahmenbedingungen, entzogen die USA dem Barre-Regime die finanzielle und

¹²⁶ Die Mitglieder der Somali National Movement stammen größtenteils aus der Isaaq-Clanfamilie (Hoehne 2012: 11).

¹²⁷ Die Mitglieder der Somali Salvation Democratic Front stammen vorwiegend aus dem Clan der Darod (Hoehne 2012: 11).

¹²⁸ Schon zum damaligen Zeitpunkt orientierte sich die Rekrutierung von WiderstandskämperInnen sehr eng an den Clanstrukturen. "Diese Unfähigkeit, die Aversion zwischen den Klans oder Subklans zu überwinden, war ein Faktor, der die Opposition beim Versuch der Einigung zur Bildung einer Regierung versagen ließ, nachdem das Barre-Regime erst einmal gestürzt war." (Menkhaus 2008: 34).

Unterstützung 129 militärische und trugen schließlich zur Beschleunigung des Zusammenbruchs des somalischen Staates bei. (ebd.)

Nach schweren Menschenrechtsverletzungen vor allem im Nordwesten des Landes ging die Patronagemacht USA zwar auf Distanz zum Barre-Regime, doch folgte daraus [...] keine konzertierte politische Strategie zur Eindämmung von Gewalt und Staatszerfall. Vielmehr ließen die USA ihren langjährigen Verbündeten [...] abrupt im Stich und trugen durch die hierdurch bedingte Reduzierung des externen Ressourcenzuflusses an Somalia mit zu der Verschärfung der dortigen Lage bei. (Matthies 2012: 18)

Der gewaltsame Sturz Siad Barres im Januar 1991 leitete schließlich die dauerhafte Verschiebung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Somalia ein (Hoehne 2012: 11). Die Clans, die noch gemeinsam gegen das Barre-Regime kämpften, konkurrierten nun in einem intensiven Kampf "[...] jeder gegen jeden um die neue Machtverteilung." (Gantzel 1995: 33f.). Es folgte die völlige Aushöhlung des Staates und die weitere Intensivierung militärischer Gewalt (ebd.). Der zunehmende Staatszerfall und die drastische Verschlechterung der Versorgungs- und Sicherheitslage in Somalia führten 1992 schließlich zur ersten humanitären Intervention der UNO (Ehrhart/Petretto 2012: 182).

3.2.3 Der neue humanitäre Interventionismus

Mit dem weitestgehenden Rückzug der UN, der USA und der internationalen Gemeinschaft aus Somalia zeigte sich das wahre Ausmaß der nicht vorhandenen staatlichen Strukturen: Es entstand ein rechtsfreier Raum, in dem Anarchie, Gesetzlosigkeit und übersteigerte Rivalität herrschte. In diesem Milieu wurden weder die Clan-Milizen kontrolliert noch die weitere Militarisierung des Konflikts überwacht. 130 Die anfänglichen, sich nur auf Regierungsgebäude beziehenden, Plünderungen weiteten sich aus und führten in kürzester Zeit zu einem extremen Anstieg der Kriminalitätsrate. (Menkhaus 2008: 34f.) Die Nahrungsmittelknappheit führte zu weiteren Plünderungen ländlicher Gebiete und in weiterer Folge zu einer großen Hungersnot, "[...] bei der [...] 250.000 Somalis umkamen und mehrere Hunderttausende [...] nach Kenia und Äthiopien [...]" (Menkhaus 2008: 35) flüchteten.

¹²⁹ Bis 1985 finanzierte Somalia 100 Prozent seines staatlichen Entwicklungsbudgets und 50 Prozent seines jährlichen Etats mit ausländischen Geldern. 1988 hatte Somalia eines der höchsten Pro-Kopf-Raten der Welt, gemessen an ausländischer Wirtschaftshilfe. (Menkhaus 2008: 34)

130 Plünderungen von Waffenarsenalen und der Zufluss von Waffen aus Äthiopien 1991 machten die

Kontrolle weiter Teile Somalias unmöglich (Menkhaus 2008: 35).

Angesichts der neuen Herausforderungen in Somalia hat sich mit dem Ende der Systemkonfrontation ein Paradigmenwechsel innerhalb der internationalen Interventionspolitik und somit die Transformation eines starren bipolaren Ordnungssystems zu einem dynamischen Multilateralismus vollzogen. Die UN¹³¹ sah sich gezwungen, ihr Aufgabenspektrum und ihr Verhältnis zu den jeweiligen Mitgliedsstaaten, allen voran den USA, neu zu definieren. 132 Unveräußerliche Grund- und Menschenrechte, die Selbstbestimmung des Individuums und rechtsstaatliche Institutionen spielten nach wie vor eine übergeordnete Rolle. Allerdings konzentrierte sich die liberale Agenda der frühen 1990er Jahre auf extern initiierte Demokratisierungsprozesse und deren militärische Absicherung. (Ehrhart/Petretto 2012: 184) "Dies führte vom traditionellen Peacekeeping zum robusten Peaceenforcement [...] und [...] Ende der 1990er Jahre [...] zu protektoratsähnlichen Ansätzen [...]." (Ehrhart/Petretto 2012: 184, Hervorhebung im Original).

Trotz des klar definierten Aufgabenspektrums der UN "[..] werden Interventionen mit der Verteidigung des Friedens, der Wahrung der Herrschaft des Rechts sowie der Erhaltung der Unabhängigkeit anderer Staaten begründet." (Woyke 1995: 139). Die faktische Abwesenheit einer staatlichen Ordnungspolitik, der massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden können, stellt einen Präzedenzfall dar. Sowohl die in Somalia vorherrschende Situation als auch die von dem UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 794 vom 3. Dezember 1992 musste sich dieser neuen Situation anpassen. Das ursprüngliche Aufgabenspektrum im Rahmen friedenssichernder Maßnahmen¹³³ hat sich mit der Strategie der Erzwingung des Friedens erheblich erweitert ¹³⁴ (Woyke 1995: 138f.).

_

[&]quot;Die Vereinten Nationen spielen bei der humanitären Hilfe, bei Staatsbildungsprogrammen und der politischen Vermittlung in Somalia eine führende Rolle. [...] Der Auftritt der UN in Somalia war sehr wechselhaft, und wiederholt waren sie der Kritik durch somalische und andere Gruppierungen ausgesetzt. In letzter Zeit genießt die Führungsrolle der Vereinten Nationen bei den diplomatischen Bemühungen [...] die Unterstützung und das Vertrauen der Geberländer." (Menkhaus 2008: 51).

Nach Abwägung aller Handlungsmöglichkeiten, potentiellen Risiken und vor dem Hintergrund der verheerenden Folgen für einen Großteil der somalischen Zivilbevölkerung, schien der Einsatz bewaffneter und kampferprobter Friedenstruppen unausweichleich (Nuscheler 1992: 4f.).

Das ursprüngliche Aufgabenspektrum im Rahmen friedenssichernder Maßnahmen umfasste Beobachtungs-, Überwachungs- und Vermittlungsmissionen sowie Konfliktschlichtungsstrategien (Woyke 1995: 134).

Das Aufgabenspektrum umfasst heute: "den vorbeugenden Einsatz von Beobachtern; [...] die Überwachung von Wahlen und Menschenrechten; [...] die Repatriierung von Flüchtlingen; [...] die befristete Aufrechterhaltung und das Funktionieren der Verwaltung; [...] polizeiliche Ordnungsaufgaben; [...] die Entwaffnung und Auflösung von Kampfverbänden; [...] die Überwachung von Resolutionen oder Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeit oder der Truppenentflechtung; [...] die gesellschaftliche Eingliederung von

Stellt der Sicherheitsrat der UN eine Bedrohung des Friedens, einen Friedensbruch oder eine Angriffshandlung fest, kann er Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beschließen. Die Intervention wird dann mit dem Anspruch auf allgemeine schutzwürdige Interessen [...] als Kollektivintervention mehrerer von der UN beauftragter Mitgliedsstaaten begründet und durchgeführt. (Woyke 1995: 139)

3.2.3.1 UNOSOM I, UNITAF und UNOSOM II

In den 1980er Jahren dehnten sich die Kampfhandlungen zwischen Rebellen und der somalischen Armee auf die ländlichen Gebiete aus. 1989 hatten die Kampfhandlungen auch Mogadischu erreicht. Somalias Hauptstadt avancierte zum zentralen Austragungsort militärischer Gewalt. (Schicho 2004: 257) 1992 brach aufgrund der anhaltenden Kampfhandlungen eine verheerende Hungersnot aus. In den Kampfgebieten waren Viehund Landwirtschaft nicht mehr möglich. 300.000 SomalierInnen kamen aufgrund von Hunger und Krankheit ums Leben, eine Million Menschen flüchteten in die Nachbarstaaten. (ebd.) Ein vom internationalen Roten Kreuz durchgeführtes Lebensmittelhilfsprogramm wurde ab Mai 1992 von der UN unterstützt und auf die erste in Somalia durchgeführte UN-Mission ausgeweitet. UNOSOM I¹³⁵ war eine klassische friedenssichernde und friedenserhaltende Maßnahme. Ihr Mandat bezog sich auf die Überwachung des ausgehandelten Waffenstillstands und den Schutz der humanitären Hilfstransporte innerhalb Somalias. Doch die Situation verschlechterte sich. Milizen erpressten Wegzölle und plünderten mehr 80 Schutzgelder, nahmen als Prozent Lebensmittellieferungen. Als die Nahrungsmittelhilfe gegen Ende des Jahres 1992 zum Erliegen kam galt UNOSOM I als gescheitert. (Spilker 2008: 22) Versuche der Nachbaarstaaten und der USA, die Situation zu stabilisieren, scheiterten (Schicho 2004: 257).

Kriegsteilnehmern; [...] die Herrstellung von Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Konfliktparteien, Überwachung von Truppenrückzügen oder von Vereinbarungen zur Reduktion; [...] Überwachung von Wirtschaftssanktionen und Embargos, Grenzüberwachung, Verhinderung von Waffenschmuggel; [...] Absicherung von humanitären Aktionen und Schutzzonen; [...] Schutz von Siedlungen und Lagern, Schutz vor Gewaltmaßnahmen wie z.B. Zwangsevakuierung und "ethnischen Säuberungen"." (Woyke 1995: 138). Weiterführende Literatur: u.a. Volker Matthies 1995, Zuschauen oder Eingreifen?

¹³⁵ UNOSOM I (United Nations Operation in Somalia I) war eine von April 1992 bis März 1993 eingesetzte UN-Friedensmission (United Nations 2003, UNOSOM I). Ihr folgte von März 1993 bis März 1995 UNOSOM II. UNITAF (Unified Task Force) "[...] was a multinational force, organized and led by the United States, which, in December 1992, had been authorized by the Security Council to use "all necessary means" to establish a secure environment for humanitarian relief operations in Somalia." (United Nations 2003, UNOSOM II Mandate).

Im August 1992 erfolgte ein Beschluss zur Errichtung einer Luftbrücke unter Leitung des Pentagon. Nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen entsandte die UN die multilaterale Eingreiftruppe UNITAF, deren Oberkommando die USA mit 28.000 der insgesamt 37.000 vorgesehenen SoldatInnen übernahmen. Die Situation konnte stabilisiert werden. Bis Januar 1993 wurden Mogadischu und weitere Städte gesichert, Nachschubwege geöffnet und Konvois eskortiert. Ohne größere militärische Gewalteskalationen entspannte sich die Situation. (Spilker 2008: 23) Das Mandat wurde daraufhin mit der UN-Mission UNOSOM II ausgeweitet und die Truppenstärke erhöht.

Zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit sowie dem Aufbau politischer und wirtschaftlicher Institutionen durften nun alle für notwendig erachteten Mittel eingesetzt werden. (Ehrhart/Petretto 2012: 184) Die Stationierung internationaler Truppen wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einerseits überwog die Hoffnung auf eine stabilisierende Wirkung durch die UN. Auf der anderen Seite verbanden viele SomalierInnen die Präsenz internationaler Truppen unweigerlich mit der europäischen Kolonialherrschaft und der mit dem Ost-West-Konflikt verbundenen Militarisierung Somalias durch das Barre-Regime. In Mogadischu kam es in weiterer Folge zu mehreren teils schweren Zusammanstößen zwischen US-Truppen und lokalen Milizen um Mohammed Aidids. Die USA intensivierten die Gewaltspirale und weiteten ihre Mission aus. Ziel war es nun, Mohammed Aidids ausfindig zu machen und niederzustrecken. Dabei verspielten die USA aufgrund ihres aggressiven Vorgehens Sympathien und brachten somit große Teile der somalischen Bevölkerung gegen sich auf (Möller 2009: 12; Spilker 2008: 22). Schließlich mobilisierte Mohammed Aidids mit einer stark antiamerikanischen Rhetorik einen massiven Unterstützerkreis, um die imperialistischen Eindringlinge mit intensivierter Gewalt zum Abzug zu zwingen. Für die zahlreichen Warlords entstand erneut ein gemeinsamer Gegner. (Schicho 2004: 258; Spilker 2008: 22f.)

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Schlacht von Mogadischu¹³⁶ und der Absturz zweier US-amerikanischer Black Hawk-Hubschrauber. Nach dem Absturz wurden, im Zuge einer breit angelegten Rettungsaktion, zwei Scharfschützen von einem weiteren Black Hawk abgesetzt. Sie verteidigten das Wrack bis sie schließlich übermannt und getötet wurden. "Am folgenden Tag gingen Fernsehbilder

¹³⁶ Zur detaillierten Auseinandersetzung mit den Ereignissen vom 3. Oktober 1993 in Mogadischu: u.a. Dirk Metz 1994, Die Schlacht um das Olympic Hotel am 3/4. Oktober 1993 in Mogadischu/Somalia: Die Niederlage von US- und UN-Streitkräften in einem asymmetrischen Konflikt.

um die Welt, in denen ein toter US-Soldat [...] nackt durch die Straßen Mogadischus geschleift wurde." (Spilker 2008: 23). Diese Aufnahmen führten in den USA zu einem grundlegenden Wandel der öffentlichen Meinung und leiteten schließlich einen Politikwechsel der USA in Somalia ein. Die USA sahen sich an Vietnam erinnert. Noch am selben Tag begannen die USA mit dem Abzug ihrer Truppen. Die letzten US-Truppen verließen Somalia im März 1994. ¹³⁷ Insgesamt kamen in der Schlacht von Mogadischu 18 US-Soldaten, ein malaysischer Soldat und schätzungsweise 1000 SomalierInnen ums Leben. (Ehrhart/Petretto 2012: 184; Möller 2009: 12; Spilker 2008: 23; Stewart 2003: 15ff.)

Im März 1995 verließen die letzten pakistanischen UN-Soldaten den Hafen von Mogadischu, der sofort geplündert wurde. Somalia wurde damit, praktisch unbemerkt von der Weltöffentlichkeit - die seinerzeit mit dem Balkan befasst war - sich selbst überlassen. Damit hat sich nach den Erfahrungen der Kolonialzeit ein weiteres Bild externer Kräfte im kollektiven Gedächtnis der Somalier verankert: Sie kommen, handeln in großer Unkenntnis der Umstände, verschlimmern die Situation und ziehen sich wieder zurück. (Spilker 2008: 23)

Mit dem Abzug der UN- und US-Streitkräfte sowie weiteren gescheiterten Bemühungen der EU im Jahre 1995 engagierten sich ab 1996 die Regionalstaaten Äthiopien, Dschibuti, Eritrea und Kenia im somalischen Friedensprozess. Mit Unterstützung der UN¹³⁸ und der regionalen Organisation von Staaten in Ostafrika wurde 2004 die Föderale Übergangsregierung etabliert. Doch weder das Konzept der Peace Enforcement Operations noch das in den letzten Jahren zugenommene internationale Engagement hat das Problem der politischen Unordnung lösen können. Im folgenden Teil wird daher der Frage nachgegangen, welche Rolle die USA in diesem Konflikt spielen.

¹³⁷ "Die grosse, sperrige UN-Festung, mit ihrer üppig gestalteten Ladenstrasse und anderem Luxus für das ausländische UN-Personal, mit eingeschlossen ein perfektes Abwassersystem, alles bezahlt aus der Entwicklungshilfe für Somalia, war belagert von somalischen Plünderern, die wie Aasgeier das Gelände umschwärmten. Einige Monate nach der Evakuierung, als Somalia wieder im totalen Chaos steckte, war selbst von den Fundamenten des mit Kosten von 160 Mio. US-\$ errichteten UN-Hauptquartiers nichts mehr zu sehen." (Lewis 2002 zit. nach Schicho 2004: 258).

¹³⁸ In dieser Periode befand sich Somalia in einem von Krieg und Frieden geprägten Zustand (Ehrhart/Petretto 2012: 188). 1995 errichtete die UN das Politische Büro für Somalia UNPOS mit Sitz in Nairobi. Seit dem Abzug 1995 konzentrierten sich zudem folgende UN-Sonderorganisationen auf die wesentlichen in Somalia vorherrschenden humanitären Probleme: u.a. FAO, UNCHR, UNDP, UNICEF, UNOCHA, WHO. (Möller 2009: 23)

¹³⁹ Die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) wurde von den Regionalstaaten allerdings für die jeweiligen regionalpolitischen Interessen instrumentalisiert. Dschibuti, Eritrea, Kenia und vor allem Äthiopien haben die Rivalitäten unter den Clans ausgenutzt, hegemoniale und sicherheitspolitische Absichten verfolgt und den somalischen Konflikt eher blockiert als zu seiner Befriedung und Stabilisierung beizutragen. Die Föderale Übergangsregierung bzw. Transitional Federal Government (TFG) war zudem hochgradig von Äthiopien abhängig und galt als Marionettenregierung mit geringer internationaler Legitimität. (Matthies 2012: 18ff.)

3.3 Der Neue US-Imperialismus

3.3.1 Die Bedeutung von Herrschaft und militärischer Gewalt

The Plan is for the United States to rule the world. The overt theme is unilateralism, but it is ultimately a story of domination. It calls for the United States to maintain its overwhelming military superiority and prevent new rivals from rising up to challenge it on the world stage. It calls for domination over friends and enemies alike. It says not that the United States must be more powerful, or most powerful, but that it must be absolutely powerful. (D. Armstrong zitiert nach Harvey 2003: 80)

Internationalisierung einzelner Kapitalien und Die damit einhergehende wechselseitige wirtschaftliche Verflechtung der globalen Güter- und Kapitalbewegungen haben seit dem Nachkriegskapitalismus zu einer Intensivierung politischer Konkurrenzverhältnisse geführt. Diese Konkurrenz äußert sich in der Verschiebung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen den Industriestaaten und der ungleichen Entwicklung zwischen Nord und Süd. Dabei sind die Güter- und Kapitalbewegungen ungleich verteilt, bewegen sich weitgehend in den industriellen Produktionszentren Europas, Nordamerikas und Ostasiens und provozieren Spannungen zwischen den Großmächten. Die Dominanz und Machtposition der USA wird in diesem Zusammenhang zunehmend in Frage gestellt. Die US-Regierung sieht ihre geostrategischen Interessen gefährdet und greift deshalb verstärkt auf militärische Gewalt zurück, um ihre eigene Die Machtposition zu stärken. 2006: 58) neue imperialistische (Henning Herrschaftsausübung der USA ist daher sowohl als Ergebnis als auch als Reaktion hinsichtlich der sich verändernden globalen Konkurrenzverhältnisse zu verstehen und spiegelt die Absicht wieder, "[...] mit [...] militärischen Mitteln [...] die gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse und [...] die Dominanz der USA zu erhalten und auszubauen." (Henning 2006: 60). Die zentrale Frage ist, was die USA dazu veranlasst, auf verschiedenste Weise in Somalia zu intervenieren und welcher Zusammenhang mit dem theoretischen Ansätzen des Imperialismus besteht?

Die auf Somalia bezogene internationale Aufmerksamkeit bezüglich der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung unterliegt sehr starken Schwankungen. Der großen geostrategischen Bedeutung Somalias während des Ost-West-Konflikts folgte mit dem sich abzeichnenden Ende der Systemkonfrontation seit 1985 der geopolitische Bedeutungsverlust. Der somalische Staatszerfall 1991, der noch immer anhaltende Bürgerkrieg und die steigenden Zahl präventiv geführter Militärinterventionen US-

amerikanischer Spezialeinheiten finden kaum Beachtung und bleiben größtenteils unbehelligt. Zudem hat es seit 1991 zahlreiche, extern initiierte, friedensfördernde sowie staats- und regierungsbildende Maßnahmen in Somalia gegeben, die alle gescheitert sind. Diese Entwicklungen verdeutlichen sowohl den Einfluss interner Machtkämpfe als auch die Bedeutung der Interventionspolitik externer Akteure auf die Konfliktdynamik in Somalia.

Bei der Analyse des Einflusses der US-amerikanischen Interventionspolitik auf die Konfliktdynamik in Somalia sind deshalb drei Aspekte von entscheidender Bedeutung. Erstens, avancierte Somalia aufgrund seiner geopolitischen Lage zum Objekt klassischer imperialistischer Interessens- und Machtpolitik. Der nordwestliche Indische Ozean und der Golf von Aden stellen dabei Somalias wichtigste Ressourcen dar. Zudem besteht die geographische Nähe zum Nahen Osten. Zweitens, dient das politische und militärische Engagement der USA in Somalia explizit zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen. Das Verständnis einer militärisch gestützten Konfliktbearbeitungsstrategie hat sich seit den Terroranschlägen grundlegend verändert und ist seitdem im Kontext der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA zu verstehen. Und drittens, muss der militärisch gestützte US-Imperialismus und die umfassende Strategie des Einsatzes der amerikanischen Militärmacht im Kontext der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und der damit einhergehenden relativen ökonomischen Stagnation der USA betrachtet werden. Das übergeordnete Ziel der USA besteht darin, die amerikanische Weltordnung durch die Integration weiterer Länder in das Institutionen. Handelsabkommen und internationale kapitalistische auszuweiten. Militärinterventionen und Kriege sind daher auch vor dem Hintergrund fortgesetzter politischer und ökonomischer Konkurrenzverhältnisse zu verstehen. Terrorismus und radikaler Islamismus bedrohen und hinterfragen die US-amerikanische Dominanz. Auf diese drei Thesen wird in den folgenden Abschnitten genauer eingegangen.

3.3.2 Projekt Naher Osten: Konsolidierung US-amerikanischer Dominanz

Das geostrategische Interesse der USA im Nahen Osten spielt eine übergeordnete Rolle und trägt zum Verständnis der US-Handlungsstrategie in Somalia bei. Die US-amerikanische Außen- und Interventionspolitik nahm schon während des Ost-West-Konflikts direkten militärischen Einfluss auf zwei Schlüsselstaaten, den Iran und Saudi-

Arabien.¹⁴⁰ Einen entscheidenden Wendepunkt stellte dabei das Jahr 1979 dar.¹⁴¹ Mit der Invasion in Afghanistan leitete die Sowjetunion das Ende der Entspannungspolitik ein. Die USA sahen mit dem Vordringen Moskaus zum Persischen Golf ihre Interessen bezüglich der dortigen Ölvorkommen gefährdet. Im Zuge der islamischen Revolution im Iran verloren die USA zudem einen ihrer wichtigsten Bündnispartner im Nahen Osten. Saudi-Arabien alleine konnte den Status quo nicht aufrechterhalten. Mit dem Ersten Golfkrieg¹⁴² setzte schließlich eine weitgehende Destabilisierung der gesamten Region ein. (Hanrath/Hippler 2009: 56ff.)

In den Folgejahren unternahm die US-Regierung beachtliche Anstrengungen und schuf die Voraussetzung für eine aktive und militärisch ausgerichtete Außenpolitik in der Region des Nahen Ostens. Unter anderem wurde das Regionalkommandozentrum United States Central Command (CENTCOM) mit dem Zuständigkeitsgebiet für den Nahen und Mittleren Osten, Ostafrika und Zentralasien installiert. Auch heute verfügen die USA über geostrategisch bedeutende Militärstützpunkte in Bahrain, Dschibuti, Kuwait, dem Oman, Pakistan, Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Darüber hinaus unterhalten die USA zentrale militärische Kooperation unterschiedlichster Art mit Ägypten, Israel, der Türkei und Saudi-Arabien. Diese umfassende Militärpräsenz verdeutlicht die Bedeutung und das Interesse der USA an dieser zentralen Region. (ebd.)

Dabei basiert die US-Außenpolitik im Nahen Osten auf drei wesentlichen strategischen Schwerpunkten: der vollen Unterstützung Israels, der Sicherung und Stabilisierung US-freundlicher Regime und der Kontrolle energiepolitischer Schlüsselregionen des Persischen Golfes und Kaspischen Meeres. Vor allem das Interesse der USA an Ölimporten hat sich seit den 1970er Jahren signifikant erhöht. War decken die USA nur einen geringen Teil ihres Importbedarf durch Öllieferungen aus dem Nahen

. .

¹⁴⁰ Beide Staaten sollten mit Hilfe der massiven militärischen Aufrüstung seitens der USA einen Stellvertreterkrieg am Persischen Golf führen.

¹⁴¹ Vgl. hierzu Abschnitt 2.2.3, Neue Konfrontation: Aufrüstung und Zusammenbruch der Sowjetunion, in dieser Arbeit.

¹⁴² Der Erste Golfkriek bzw. Irak-Iran-Krieg dauerte vom 22. September 1980 bis zum 20. August 1988.

^{143 1970} stand dem US-Vebrauch von 14,7 Millionen Barrel pro Tag eine Eigenproduktion von 11,7 Millionen Barrel pro Tag gegenüber. Zur Jahrtausendwende verbrauchten die USA 19,7 Millionen Barrel pro Tag, produzierten aber nur 9,1 Millionen Barrel pro Tag. Die Eigenproduktion reduzierte sich von fast 80 Prozent in den 1970er Jahren auf etwas mehr als 46 Prozent im Jahre 2000. In dieser Zeitspanne fiel der US-Anteil an der weltweiten Ölproduktion von 23,9 auf 11,8 Prozent, während sich der Anteil am Weltverbrauch nur von 31,4 auf 26 Prozent reduzierte. (Hanrath/Hippler 2009: 57f.)

und Mittleren Osten,¹⁴⁴ allerdings wird die geostrategische Bedeutung der gesamten Region in Zukunft steigen und somit auch das machtpolitische Interesse der USA an einem stabilen Rohstoffmarkt. Von den sechs Ländern mit den größten nachgewiesenen Ölreserven liegen fünf am Persischen Golf.¹⁴⁵ Darüber hinaus besitzen einige dieser Länder lukrative Erdgasvorkommen. (Hanrath/Hippler 2009: 57ff.)

Allerdings geht es den USA nicht darum, die Ölquellen militärisch zu sichern, physisch zu erobern oder den Ölpreis zu (de)stabilisieren. Ganz im Gegenteil: das außenpolitische Interesse der USA am Nahen Osten basiert auf dem Energiereichtum und der Bedeutung der Ölvorkommen für die Weltwirtschaft. Das Ziel liegt in der politischen und militärischen Absicherung der US-Vormachtstellung im Nahen Osten, um den Einfluss destabilisierender Kräfte dauerhaft zu verhindern und den uneingeschränkten Ressoucenund Warenfluss zu gewährleisten. (ebd.) Der globale Krieg gegen den Terror ist in einen direkten Zusammenhang der geostrategischen US-Machtpolitik zu setzen und verdeutlicht die veränderte nationale Sicherheitswahrnehmung seit 9/11. Die Terroranschläge wurden nicht einfach nur als ein krimineller Gewaltakt verstanden, sondern als ein Angriff auf die globale US-Hegemonie. Zum ersten Mal wurden die Sinnbilder amerikanischer Macht in den USA selbst Ziel eines von außen geplanten Angriffes: das Pentagon als Symbol militärischer Macht, das Weiße Haus als Symbol politischer Macht ¹⁴⁶ und das World Trade Center als Symbol wirtschaftlicher Macht. (Hanrath/Hippler 2009: 58ff.)

Die von der Bush-Administration implementierte neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA¹⁴⁷ geht daher über die bloße Terrorismusbekämpfung hinaus. Mit dem uneingeschränkten Kampf gegen den internationalen Terror werden die Regionalinteressen der USA im Nahen Osten deutlich: Die USA zielen auf die Neuordnung

_ D

¹⁴⁴ Die Hauptlieferanten für Rohöl sind Angola mit 0,6 Millionen Barrel, Irak mit 0,5 Millionen Barrel, Kanada mit 2 Millionen Barrel, Mexiko mit 1,1 Millionen Barrel, Nigeria mit 0,9 Millionen Barrel und Saudi-Arabien mit 1,4 Millionen Barrel pro Tag (Hanrath/Hippler 2009: 57f.).

¹⁴⁵ Der Irak besitzt Ölreserven von 115 Milliarden Barrel, der Iran 136 Milliarden Barrel, Kuwait 104 Milliarden Barrel, Saudi-Arabien 266 Milliarden Barrel und die Vereinigten Arabischen Emirate 98 Milliarden Barrel. Berücksichtigen wir Katar mit 15 Milliarden Barrel, den Oman mit 6 Milliarden Barrel und die nicht direkt am Persischen Golf gelegenen Staaten Algerien mit 12 Milliarden Barrel, Jemen mit 3 Milliarden Barrel, Kasachstan mit 30 Milliarden Barrel und Libyen mit 43 Milliarden Barrel, dann wird umso deutlicher, warum die USA, deren Abhängigkeit an Ölimporten weiter steigen wird, ihren Einfluss mit einer steigenden Milliärpräsenz in dieser Region ausbauen will. (Hanrath/Hippler 2009: 57f.)

¹⁴⁶ Es kann nicht mit hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit gesagt werden, was das Anschlagsziel des vierten entführten Flugzeuges United-Airlines-Flug 93 sein sollte. Potentielle Ziele waren das Kapitol und das Weiße Haus. Das Flugzeug stürzte vorher ab. Über die Absturzursache herrscht Unklarheit. In dem 9/11 Commission Report ist die Rede davon, dass die Passagiere die Maschine zum Absturz brachten. (National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States 2004: 10ff.)

¹⁴⁷ Vgl. hierzu Abschnitt 2.3.3, Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Bedeutung, in dieser Arbeit.

des Nahen Ostens ab und legitimieren ihre regionale Machtpolitik mit dem globalen Kampf gegen den Terror. Dabei verbindet die NSS die Umgestaltung der gesamten Region mit der Ausdehnung des liberaldemokratischen Kapitalismus. Mit dieser Strategie können die USA ihren uneingeschränkten Führungsanspruch untermauern. (Hanrath/Hippler 2009: 58ff.; Henning 2006: 83)

Die Aufgabe des US-Militär sei es heute, sich der "Nichtintegrierten Lücke", also jenen Staaten, die sich nicht in das Schema neoliberaler Globalisierung einpassen lassen, zuzuwenden und ihnen unmissverständlich zu verdeutlichen, dass die USA nicht gewillt sind, dieses Verhalten zu tolerieren: "...[Es] ergibt sich daraus ein einfacher Regelsatz in Sachen Sicherheit: Je weniger ein Land an der Globalisierung teilhabt, desto eher wird es eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten heraufbeschwören." [...] Heute sei vor allem der Nahe Osten die größte zusammenhängende "Nichtintegrierte Lücke" und daher der perfekte Ort [sic!] um mit der militärischen Öffnung [zu beginnen]. (Henning 2006: 84, Hervorhebung im Original)

Neben dem zunehmenden Unilateralismus, präventiv geführten Krieg, Einsatz von Massenvernichtungswaffen¹⁴⁸ und der Bekämpfung des (Staats)Terrorismus, äußert sich die Militarisierung der US-Außenpolitik vor allem in der beabsichtigten Transition politischer Systeme bzw. dem militärisch gestützten Regimewechsel. In dem Gründungsdokument des Projekts für das neue amerikanische Jahrhundert¹⁴⁹ wurde schon 1998 die Effektivität von Militärinterventionen gegenüber Embargos und Sanktionen betont und gefordert. Nach dem Regimesturz, der Eroberung und kontrollierten Zerstörung aller staatlichen Strukturen muss der Prozess des Nation-building eingeleitet werden, um "[...] den kurzfristigen militärischen in einen langfristigen politischen Erfolg zu verwandeln." (Henning 2006: 90). Das Konzept des Nation-building setzt dabei an der Schnittstelle zwischen erfolgter Militärintervention und Entwicklungspolitik an. Diese Handlungsstrategie steht dabei nicht nur unter dem Verdacht, den außenpolitischen Interessen der USA zu dienen, sondern auch die betreffenden Länder unter Anwendung von Zwang in das globalisierte kapitalistische System zu integrieren. Somalia stellt hier ein gutes Beispiel dar.

¹⁴⁸ Die angeblichen Massenvernichtungswaffen waren ein entscheidender Grund der amerikanisch initiierten Militärintervention im Irak 2003. Zwar wurden keine weapons of mass destruction (WMD) gefunden, aber die Gefahr der Proliferation dieser hervorgehoben. Dem vierteljährlich erscheinenden Quadrennial Defense Review (QDR) folgte der Nuclear Posture Review (NPR), der den präventiven Kernwaffeneinsatz nicht ausschließt. Die größte Gefahr geht von Al-Qaida aber auch Staaten wie Iran, Nordkorea, Libyen und Syrien aus. (United States Department of Defense 2010: 3ff.)

¹⁴⁹ Das Project for the New American Century (PNAC) ist eine neokonservativ amerikanische Denkfabrik, die die absolute Machtdominanz der USA in der Welt anstrebt (Henning 2006: 90). 2006 wurde das PNAC aufgelöst. Die 2009 gegründete Foreign Policy Initiative (FPI) kann als ihre Nachfolgeorganisation betrachtet werden.

3.3.3 US-Sicherheitsstrategie in Somalia: Militarisierung der Politik

Mit der veränderten globalen Sicherheitslage avancierten vor allem fragile und gescheiterte Staaten zu potentiellen Operationsräumen und Rückzugsgebieten transnational agierender Terrornetzwerke (Ehrhart/Petretto 2012: 185; Lock 2007: 94; Möller 2009: 26). Neben dem Nahen und Mittleren Osten stellt in diesem Zusammenhang vor allem Somalia ein Sicherheitsrisiko dar. Die in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie verankerten amerikanisch interventionistischen Militäreinsätze können daher als präventive Kriegsführung verstanden werden, die darauf abzielen, die Instrumentalisierung dieser größtenteils rechtsfreien Räume durch politische ExtremistInnen und TerroristInnen mit allen Mitteln zu verhindern (Lock 2007: 94). Dabei ist der von außen unterstützte Aufbau moderner Staatlichkeit¹⁵⁰ dem Aufbau eines nationalen, souveränen Sicherheitsapparates gewichen. Eine nachhaltige Konfliktbearbeitungsstrategie gibt es nicht. Durch die extern initiierten Friedensbemühungen kam es in erster Linie zu Machtverschiebungen und zu einer Neuformierung des Akteursspektrums in Somalia.

3.3.3.1 Machtverschiebungen: Neuformierung des Akteursspektrums

Mit der gescheiterten humanitären Intervention im Rahmen der UNOSOM-Einsätze und dem Abzug der internationalen Eingreiftruppen haben sich, trotz der Abwesenheit einer funktionierenden Zentralregierung, informelle Gesetzesherrschaften in Form von Ältestenräten und Nachbarschaftswachen sowie des Gewohnheitsrechts und Islamischen Gerichtshöfe herausgebildet. Mit Unterstützung traditioneller Aushandlungsverfahren auf kommunaler, lokaler und (über)regionaler Ebene konnten sowohl friedliche Formen der Konfliktlösung gefunden als auch die Kampfhandlungen und Gewaltintensität deutlich reduziert werden. Es die kam zu keinen weiteren

¹⁵⁰ Moderne Staatlichkeit ist vorhanden, wenn der Staat erstens, die Sicherheit seiner BürgerInnen vor physischer Gewalt und deren Androhung gewährleisten kann; zweitens, eine politische und rechtliche Ordnung garantieren kann, die gesellschaftlich legitimiert und wirtschaftlich akzeptiert ist; und drittens in der Lage ist, ein Mindestmaß an existenzieller und sozialer Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Nahrung, Wasser, Energie) bereitzustellen (Mair 2009: 8).

¹⁵¹ "Dieser [der Staat] wird dabei unterstützt, seiner Schutzverantwortung gegenüber seinen Staatsbürgern nachzukommen und so zu funktionieren, dass er keine faktische oder potenzielle Bedrohung der internationalen Sicherheit darstellt. Interventionen erfolgen indirekt durch Aufbau eines nationalen Sicherheitsapparats und/oder die Unterstützung regionaler und subregionaler Organisationen, wobei im Einzelfall verdeckte militärische Operationen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung ebenso möglich sind [...] wie direkte militärische Unterstützung Aufständischer im Rahmen eines als legitim angesehenen regime change [...]." (Ehrhart/Petretto 2012: 185f.)

Gewalteskalationen. (Menkhaus 2004: 7) Die bewaffneten Clanmilizen zogen sich in die von ihnen kontrollierten Distrikte zurück und errichteten lokale Verwaltungsstrukturen, die einen gewissen Grad an Sicherheit und Stabilität ermöglichten. (Bakonyi 2012: 27; Ehrhart/Petretto 2012: 187) Zudem versuchten Geschäftsleute und UnternehmerInnen ein für ihre Handelsbeziehungen stabiles Umfeld zu schaffen. Mit Puntland und Somaliland¹⁵² haben sich darüber hinaus zwei politische Systeme herausgebildet, die traditionelle somalische Werte mit moderner Staatlichkeit vereinen. (Ehrhart/Petretto 2012: 187f.)

Dennoch schafften es die formellen und informellen Herrschafts- und Regierungssysteme nicht, die von einer intakten Zentralregierung vorausgesetzte Sicherheit zu garantieren. Die internationale Gemeinschaft ignorierte das Potenzial dieser lokalen Entwicklungen und konzentrierte sich bei ihren Friedensbemühungen auf nationaler Ebene auf die Errichtung einer starken Zentralregierung in Mogadischu. Ausschlaggebend für diese Strategie waren der zunehmende Einfluss der Union islamischer Gerichtshöfe sowie die Radikalisierung einzelner islamistischer Gruppierungen. (Ehrhart/Petretto 2012: 189). Die Angst vor einer Islamisierung Somalias stieg. Die größtenteils in der Diaspora aufgewachsenen und ausgebildeten Mitglieder des Übergangsparlaments haben daher weitestgehend die Integration zivilgesellschaftlicher Akteure und traditioneller Autoritäten missachtet. Infolgedessen intensivierten sich die innergesellschaftlichen Spannungen, da viele SomaliarInnen den zentralstaatlichen Institutionen und der 2004 etablierten

^{152 1991} rief die Somalische Nationalbewegung (SNM) im Nordwesten des Landes den unabhängigen, aber international nicht anerkannten, Staat Somaliland aus. Somaliland ist das mit Abstand mächtigste regionale politische System. Mit 27 Millionen US-Dollar Jahresbudget und einer wachsenden Verwaltungsstruktur repräsentiert die ehemalige britische Kolonie zwei Millionen Menschen. (Hoehne 2012: 14). Demgegenüber steht der funktional schwächere, aber politisch starke Staat Puntland im Nordosten Somalias, der sich 1998 unter Führerschaft der Somalischen Demokratischen Erlösungsfront (SSDF) zur halbautonomen Region erklärte. (Hoehne 2012: 14; Weber 2009: 56) In Somaliland ist es gelungen, eine stabile Regierung (Demokratie, Mehrparteiensystem, funktionierende Ministerien, Konsolidierung von Rechtstaatlichkeit, öffentliche Sicherheit) zu etablieren, die in der Lage ist, innenpolitische und zwischenstaatliche Konflikte diplomatisch zu lösen (Menkhas 2004: 12ff.). In Puntland sind die staatlichen Strukturen geringer ausgebildet. Zudem konkurrieren drei Unterclans um die knappen Ressourcen und vermuteten Erdöl- und Rohstoffvorkommen. Diese Konkurrenz trägt immer wieder zur Destabiliserung der Region bei und führt zu regelmäßigen Gewalteskalationen. (Menkhaus 2004: 11ff.) Zudem geht ein wesentlicher Teil der Piraterie von Puntlands Küsten aus (Klein 2012: 38). Beide staatsähnlichen Gebilde befinden sich in einem scheinbar unüberwindbaren Konflikt über größere Grenzgebiete (Hoehne 2012: 13f.; Menkhaus 2004: 7ff.).

^{153 &}quot;Viele Städte und Nachbarschaften versuchten, die grundlegende öffentliche Ordnung und Sicherheit durch die Einrichtung von Scharia-Gerichten zu verbessern. Typischerweise werden diese Gerichte von lokalen Geschäftsleuten unterstützt, von Klerikern betrieben und von Clan-Ältesten beaufsichtigt. Die Rechtssprechung übertritt selten die Grenzen des Sub-Clans, an welchen sie gebunden sind. Darum können diese Gerichte Verbrechen zwischen den Clans nicht kontrollieren. Sie koexistieren mit dem Gewohnheitsrecht des Clans (xeer) und ersetzen dieses nicht. Wo sie eingerichtet wurden, führen sie allgemein zu einer messbaren Reduzierung der Kriminalität und sind bei den meisten BewohnerInnen anerkannt. Doch diese Gerichte sind sehr anfällig vor allem gegenüber machtvollen Milizenführern, welche von den Gerichten bedroht werden und diese unterlaufen wollen." (Menkhaus 2004: 9).

Übergangsregierung misstrauen und sich mit dem Aufbau einer extern initiierten Zentralregierung an die Kolonialherrschaft und das repressive Barre-Regime erinnert fühlten. (ebd.: 189f.)

Als sich daraufhin "[...] der von großen Teilen der somalischen Bevölkerung begrüßte Aufstieg der Union islamischer Gerichtshöfe (UIG) gegenüber der schwachen und unpopulären Übergangsregierung (TFG) sowie diversen Warlords vollzog [...]" (Matthies 2012: 18) intervenierte Äthiopien mit Unterstützung der USA im Dezember 2006 militärisch in Somalia und zerschlug die islamischen Gerichte gewaltsam. Der ursprüngliche Konflikt um die Verteilung von Macht und Ressourcen transformierte sich zu einem ideologisch gefärbten Anti-Terror-Krieg. (Ehrhart/Petretto 2012: 189f.; Matthies 2012: 18)

Da die Gerichtshöfe in enger Zusammenarbeit mit lokalen Kräften vorrangig die Sicherheit der Bevölkerung im Auge hatten und so für Ruhe und Ordnung sorgen konnten, gilt die kurze Zeit ihrer Herrschaft für viele Somali immer noch als eine der friedlichsten seit 1991. (Ehrhart/Petratto 2012: 190)

Der militärische Erfolg führte allerdings nicht zur nachhaltigen Stabilisierung Somalias. Zwischen den Jahren 2006 und 2009 kam es zu den heftigsten Gewaltausbrüchen und größten Flüchtlingsströmen seit Anfang der 1990er Jahre. Zudem führte die von den USA aktiv unterstützte äthiopische Militärintervention zu einer Spaltung der Union islamischer Gerichte in eine relativ moderate Islamistengruppe und die radikale, stark militante Organisation Al-Shabaab. (Ehrhart/Petretto 2012: 190; Matthies 2012: 19) Diese Radikalisierung der islamistischen Al-Shabaab ist von zentraler Bedeutung für die Konfliktdynamik sowie weitere Handlungsstrategie der USA in Somalia und wird im nächsten Teil genauer herausgearbeitet.

3.3.3.2 Machtverschiebungen: Al-Shabaab und erneute Fragmentierung

2008 wurde ein erneuter, durch die UN vermittelter, Regierungsbildungsprozess zwischen der alten Übergangsregierung und moderaten Islamisten eingeleitet. Trotz der Einführung der Scharia und der Unterstützung westlicher und arabischer Staaten kam es zu keiner Befriedung Südsomalias. (Matthies 2012: 20) Die vormals kampfstärkste Miliz der Union islamischer Gerichtshöfe, Al-Shabaab, wurde kategorisch von den Verhandlungen ausgeschlossen. Dennoch erlebte sie einen enormen Machtzuwachs, erwies sich in den

folgenden Jahren als handlungsorientiert und widerstandsfähig und avancierte zum mächtigsten Kontrahenten der TFG in Mogadischu. (Ehrhart/Petretto 2012: 190; Matthies 2012: 20) Die USA sahen sich damit konfrontiert, durch die extern initiierte Militärintervention zur Stärkung der militanten islamistischen Al-Shabaab und weiteren Fragmentierung der somalischen Gesellschaft beigetragen zu haben. Dabei verhärteten sich die Fronten. Die USA und ihre Verbündeten "[...] standen auf Seiten der somalischen Übergangsregierung und unterstützten diese [weiterhin] durch Finanztransfers sowie militärische Ausrüstungs- und Ausbildungsmaßnahmen." (Matthies 2012: 20). Die Al-Shabaab bildete ihre Kämpfer ideologisch und militärisch aus, war sehr gut organisiert und bekam darüber hinaus Unterstützung aus dem Umfeld der Diaspora. Entscheidend war allerdings die enge Verbindung zum globalen Jihadismus, 154 wobei die Organisation ideologisch keinesfalls homogen war. (ebd.)

Auf nationaler, pan-somalischer Ebene präsentierte sich Al-Shabaab vor allem als starke Widerstandsbewegung, die sowohl für die somalische Bevölkerung als auch die Diaspora eine politische Alternative zur ineffektiven, korrupten und unpopulären Föderalen Übergangsregierung darstellte. Sie kritisierte die Instrumentalisierung Somalias durch externe Akteure und die von den USA unterstützte äthiopische Okkupation. Mit repressiven Maßnahmen drängte sie die ausufernde Kriminalität zurück, sorgte für Recht, Ordnung und Stabilität und konnte ihren politischen Einfluss in weiten Teilen Süd- und Zentralsomalias, einschließlich Mogadischus, ausweiten. (Ehrhart/Petretto 2012: 191; Matthies 2012: 20) Eine besondere Anziehungskraft entwickelte ihre islamistische Ideologie für die Rekrutierung junger Männer im Kampf gegen den Westen (ebd.).

Auf jihadistischer, global orientierter Ebene kooperiert Al-Shabaab mit dem Terrornetzwerk Al-Qaida, wird finanziell und militärisch von diesem unterstützt und verbündet sich mit Islamisten anderer afrikanischer Staaten. Diese Verbindung stellt ein grundlegendes Problem dar. (Matthies 2012: 20) Auf der einen Seite hat der Großteil der

. .

Jihad kann im ursprünglichen Sinne als bewaffnete Verteidigung der islamischen Glaubensgemeinde gegen die koloniale Eroberung verstanden werden. Mit dem Ende der kolonialen Ära vollzog sich in vier Phasen eine grundlegende Transformation: Erstens, etablierten sich jihadistische Tendenzen in Ägypten Ende der 1970er Jahre basierend auf Sayyid Qutb (militanter Widerstand gegen repressive Herrscher); zweitens, wurde der Jihad für die Mobilisierung gegen die sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan 1979 instrumentalisiert; drittens, legitimierte der Jihadismus die Aufstände gegen nicht-islamische Regime in Algerien seit 1991 und Ägypten bis 1997; und viertens, rief Al-Qaida den Jihad gegen den Westen in den späten 1990er Jahren aus (expansiver, entterritorialisierter und globaler Jihadismus). (Escobar Stemmann 2006: 1ff.; Takeyh/Gvosdev 2004: 86ff.)

¹⁵⁵ Zu nennen sind hier radikal-islamistische Gruppierungen aus dem Jemen, Kenia, Mali, Nigeria, Tansania und im Maghreb (Al-Qaeda in the Islamic Maghreb - AQIM).

somalischen Bevölkerung keine traditionelle Bindung zum globalen Jihadismus. Auf der anderen Seite lehnt die islamistisch militante Bewegung das Clansystem ab, verbreitet mit ihrer gewaltsamen Herrschaftspraxis Angst und Schrecken und will nicht mit Ungläubigen verhandeln. Vor allem aber hat Al-Shabaab an Sympathie und Unterstützung eingebüßt, als sie "[...] humanitäre Hilfslieferungen in den von Hungernöten am meisten betroffenen Gebieten [...]" (Ehrhart/Petretto 2012: 191) verhinderte. Darüber hinaus steht die Al-Shabaab-Miliz auf der Terrorliste der USA und wird von der Mission der Afrikanischen Union in Somalia¹⁵⁶ aktiv bekämpft. Die Föderale Übergangsregierung wurde so legitimiert und unterstützt.

Auch die seit Oktober 2011 laufenden kenianischen und äthiopischen Interventionen im Süden und Westen Somalias sind in diesem Licht zu sehen: Zwar gelingt es ihnen, *Al Shabaab* unter Druck zu setzen, eine nachhaltige Lösung des innersomalischen Problems haben die neuen, von keiner politischen Planung untermauerten militärischen Eingriffe aber nicht in Gang setzen können. Im Gegenteil, die Situation der von der Hungersnot 2011 am stärksten betroffenen Bevölkerung in Südsomalia hat sich dadurch sogar noch verschärft. (Ehrhart/Petretto 2012: 192, Hervorhebung im Original)

Anders als in Afghanistan und dem Irak versuchen die USA in Somalia direkte Militärintervention zu vermeiden und bei der Durchsetzung der eigenen außenpolitischen Interessen in Somalia auf afrikanische Streitkräfte zu setzen. Während George W. Bush zwei Besatzungsregime mit militärischer Macht etablierte, zieht Präsident Barack Obama sowohl den verdeckten Einsatz militärischer Gewalt als auch den Stellvertreterkrieg vor. Diese Strategie soll verhindern, dass US-SoldatInnen im Ausland getötet werden und verschleiern, in welchen geopolitischen Konflikten die USA tatsächlich involviert sind. Darüber hinaus stellt das Konzept des Nation-building eine Grundvoraussetzung für den Aufbau eines föderal gegliederten Staates dar, der mit einer möglichst schwachen Zentralregierung vollständig in den Weltmarkt integriert werden kann. (Guilliard 2004: 51)

Die Fraktionierung und politische Kantonisierung stellt in diesem Sinne eine günstige Voraussetzung dar, nicht nur um das betreffende Land zu kontrollieren [sic!] sondern auch, um es für westliche Konzerne zu öffnen. Das von den Imperialstaaten betriebene nation-building kann aus dieser Perspektive auch als Reorganisation und Internationalisierung des peripheren Staates verstanden werden, die auf seine Entsouverenisierung [sic!] hinausläuft [...]. (Henning 2006: 91)

Der folgende Abschnitt konzentriert sich daher auf die explizite Umsetzung des neuen US-Imperialismus in Somalia.

¹⁵⁶ African Union Mission in Somalia (AMISOM).

3.3.4 Neuer US-Imperialismus zur Durchsetzung außenpolitishere Interessen in Somalia

Der globale Krieg gegen den Terror spiegelt die Tendenz wieder, dass sich die US-amerikanische Konfliktlösungs- und Sicherheitsstrategie von den tatsächlichen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts distanziert. Dabei ist die US-Außenpolitik noch immer durch die machtpolitische Abschreckungsdoktrin des Ost-West-Konflikts und dem imperialistischen Machtanspruch determiniert, mit dem Unterschied, dass heute nicht der Kommunismus, sondern der internationale Terrorismus mit allen Mitteln bekämpft werden muss. (Lock 2007: 95f.) Bei genauerer Betrachtung wird deshalb deutlich, dass die von den USA propagierte Strategie des universalen Liberalismus¹⁵⁷ in Somalia mit militärischer Gewalt und entgegen der liberal-demokratischen Legitimationsideologie durchgesetzt wird (Klein/Unger 1989: 397; Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002: 40f.). Dabei geht es in Somalia realpolitisch in erster Linie um den Aufbau einer stabilen prowestlichen Regierung.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation wurde Somalias strukturelle Abhängigkeit offensichtlich. Mit dem geostrategischen Bedeutungsverlust verschwand auch die Unterstützung der westlichen Geberländer, vor allem der USA. Sowohl die ökonomische Marginalisierung als auch die politische Desintegration führten schließlich zum Zerfall staatlicher Strukturen. (Meyers 1995: 34) Mit der vollen Entfaltung des Neoliberalismus erhöhte sich zur gleichen Zeit der Anpassungsdruck an die sich globalisierende Ökonomie. Dabei vollzog sich die Reorganisation des Staates in den Industriestaaten wesentlich erfolgreicher als in den Ländern des globalen Südens. Die kapitalistische Globalisierung wurde von diesen initiiert und aktiv gestaltet. Zur Umsetzung dieser Reformen braucht es einen starken interventionistischen Staat, der sich dabei gleichzeitig reorganisiert. (Panitch

¹⁵⁷ Der universale Liberalismus will die Entwicklung offener und friedlicher Gesellschaften, den Aufbau demokratischer Strukturen sowie die Ausbreitung einer freien, wohlstandsorientierten Marktwirtschaft fördern (Klein/Unger 1989: 397; Krause/Irlenkaeuser/Schreer 2002: 40f.).

Schon in den 1980er Jahren kam es zu einer massiven Verlagerung der Staatstätigkeit. Im Zuge der Entstehung eines globalisierten Marktes mit global agierenden Kapitalien, wurden die staatlichen Aktivitäten zunehmend durch das global agierende Kapital diszipliniert. (Bakonyi 2001: 8f.; Strange 1995: 60) In weiterer Folge kam es zu massiven Rationalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen. Darüber hinaus wurden neue Regulations- und Steuermechanismen institutionalisiert und die Verflechtung durch internationale Regime (ASEAN, EU, NAFTA) intensiviert. Während diese Transformation von den Industriestaaten selbst ausging, entwickelte die kapitalistische Durchdringung in den Ländern des globalen Südens ein enormes Konfliktpotential. Die Folge sind Abhängigkeitsstrukturen, Bürgerkriege und Fluchtbewegungen in Form erzwungener Migrationsströme. Diese Migrationsströme wurden gleichzeitig als Bedrohung wahrgenommen. Die Industrienationen begegnen diesem globalen Problem mit Abschottung und der Sicherung der (gemeinsamen) Außengrenzen. (Bakonyi 2001: 10ff.)

1994: 63) Dieser starke Staat existiert in Somalia nicht, soll aber unter Anwendung militärischer Gewalt etabliert werden (Bakonyi 2001: 14). Das hat verschiedene Gründe.

Politisch verfolgen die USA seit dem Zweiten Weltkrieg die Integration aller Weltregionen in das kapitalistische System. Dabei hat sich die ökonomische und politische Machtbasis der USA nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufgrund der neoliberalen Umstrukturierung des kapitalistischen Systems und der intensivierten Ausbeutung der Arbeitskraft vergrößert. (Panitch/Gindin 2004: 18, 42, 59) Eine zentrale Rolle nimmt dabei der Staat als Initiator des Neoliberalismus und Organisator des globalen Kapitalismus ein (Panitch 2002: 80). Den Vereinigten Staaten ist es nicht nur gelungen, die Globalisierung zu konstituieren und sich auf globaler Ebene Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, sondern auch ihre imperialistische Machtposition im internationalen System zu behaupten. 159

Ab Mitte der 1990er Jahre gelang es den USA immer weniger die Länder des globalen Südens in ihr imperialistisches System zu integrieren (Henning 2006: 45). In weiterer Konsequenz setzten die USA ihre außenpolitischen Interessen verstärkt mit militärischer Gewalt und der Akkumulation durch Enteignung durch. Diese Strategie kann eindeutig als Antwort auf die Krise der neoliberalen Hegemonie in den Ländern des globalen Südens und die immer offener hervortretende Tendenz einer Überakkumulationskrise in den Industriestaaten verstanden werden. (Harvey 1982: 156ff.; 2003: 29ff.; Panitch/Gindin 2004: 80ff.) Mit den Terroranschlägen 2001 ist vor allem das Konzept der Staatlichkeit in den Fokus der US-Außenpolitik gerückt und muss im Kontext der globalen Terrorismusbekämpfung betrachtet werden.

3.3.4.1 Instabile Staatlichkeit und zunehmende Entgrenzung militärischer Gewalt

Somalia avancierte aufgrund seiner geopolitischen Lage zum Objekt kolonialer und imperialistischer Interessens- und Machtpolitik und wurde während der kolonialen Expansionsphase von den europäischen Großmächten in den Weltmarkt integriert. Mit der Dekolonisierung wurde die unmittelbare Fremdherrschaft beendet, aber nicht der Zwang zur Kapitalverwertung. Die Subsistenzökonomie wurde ein Bestandteil des kapitalistischen Systems. Moderne und traditionelle Produktionsformen gingen eine

¹⁶⁰ Im Grunde wurde mit zeitlichen Abständen der gesamte afrikanische Kontinent kolonisiert und diente in erster Linie als Rohstoff- und Primärgüterlieferant (Bakonyi 2001: 45).

¹⁵⁹ Vgl. hierzu Abschnitt 2.3.1, Leo Panitch und Sam Gindin: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium, in dieser Arbeit.

instabile Resultat Bindung ein. Das waren negative Produktionsund Wachstumsdynamiken, real sinkende terms of trade¹⁶¹ und die steigende Abhängigkeit gegenüber dem Weltmarkt. Aufgrund der Fremdherrschaft konnten sich keine nachhaltigen staatlichen Strukturen herausbilden. Der koloniale Staatsapparat baute eine selektive Klientelpolitik auf, um sich in der Gesellschaft zu manifestieren. Allerdings war dieser nicht in der Lage die gesellschaftlichen Allgemeininteressen zu repräsentieren und wurde zunehmend mit partikularen Interessen assoziiert. Trotz der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung hielt das durch ausländische Wirtschaftshilfen unterstützte Klientelsystem den postkolonialen Staat zusammen. (Bakonyi 2001: 45ff.) Der Ausbau des Staatsapparats durch die Sowjetunion "[...] führte zum Anwachsen der unproduktiven, sich ausschließlich über Renten finanzierten Staatsklasse [...]." (Bakonyi 2001: 77). Ein aufgeblähter Verwaltungssektor entstand (Bakonyi 2001: 45ff.).

Mit dem Allianzwechsel¹⁶² kam es zu weitreichenden Privatisierungsmaßnahmen und Stabilisierungsversuchen. Internationale Institutionen wie der IWF und die Weltbank zielten auf die Verschlankung des Staatsapparats und die Verbesserung der Weltmarktposition Somalias ab. Die Strukturanpassungsprogramme führten allerdings zu entgegengesetzten Ergebnissen. Die markwirtschaftlichen Elemente leiteten eine weitestgehende Destabilierung der staatlichen Funktionsfähigkeit ein. Das Ergebnis war die grundlegende Schwächung des Staates. Der kapitalistische Formierungsprozess unter Weltmarktbedingungen war gescheitert. Das Resultat ist ein äußert fragiles staatliches Konstrukt. (Bakonyi 2001: 46) Die daraus resultierenden Widersprüche haben Somalias ökonomische, politische und soziale Entwicklung nachhaltig geprägt (Bakonyi 2001: 36). Eine eigene Entwicklungsdynamik wurde verhindert und die Gesellschaftsstruktur deformiert (Kößler 1998: 153).

Für die Durchsetzung der außenpolitischen Machtinteressen der USA stellt sowohl die politische als auch die ökonomische Fragilität ein grundlegendes Problem dar. Der somalische Staat besitzt kein Gewaltmonopol und keine institutionellen und territorialen Rahmenstrukturen. Dadurch ist die Regierung nicht in der Lage, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion und kapitalistische Entwicklung zu gewährleisten

د 1

¹⁶¹ Terms of Trade bezeichnen das in einer Währung gemessene Austauschverhältnis zwischen dem Import und dem Export eines Landes. Im kolonialen bzw. postkolonialen Kontext stellen Terms of Trade auch die nachteiligen Handelsbedingungen bzw. Handelsstrukturen rohstoffreicher Länder auf dem Weltmarkt dar. (Heinrich-Böll-Stiftung 2009: 5; Schubert/Klein 2006: 298).

¹⁶² Vgl. hierzu Abschnitt 3.2.2, Kolonialismus, Ost-West-Konflikt und beginnende Machtverschiebungen, in dieser Arbeit.

sowie die sicherheitspolitische Voraussetzung eines Sicherheitspartners zu schaffen. Die Kapitalakkumulation, die dem Staat als Machtressource dient, kann unter diesen Umständen nicht vollzogen werden. Darüber hinaus ist es der Regierung weder möglich die Interaktion zwischen den einzelnen Akteursgruppen noch die Rechtssicherheit innerhalb Somalias zu garantieren. Somit dient Somalia den USA nur bedingt als verlässlicher Sicherheitspartner. (Bakonyi 2001: 32f.; Harvey 2003: 89f.) Diese Partnerschaft ist für die USA aber vor allem im Kontext der sich verändernden internationalen Sicherheitslage essentiell. Die US-amerikanische Sicherheitsstrategie zielt daher auf die Aufoktroyierung eines fremden Herrschaftssystems unter Anwendung militärischer Gewalt ab, das zur Absicherung der politischen und militärischen Machtdominanz in Somalia und am Horn von Afrika dient. Darin äußert sich der wahre Charakter des neuen US-Imperialismus.

Die uneingeschränkte Unterstützung der Föderalen Regierung durch die USA zielt darauf ab, den vehementen Widerstand der Al-Shabaab-Miliz in Somalia zu brechen, Al-Qaida zurückzudrängen und die neu gewählte Regierung auf Grundlage staatlicher Souveränität zu stützen. 164 Die US-Regierung verfolgt dabei konsequent ihr idealtypisches Nation-building. 165 Konzept des Dabei ignoriert Washington traditionelle Herrschaftsstrukturen, alternative Staatskonzepte und die Tatsache, dass Konflikte einer Dynamik unterliegen und Konfliktlösungsstrategien dieser Konfliktdynamik angepasst werden müssen. (Ehrhart/Petretto 2012: 187; Esser 1985: 224ff.; Gill 1993: 30; Matthies 2012: 21) Den USA geht es dabei weder um einem eigenständigen somalischen Aussöhnungs- und Friedensprozess, den Schutz der somalischen Bevölkerung noch um eine nachhaltige Konfliktbearbeitungsstrategie. Vielmehr wird ersichtlich, dass die USA ausschließlich die eigene nationale Sicherheit anstreben, die am Horn von Afrika gefährdet ist und daher verteidigt werden muss. Aus diesem Grund wird das somalische Staatskonzept gezielt den neuen außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der US-Regierung angepasst.

¹⁶³ Die globale US-Sicherheitsstrategie hat sich seit den Terroranschlägen grundlegend verändert und ist seitdem im Kontext der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA zu verstehen.

¹⁶⁴ Die Wahl des amtierenden Präsidenten Hassan Sheikh Mohamud am 10. September 2012 sowie die Integration des traditionellen somalischen Clansystems in das neu zusammengesetzte somalische Parlament haben keinesfalls zu einer nachhaltigen Befriedung des Konflikts geführt (Engelhardt 2013: 12f.; Hoehne 2012: 3).

¹⁶⁵ Grundlage des vorherrschenden internationalen Staatensystems ist der Ansatz der Drei-Elemente-Lehre: Staatsgewalt, Staatsterritorium und Staatsvolk (Ehrhart/Petretto 2012: 194). Darüber hinaus sollen sich die staatlichen Elementarfunktionen auf die kapitalistische Produktionweise, das Gewaltmonopol und die Nation konzentrieren (Bakonyi 2001: 29ff.).

In diesem Zusammenhang spielt das Militär und die Ausweitung militärischer Gewalt eine übergeodnete Rolle. Somalia fehlen Strukturen eines disziplinierenden und organisierenden Staatsapparates. Für die USA geht es aber vor allem um Sicherheit am Horn von Afrika. Daher müssen Gesetzes- und Ordnungsprinzipien von außen initiiert werden. (Klein/Unger 1989: 398) Um das westliche Staatsverständnis umsetzen zu können, bedient sich die US-Regierung des Militärs, da das Militär sowohl das amerikanische Demokratieverständnis als auch die imperialistische US-Außenpolitik am effizientesten umsetzen kann (Klein/Unger 1989: 399). Darüber hinaus haben die USA ein großes Interesse an der Sicherheit der Handelsrouten. Durch die militärische Ausbildung und Unterstützung der äthiopischen und kenianischen Streitkräfte unterstützt die US-Regierung diese Staaten beim Aufbau eines Sicherheitsapparats, der in der Lage ist, für die USA stellvertretend Kriege am Horn von Afrika zu führen. Sowohl in Somalia als auch in Äthiopien und Kenia dient die Terrorismusbekämpfung daher auch der US-Machtausweitung und -konsolidierung. Das zentrale Motiv ist die weitere Expansion der global agierenden amerikanischen Ordnungspolitik. Dabei geht die

[...] These vom Militär als besonders geeignetem Träger des sozialen Wandels [...] davon aus, daß [sic!] das Militär in Entwicklungsgesellschaften vielfach die modernste, bestorganisierte Institution sei, die sich ständig am technologischen Fortschritt orientieren und die eigene Leistungsfähigkeit mit der der Armeen in Nachbarländern vergleichen müsse, weswegen das Militär sich der Rückständigkeit des eigenen Landes besonders bewußt [sic!] sei. Hieraus wurde abgeleitet, daß [sic!] das Militär in der Lage sein müßte [sic!] seine Orientierung am technologischen Fortschritt und seine spezifischen Fähigkeiten auf den zivilen Bereich zu übertragen und zugleich eine der Entwicklung förderliche stabile Ordnung zu errichten. (Büttner 1989: 328)

Dem uneingeschränkten Machtanspruch der USA steht der internationale Terrorismus gegenüber. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden von Al-Qaida ausschließlich politische und islamistische Forderungen erhoben. Die USA sollten ihre Militärpräsenz in den islamischen Staaten, vor allem in Saudi-Arabien und der Golfregion, unverzüglich beenden und die Kontrolle der Energieressourcen der lokalen Bevölkerung, den Muslimen, überlassen. Zudem wurde der Kampf gegen Israel und die Herrschaft Palästinas ausgerufen, die politische Transformation islamischer Staaten an den Grundsätzen der Scharia propagiert und die Zurückdrängung westlicher Werte und Verhaltensmuster in den islamischen Gesellschaften und der Wirtschaft gefordert. (Ibrahim 2007: 285) Die USA sahen die Terroranschläge als Kriegserklärung und initiierten eine breite Koalition gegen den Terror, der sich zahlreiche Regierungen Afrikas, Asiens und Europas anschlossen. Selbst China, Iran und Russland zeigten sich kooperationbereit. (ebd.:

286f.) Was dann folgte entspricht dem Selbstverständnis einer Imperialmacht. ¹⁶⁶ Es kam zur Radikalisierung des Militärischen.

Die klassische, militärisch gestützte Interventions- und Machtpolitik der USA verdeutlicht vor allem die Entgrenzung militärischer Gewalt. Der von den USA militärisch unterstützte Einmarsch Äthiopiens in Somalia 2006 stellt unter Beweis, dass Washington noch immer an der Strategie festhält, Frieden mit militärischer Gewalt schaffen zu wollen (Czempiel 2002: 6; Ehrhart/Petretto 2012: 191). Der politische Islam wird in erster Linie als "[...] eine sicherheitspolitische und terroristische Bedrohung [...] denn eine friedenspolitische Chance für die Somali [...]" (Matthies 2012: 21) gesehen. Die politischen MachthaberInnen in den USA nehmen billigend in Kauf, dass der militärisch gestützte Liberalismus die innersomalische Entwicklung direkt und indirekt beeinflusst. Die beabsichtigten Folgen und unerwünschten Nebenfolgen werden dabei als Kollateralschäden in Kauf genommen. Die von den USA und der internationalen Gemeinschaft unterstützte Zentralregierung mit konventionellen staatlichen Strukturen folgt dabei jener Vision eines somalischen Staates, "[...] die die Logik der Klientelpolitik erfüllt, mit umfangreicher ausländischer Hilfe, um die Kosten einer großen Armee, eines großen Beamtenapparats und eines entsprechenden Budgets zu decken." (Menkhaus 2008: 52).

Dieser maximalistische Staat ist das Modell, das die heutige Generation somalischer Politiker unter Siad Barre zu schätzen gelernt hat: der Staat als Auffangbecken für Auslandshilfe, Darlehen und Zolleinnahmen, an denen sich gut positionierte Politiker bereichern können. [...]. (Menkhaus 2008: 52)

Für Stabilität sorgen in erster Linie die mehr als 17.000 SoldatInnen der African Union Mission in Somalia. Die AMISOM kann die Gewaltspirale allerdings nicht reduzieren, sondern trägt zu deren Intensivierung bei. (Engelhardt 2013: 12f.; Hoehne 2012: 3) Mit der Stärkung des Gewaltmonopols zielen die US-Regierung, das Militär und die United States Agency for International Development (USAID) auf die kurzfristige Effektivität und Legitimität anstatt langfristige Entwicklung staatlicher Strukturen ab (World Bank 2006: 9, 12). Dabei schließt das aufoktroyierte Konzept von Staatlichkeit die somalische Zivilbevölkerung kategorisch von dem Prozess der Entwicklung von Friedensund Zukunftsperspektiven aus, obwohl sie den politischen und sozioökonomischen Konflikt in Zukunft austragen muss (Ehrhart/Petretto 2012: 194). Das widerspricht dem Selbstbestimmungsprinzip des propagierten klassischen Liberalismus. Die SomalierInnen

Arbeit.

94

Vgl. hierzu Abschnitt 2.3.3, Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Bedeutung, in dieser

fühlen sich betrogen und sind mehr denn je gespalten, wenn es um die Zukunft des somalischen Staates geht. Der Staatsprozess wird von außen stark beeinflusst, fördert die Klientelpolitik, intensiviert die Hierarchisierung der Gesellschaft und dadurch die Konfliktlage, da das Staatsmodell als Fremdherrschaft empfunden wird.

Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob externer "Staatsaufbau" im somalischen Kontext überhaupt sinnvoll ist und nicht erst ein Prozess des Interessenausgleichs in Gang kommen muss, der ganz am Ende die diversen Formen von Governance auf Grundlage von Beschlüssen der Somali selbst zu einer neuen Form des politischen Sytems zusammenführt. Was gegenwärtig vor allem fehlt, ist die kooperative Erarbeitung einer solchen Vision zur künftigen politischen Gestaltung Somalias. (Ehrhart/Petretto 2012: 195, Hervorhebung im Original)

Im Zuge des Krieges gegen den Terror orientiert sich die US-Regierung darüber hinaus an einer Sicherheitsstrategie, mit der Kriegsunternehmer, Milizenführer und Warlords zu lasten der nicht bewaffneten Zivilbevölkerung finanziell, militärisch und strategisch unterstützt werden. Vorrangiges Ziel ist die Zerschlagung der Al-Shabaab-Miliz in Somalia und die Zurückdrängung der voranschreitenden Islamisierung am Horn von Afrika. Darin äußert sich die weitere Militarisierung der somalischen Gesellschaft und Entgrenzung militärischer Gewalt. (Brock 1989: 21; Matthies 2012: 21) Eine der wesentlichen Konfliktursachen ist in Somalia der nach wie vor sehr begrenzte Zugang zu Ressourcen, wobei der entscheidende Grund des begrenzten Ressourcenzugangs die fragile Staatlichkeit als Folge militärischer Gewalt ist. Aufgrund der chronischen Fehlernährung, materiellen Unterversorgung und deren Folgewirkungen haben sich ganze Kriegsökonomien herausgebildet. (Lock 2007: 94ff.; Menkhaus 2008: 36f.) Diese kriegsökonomisch geprägten Lebensräume sind in den Fokus der internationalen Terrororismusbekämpfung gerückt und werden als Operationsräume und Rückzugsorte für radikal-islamistische Terrornetzwerke betrachtet. Sie liegen außerhalb der staatlichen Ordnungsmacht, entwickeln eigene Herrschaftsstrukturen und sind weitestgehend resistent gegenüber äußerer Beinflussung und Kontrolle. Innerhalb der Kriegsökonomien intensivieren sich die Kämpfe um begrenzte Ressourcen und die Aufrechterhaltung des Status quo. Die damit verbundenen Kriegsbelastungen¹⁶⁷ verhindern eine dauerhafte und friedliche Konfliktbearbeitung. 168 (Lock 2007: 94ff.)

¹⁶⁷ Die Kriegsbelastungen äußern sich vordergründig in Misshandlungen, Folter, systematischen Terror, Mord, Geiselnahmen und neuen Kriegsführungsstrategien wie der Low Intensity Warfare (Brock 1989: 21).

¹⁶⁸ Konflikte transformieren sich zu Bürgerkriegen, da marginaliserte Bevölkerungsgruppen versuchen, ihren begrenzten Ressourcenzugang zu kompensieren. Diese Betrachtungsweise trifft vor allem für Milizenangehörige in Somalia zu. Während des Widerstandes gegen das Barre-Regime rekrutierten zahlreiche Clanchefs einzelne Milizengruppen, die nicht entlohnt wurden, sondern ihren Lebensunterhalt durch Diebstahl, Entführungen, Erpressungen und Plünderungen verdienten. Zahlreiche Milizen sahen in der

Somalia bewegt sich daher in einem kriminellen Milieu. Steuern, die der Reproduktion des Staates dienen, werden nicht gezahlt. Rechtsstaatlichkeit ist aufgrund der latenten Gewaltverhältnisse unmöglich. Eine adäquate Ressourcenverteilung findet nicht statt. (Lock 2007: 103ff.) Die kriminellen Akteure sind Kriegsunternehmer, Milizenführer, Söldner und Warlords. Sie profitieren von der Gesetzlosigkeit und setzen ihre persönlichen wirtschaftlichen Interessen mit allen Mitteln durch. (Becker/Hödl/Steyrer 2007: 33; Menkhaus 2008: 36f.) Die Fortsetzung des Konflikts ermöglicht den beteiligten Akteuren hohe Erträge aus den von ihnen kontrollierten Handelsverbindungen zu ziehen (Becker/Hödl/Steyrer 2007: 33). Das übergeordnete Ziel der beteiligten Akteursgruppen besteht darin, den Zustand permanenter Instabilität aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, voranzutreiben (Menkhaus 2008: 37f.). 169

In dem heutigen weltwirtschaftlichen Umfeld, dessen [...] dynamischsten Teil die Schattenglobalisierung ausmacht, ist es auch für nicht-staatliche Akteure in bewaffneten Konflikten als Anbieter von [...] geraubten Waren und Dienstleistungen, als Erpresser von illegalen Steuern oder als Anbieter krimineller Dienstleistungen möglich, einerseits die notwendigen Devisen zu erwirtschaften, um auf den internationalen Schwarzmärkten die Versorgung mit dem benötigten Kriegsgerät sicherzustellen, und andererseits auch die individuelle Bereicherung der Führungsclique auf Auslandskonten zu ermöglichen. (Lock 2007: 104)

Genährt wird die Kriegsökonomie vor allem durch die intensive Nachfrage nach materiellen Gütern. Gewinne werden mit Drogenschmuggel, dem Verkauf von Handfeuerwaffen, Menschenhandel und Zwangsarbeit erzielt. (Menkhaus 2008: 37ff.)¹⁷⁰ Durch die selektive Strategie der Bevorteilung und Instrumentalisierung bestimmter Akteursgruppen provozieren die USA steigende Rivalitäten sowohl unter den bewaffneten

Kriminalität die einzige Möglichkeit sich und ihre Familien zu ernähren. Nach dem Sturz Siad Barres, dem dadurch eingeleiteten Staatszerfall und der Ausbreitung rechtsfreier Räume haben sich diese Strukturen verfestigt. Aufgrund des weiterhin bestehenden Verlangens nach Kriegsbeute, der daraus resultierenden Ausdehnung der Plünderungen in ländliche Gebiete und dem schließlich eskalierenden Konflikt um Macht und Ressourcen, kam es 1991/92 zu Gewalteskalationen, einer Hungersnot und der darauffolgenden UN-Intervention. (Menkhaus 2008: 37)

lég Dabei muss zwischen jenen Akteuren unterschieden werden, die sich von ihrem ursprünglichen Ziel entfernt haben und denen, die sich von vorherein bereichern wollen (Becker/Hödl/Steyrer 2007: 33). Darüber hinaus gibt es politische Akteure und gesellschaftliche Gruppen, die sowohl nationale Aussöhnungs- und Friedensgespräche, die erstarkende Übergangsregierung als auch gezielte Maßnahmen des Staatsaufbaus nachhaltig sabotieren, aus Angst "[...] in einer normalisierten politischen Umgebung marginalisiert oder sogar in Haft genommen zu werden [...]." (Menkhaus 2008: 37). In diesem Zusammenhang ist die Rede von dem theoretischen Konzept des Spoiler Problems, das auf die Sabotage politischer Prozesse abzielt (Menkhaus 2008: 37).

¹⁷⁰ "Ab Mitte 1991waren die meisten Miliz- und Geschäftsaktivitäten darauf ausgerichtet, von den internationalen Hilfsaktionen zu profitieren. Das beinhaltete [die] systematische Umleitung von Nahrungsmitteln, um diese auf den regionalen Märkten zu verkaufen, die Kontrolle der wichtigsten Häfen, Landepisten und Straßenkorridore, wo man Zölle auf Hilfsgüter erheben konnte, und die Monopolisierung von Transport, Sicherheit, Wohnungen, Geldwechsel und anderen Dienstleistungen, auf die die wachsende Zahl internationaler Hilfsagenturen angewiesen war [...]." (Menkhaus 2008: 38).

Akteuren als auch der Zivilbevölkerung. In weiterer Folge kommt es zu immer wiederkehrenden militärischen Gewalteskalationen. (Menkhaus 2007: 368; 2008: 36f.) Dabei verdeutlichen die USA, dass politische Ziele und deren Strategien nicht unabhängig von materiellen Interessen betrachtet werden können. Krieg, Politik und Ökonomie sind unzertrennlich miteinander verbunden. (Becker/Hödl/Steyrer 2007: 33)

3.3.4.2 Akkumulation, Enteignung, Zwang: Zur Privatisierung militärischer Gewalt

Der militärisch gestützte US-Imperialismus und die umfassende Strategie des Einsatzes der amerikanischen Militärmacht muss darüber hinaus im Kontext der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und der damit einhergehenden relativen ökonomischen Stagnation der USA betrachtet werden. Das übergeordnete Ziel der USA besteht darin, die amerikanische Weltordnung durch die Integration weiterer Länder in internationale Institutionen, Handelsabkommen sowie das kapitalistische System zu stärken und auszudehnen. Militärinterventionen und militärische Gewalt können vor dem Hintergrund der fortgesetzten Etablierung politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeitsstrukturen und dem Ausbau der amerikanischen Machtdominanz in Somalia verstanden werden (Deppe 2008: 23; Heinrich 2003: 279, 293f.). Die von den USA vorangetriebenen Militärinterventionen eröffnen den uneingeschränkten Zugang zu Somalias Kapital- und Warenmärkte, die Verbreitung kapitalistischer Produktions- und Austauschbeziehungen¹⁷¹ und die Möglichkeit der Bearbeitung der kapitalistischen Überakkumulationskrise in den USA (Harvey 1982: 156ff.; 2003: 29ff.; Klein/Unger 1989: 397).

In diesem Zusammenhang spielt der US-amerikanische Staat mit Gewaltmonopol eine übergeordnete Rolle. Dieser gewährleistet nicht mehr nur die institutionellen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kapitalverwertung. Vielmehr betreibt er eine aktive Wirtschaftspolitik und leitet ständig neue Phasen kapitalistischer Entwicklung ein, um die Zurückgewinnung investierten Kapitals und die erfolgreiche Akkumulation durch Enteignung gewährleisten zu können. (Harvey 2003: 44ff., 89f.; Heinrich 2003: 295; Henning 2006: 49, 55; Kocka 2011 [1974]: 19ff.; ten Brink 2008: 233ff.; Winkler 2011 [1974]: 9ff.) Die in Somalia vorangetriebene Kapitalakkumulation dient dem US-Staat,

¹⁷¹ Mit der Verbreitung kapitalistischer Produktions- und Austauschbeziehungen wird zudem die industrielle Massenfertigung und –konsumtion etabliert.

¹⁷² Weiterführende Literatur: u.a. Walt W. Rostow 1960, *The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto*.

aufgrund des für das Kapital profitabel gemachten Wirtschaftsstandortes, als Machtressource und somit der Absicherung und Ausweitung von Macht am Horn von Afrika. Die Akkumulation durch Enteignung kann daher als jenes zentrales Hauptinstrument der USA verstanden werden, das Somalia nicht nur das politische Herrschaftssystem, sondern auch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufzwingt. Die Voraussetzung dafür ist die uneingeschränkte Öffnung Somalias für den kapitalistischen Weltmarkt. Allerdings führt der Expansionsdrang, aufgrund der systemimmanenten Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems, immer wieder zu neuen Krisenphänomenen. Die USA versuchen die ökonomische Krisenanfälligkeit des Kapitalismus daher durch weitere Ausbeutung- und Expansionsbestrebungen zu kompensieren. Das wiederum intensiviert die geopolitische Konkurrenz um Macht und Kontrolle, die weitere Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse sowie die nachhaltige Destabilisierung Somalias und seiner Nachbarstaaten. Dadurch werden zwei Tendenzen deutlich: Die Unfähigkeit der USA die fortdauernde chronische Überakkumulation zu lösen und die steigende Tendenz vom Konsens zum Zwang.

Die in Somalia voranschreitende Militarisierung der Politik vollzieht sich in diesem Zusammenhang zeitgleich mit der Militarisierung der US-Außenpolitik. Dabei gibt die Tatsache, dass heute sehr viele private Militärdienstleistungen von großen Rüstungsunternehmen in Auftrag gegeben werden, deren Rüstungswirtschaft wiederum entscheidend von staatlichen Aufträgen abhängt, entscheidenden Aufschluss über die komplexen Beziehungen zwischen Konzern- und Staatsinteressen. Die staatlichen Sicherheitskompetenzen werden ausgelagert und privaten Rüstungs-, Sicherheits- und übertragen. Überwachungsunternehmen Die Konsequenz ist eine Privatisierung militärischer Gewalt. Allerdings bleiben die wichtigsten militärischen Aufgabenbereiche von der Privatisierung ausgenommen, sodass der Staat nach wie vor eine uneingeschränkt gestaltende Rolle einnimmt. (Henning 2006: 125ff.; Virchow 2008: 225ff.)

Die fortgesetzte Hochrüstung der USA zielt auf die Schaffung eines absolut effektiven nationalen Sicherheitsapparates ab, der in der Lage ist, die Strategie präventiver Militärinterventionen dauerhaft und unbefristet umzusetzen. Durch gezielte Eingriffe in das Wirtschaftssystem versuchen die USA ihre Unternehmen zu schützen, deren Kapitalakkumulation zu gewährleisten und einen effizienten, profitablen und schlagkräftigen Absatzmarkt strategischer Kriegsführung zu schaffen. (Lock 2007: 96ff.) Militärinterventionen in Somalia und Stellvertreterkriege am Horn von Afrika sowie dem

Nahen Osten schaffen diesen Absatzmarkt. Diesbezüglich wird deutlich, dass die Eskalation und Moderation des Krieges in Somalia auf physischer Gewalt, militärischer Stärke und einer permanenten Gewaltintensivierung beruht und die sozialen und wirtschaftlichen Probleme nicht mehr politisch, sondern bevorzugt militärisch gelöst werden. Der Krieg entpuppt sich als Extremform des Zwangs. (Becker/Hödl/Steyrer 2007: 31; Harvey 2003: 180ff.; Henning 2006: 50; Münkler 2007: 67) Somalia stellt hier keinen Einzelfall dar.

Bei der Analyse militärischer Gewalt als Durchsetzungsinstrument der US-Außenpolitik in Somalia müssen daher auch verdeckte und im Geheimen operierende Gewaltakteure miteinbezogen werden, die die Interessen der US-Regierung inoffiziell durchsetzen. Der Fokus liegt hierbei auf Spezialeinheiten¹⁷⁴ und privaten Militär- und Sicherheitsfirmen,¹⁷⁵ die im Rahmen des sich globalisierenden Krieges gegen den internationalen Terrorismus zunehmend an Bedeutung gewinnen. (Lock 2007: 100)¹⁷⁶ Die im Vorfeld dargestellte somalische Kriegsökonomie fungiert hierbei als Markt innerhalb eines kriminellen Milieus. Dabei wird offensichtlich, dass Kriegsökonomien die Voraussetzung kriegerischer Gewalt bieten. Aufgrund der vorherrschenden Gesetzlosigkeit geraten Kriegsökonomien in den Fokus der globalen Terrorismusbekämpfung. Die Produktion und Verbreitung von Waffen und Waffensystemen fördert daher die Entstehung rechtsfreier Räume, erhöht die Zahl gewaltintensiver Konflikte sowie asymmetrischer Kriege und bietet terroristischen Organisationen geeignete Angriffsflächen und logistische Rückzugsorte. In weiterer Folge entsteht, aufgrund der zunehmenden Unsicherheit und der

73

¹⁷³ In der Tradition orientalistischer Argumentationsmuster wird die zunehmende Militarisierung der Peripherie dadurch legitimiert, dass bestimmte Abstammungs- und Gesellschaftsgruppen von innen heraus nicht entwicklungs- und demokratiefähig sind. Stabilität kann daher nur von außen über die Militarisierung der Politik vermittelt werden. (Menzel 1992: 209ff.; Said 2003: 31ff.)

¹⁷⁴ Special Operation Forces (SOF) bilden das operative Bindeglied zwischen der strategischen Expansion verdeckter amerikanischer Regierungshandlungen und dem Einsatz außerhalb international geltender Rechtsnormen. Dabei hängt die von den Spezialeinheiten ausgeübte militärische Gewalt von der Bereitstellung der erforderlichen ökonomischen Ressourcen und der Kontrolle bestimmter Territorien wie Flughäfen, Häfen und Militärbasen ab. (Lock 2007: 103f.)

¹⁷⁵ Grundsätzlich müssen wir zwischen Private Military Companies (PMC) und Private Security Companies (PSC) unterscheiden. Dabei konzentrieren sich PSCs auf passive Schutzleistungen in gefährlichen und konfliktbeladenen Gebieten, Häfen oder auf Schiffen. PMCs stützen sich auf militärische Trainings und aktive Kampfeinsätze, die direkt auf Armeen zugeschnitten sind. (Hansen/Wilmann 2012: 39) In einigen Fällen sind die jeweiligen Aufgabenbereiche nicht eindeutig voneinander zu trennen, deshalb wird im Kontext dieser Arbeit von PMSCs im allgemeinen gesprochen.

¹⁷⁶ Besonders der Sicherheit des Individuums kommt seit 9/11 eine erhöhte Bedeutung zu. Mit dem gleichzeitigen Auftreten des Paradigmas des Neoliberalismus ist ein signifikanter Rückzug des Staates und die Auslagerung staatlicher Kompetenzen an privatwirtschaftliche AkteurInnen, PMSCs, zu verzeichnen. (Feichtinger 2008: 14) Neben der Transformation des Erscheinungsbildes, der Erscheinungsform sowie der Motive und Strategien ist die Vervielfachung des Akteursspektrums auffällig.

nur sehr schwach ausgeprägten staatlichen Strukturen in Somalia, die Nachfrage nach mehr Sicherheit in Form privater Militär- und Sicherheitsdienstleister.

Private Militär- und Sicherheitsfirmen stellen in diesem Zusammenhang ein eindeutiges Indiz für die fortschreitende Ökonomisierung militärischer Gewalt in Somalia dar. Tatsächlich ist die Konjunktur von PMSCs nicht mehr nur ein staatlich gefördertes Mittel zur Durchsetzung politökonomischer und geostrategischer Interessen, sondern beruht maßgeblich auf privater Nachfrage. Tür transnationale Wirtschaftunternehmen eröffnen sich daher lukrative Investitions- und Geschäftsmöglichkeiten, den Mangel an staatlicher Sicherheitsgarantie mit PMSCs zu kompensieren. Privatwirtschaftliche BefürworterInnen betonen dabei stets, dass die finanziellen Mittel für die Verpflichtung privater Militär- und Sicherheitsfirmen aus Sicht der Auftraggeber gerechtfertigt sind, da Geiselnahmen, Schutzgelderpressungen oder Mordanschläge unter der Obhut professionell ausgebildeter Sicherheitskräfte auf ein kalkulierbares Mindestrisiko reduziert werden können. (Silverstein 2000: 158ff.) In diesem Zusammenhang sind PMSCs als Mittel zur Erneuerung staatlicher Souveränität und Erweiterung staatlicher Handlungsspielräume zu verstehen. Doch das Gegenteil ist der Fall.

In dem Maße, in dem sich eine Volkswirtschaft der Erschöpfung nähert, wird die Eskalation der verschiedensten Formen privater Gewaltanwendung zum regulativen Ausgangspunkt neuer gesellschaftlicher Organisierung. Mit dem Verlust des staatlichen Kommandos werden die in den fragilen Staaten sowieso bestehenden "gewaltoffenen Räume" in "Gewaltmärkte" [...] verwandelt. (Bakonyi 2001: 46, Hervorhebung im Original)

Dabei wird deutlich, dass sich die öffentliche Sicherheit in Somalia zunehmend zu einer privatwirtschaftlichen Dienstleistung transformiert und sich dadurch die gesellschaftliche Segmentierung der Bevölkerung intensiviert, da sich nur wenige diese

Private Militär- und Sicherheitsdienstleister handeln im Auftrag von Organisationen, Privatakteuren, Regierungen oder Unternehmen und sollen zur einer nachhaltigen Stabilisierung von Krisenregionen beitragen. Dabei beteiligen sich PMSCs nicht ausschließlich an Kampfhandlungen. Ihr Betätigungsfeld liegt sowohl in der Beratung militärischer Strategien, Ausarbeitung taktischer Einsatzpläne, logistischen Unterstützung als auch der Rekrutierungs-, Aufklärungs- und Lagebeurteilungsarbeit. Darüber hinaus agieren private Militär- und Sicherheitsfirmen im Bereich des Objekt- und Personenschutzes, der Aufarbeitung und Auswertung militärisch relevanter Luftbildaufnahmen, im Bereich der Gefangenenverhöre sowie der verdeckten Zusammenarbeit mit Drogenbaronen und Warlords. (Hirsch 2004: 45ff; Lock 2007: 100; Virchow 2008: 226ff.) Dabei werden die eng miteinander verflochtenen und teilweise identischen außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen der Auftraggeber und der PMSCs deutlich (Schaller 2008: 94f.).

¹⁷⁸ Ausgangspunkt dieser Hypothese ist, dass private Militär- und Sicherheitsdienstleister als Ausdruck einer fortschreitenden Privatisierung im neoliberalen Sinn verstanden werden können, aber zugleich als Mittel zur Erneuerung staatlicher Souveränität und Erweiterung staatlicher Handlungsspielräume zu verstehen sind. Dem kann zugestimmt werden. Dass sie jedoch zu einer dauerhaften Stabilisierung krisenbehafteter Regionen beitragen, ist mehr als zweifelhaft, nicht zuletzt weil die dem PMSCs zugrundeliegenden Handlungs- und Verhaltensmuster einem rein ökonomischen Nutzenkalkül zugrunde liegen. (Silverstein 2000: 158ff.)

private Sicherheit leisten können. Armut bedeutet in diesem Zusammenhang auch mehr Unsicherheit. (ebd.: 100f.) Privatisierungen, Strukturanpassungen und ökonomische Liberalisierungsprozesse stellen den Staat und seine Funktionsfähigkeit in Frage, führen zur weiteren Fragmentierung staatlicher Gewalt und können als zwanghafte Notwendigkeit zur Kapitalverwertung verstanden werden (Reno 1998: 45f.). Der somalische Staatszerfall wird daher nicht nur politisch von den verschiedenen Akteursgruppen, sondern auch wirtschaftlich von den kapitalistischen Weltmarktbedingungen beeinflusst. Dabei wird deutlich, dass der kapitalistische Formierungsprozess Somalias bislang gescheitert ist und sich bisher nur ein Markt durchsetzen konnte: die Kriegsökonomie als profitabler Gewaltmarkt. (Bakonyi 2001: 46f)

Kompensatorisch zum weltweiten Imperativ der Reduktion von Staatstätigkeit als Folge der herrschenden Regulationsdoktrin hat sich die private Sicherheitsindustrie zu einer Boombranche entwickelt, die selbst ständig politisch mit dem Ziel agiert, ihre Märkte auszudehnen, indem sie Kriminalitätsängste schürt. [...] Dieser Rückzug des Staates schafft Operationsräume für kriminelle territoriale Gewaltmonopolisten und befördert so die Schaffung von Räumen, in denen sich die Schattenökonomie dynamisch entwickelt und ihre eigenen institutionellen Strukturen schafft, für die regulative Gewalt häufig prägend ist. (Lock 2007: 101)

3.3.4.3 Zusammenhänge zwischen Neuem US-Imperialismus und den expansiven Rüstungsbestrebungen der USA

Innerhalb der US-amerikanischen Führungselite hat sich schon sehr früh die Erkenntnis durchgesetzt, dass diplomatische Beziehungen und internationale Politik nur in Verbindung mit Macht und militärischer Gewalt zielführend sind. Die Position der USA im Weltsystem als militärisch und wirtschaftlich dominierende Supermacht kann demnach nur mit einem schlagkräftigen Militär gefestigt und ausgebaut werden. Die asymmetrische Überlegenheit, die die USA heute besitzen, ist deshalb nicht auf den völligen Zusammenbruch der Sowjetunion zurückzuführen, sondern auf der effizienten und Nutzung und Weiterentwicklung bestehender dauerhaften mikroelektronischer Waffentechnologien (Münkler 2007: 64f.). Allerdings bedeutet ein waffentechnologischer Vorsprung auch, dass er durch entsprechende Anstrengungen anderer Konfliktparteien eingeholt werden kann, was wiederum eine Gleichgewichtssituation zur Folge hätte (ebd.). Auch wenn kein Land und keine Länderguppe die dominante Machtposition der USA in Frage stellen kann, setzen die USA alles daran, das momentane Kräfteverhältnis nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern kontinuierlich auszubauen. Dem liegt eine imperiale Logik zugrunde.

Ist bei asymmetrischen Ordnungen *Rationalität* [...] die knappe Ressource des Systems, so ist bei symmetrischen Ordnungen die knappe Ressource *Vertrauen*, das in hohem Maße zwischen den einzelnen Mächten vorhanden sein muss und nicht durch institutionelle Arrangements ersetzt werden kann. Kriege sind in beiden Fällen Ordnungsstörungen, die aus einem Mangel an der entscheidenden Ressource der jeweiligen Ordnung resultieren. (Münkler 2007: 67, Hervorhebung im Original)

Der US-amerikanische Politikberater und neokonservative Intellektuelle Robert Kagan begründet die imperiale Logik der USA damit, dass die Machtpositionen der USA und Europas innerhalb des Weltsystems durch ihre militärischen Kräfteverhältnisse vorherbestimmt sind. Das Machtgefälle zwischen Europa und den USA verdeutlicht daher zwei Tendenzen: Erstens, sind die USA militärisch stärker, weil sie die unterschiedlichen globalen Bedrohungsszenarien differenzierter wahrnehmen und zweitens, haben die USA diese globalen Bedrohungen überhaupt erst erkannt, weil sie die militärischen Möglichkeiten zur Beseitigung dieser besitzen. (Kagan 2007: 3ff., 34ff.) Dadurch würden die USA globale Bedrohungsszenarien wie den internationalen Terrorismus, die Verbreitung Massenvernichtungswaffen und die von Existenz sogenannter "Schurkenstaaten" anders bewerten als Europa. Die EU, die Armut, ethnische Konflikte, Migration, organisierte Kriminalität und Umweltzerstörung mit politischem Engagement, finanziellen Mitteln und ohne militärische Gewalt lösen will, erkennt die globalen Bedrohungen des Weltfriedens nicht. Aus diesem Grund lösen die USA schwerwiegende Konflikte militärisch. (Kagan 2007: 3ff., 34ff.) Die Grundlage für diese Entwicklung schuf die USA während der Systemkonfrontation selbst.

In der Nachkriegsordnung standen sich Liberalismus (freiheitliche Demokratie) und Kommunismus (kommunistische Diktatur) gegenüber. Dabei verfolgten die USA zwei übergeordnete Ziele: Erstens, sollte eine auf Freihandel basierende globalisierte Weltwirtschaftsordnung verbreitet und zweitens, die politische Machtkonsolidierung militärisch abgesichert werden. Für Herfried Münkler, der die USA als imperiale Macht bezeichnet, stellt militärische Macht die materielle Voraussetzung für internationale Politik dar. Er argumentiert, dass sich die USA von üblichen Nationalstaaten unterscheidet. Nationalstaaten erkennen andere Nationalstaaten in einer Staatenwelt gleichberechtigt an. Imperiale Mächte erkennen sich nicht an, selbst wenn sie friedlich nebeneinander existieren, da die Welt nur durch ein Zentrum geordnet werden kann. (Münkler 2005: 41ff.; 79ff.) Imperiale Mächte handeln daher grundsätzlich unilateral, Nationalstaaten verfolgen

größtenteils multilaterale Lösungsstrategien. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die realistische Perspektive der internationalen Politik, die jegliche Beziehungen innerhalb des internationalen Systems als Gewaltbeziehungen in einer von Staaten dominierten Umwelt betrachtet. Macht, Machtkonsolidierung und Machtexpansion stellen in diesem System die zentralen Motive dar (Risse-Kappen 1995: 11). Eine wachsende Kooperationsbereitschaft ist nicht möglich. Militärallianzen erweisen sich nur dann als rationale Lösungsstrategien, wenn sie der Abwehr gemeinsamer Feinde und der Gewährleistung nationaler Sicherheit dienen. 179 Für die USA führten die auf Konkurrenz und Misstrauen basierenden Bedrohungswahrnehmungen während des Ost-West-Konflikts zwanghaften Verteidigungsmaßnahmen und der Anhäufung militärischer Machtressourcen. (Risse-Kappen 1995: 11) Zudem muss die enge Symbiose zwischen der Rüstungsindustrie und dem Staat im Kontext des kapitalistischen Systems betrachtet werden.

In den USA entwickelte sich sowohl die Rüstungsproduktion zu einer zentralen Industriebranche als auch die Rüstungspolitik zu einem zentralen Mittel der Industriepolitik. Die zunehmende Rolle der Rüstungsindustrie gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Produktion veränderte die vorherrschenden Akkumulations- und Regulationbedingungen. Die produktive Akkumulation vollzog sich in den USA vor allem über die Rüstungsindustrie. (Becker/Hödl/Steyrer 2007: 22) Mit dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Lagers fiel eine zentrale Legitimationsgrundlage der militärischen Hochrüstung weg. Das Ende des Ost-West-Konflikts offenbarte die militärische Machtdominanz der USA. Allerdings verschob sich mit dem steigenden Gefahrenpotential im Nahen und Mittleren Osten lediglich die Perspektive. Die USA erkannten, dass sie ihren Einflussbereich im Nahen und Mittleren Osten sowie Zentralasien militärisch ausweiten mussten, um ihre uneingeschränkte Machtposition im internationalen System zu bekräftigen (Henning 2006: 145f.). ¹⁸⁰ Diese Strategie ist im Kontext des immer schwächer werdenden politischen Einflusses der USA im Nahen und Mittleren Osten zu verstehen.

¹⁷⁹ Vgl. hierzu Abschnitt 1.3, Realismus, Liberalismus und Institutionalismus im Kontext imperialistischer Politik, in dieser Arbeit.

¹⁸⁰ Mit dem Ende der Systemkonfrontation zerbrachen auch die zahlreichen Koalitionen zwischen Islamismus und US-Imperialismus, mit denen die USA ihre Interessen gegenüber der Sowjetunion während des Ost-West-Konflikts durchsetzten. Nach dem Ersten Irakkrieg bzw. Zweiten Golfkrieg 1990 bis 1991 und dem damit unmittelbar in Verbindung stehenden Hegemonieverlust der USA im Nahen Osten, stieg das Gefahrenpotential durch den aufstrebenden Islamismus. Die USA befürchteten nicht nur die Islamisierung über den Nahen Osten hinaus, sondern vor allem die Expansion des entterritorialisierten und globalen

Bis in die 1970er Jahre wuchs der Einfluss der USA im Nahen Osten kontinuierlich. Mit der Krise des kapitalistischen Weltsystems Anfang der 1970er Jahre veränderte sich auch die weltpolitische Vormachtstellung der USA. 181 "Der Sturz des Schah-Regimes 1979 im Iran, die gescheiterte Libanon-Intervention 1983 und die Intifada der Palestinenser 1987 [...]" (Henning 2006: 145) offenbarten erste Anzeichen eines Machtverlusts. ¹⁸² Vor diesem Hintergrund gewann der in den frühen 1980er Jahren vorangetriebene Neoliberalismus als Steuerungs- und Regulationssystem der Ökonomie an Bedeutung. Mit der Deregulierung und Befreiung der Märkte vollzog sich eine weitgehende Privatisierung staatlicher Kernkompetenzen. Das kollektive Gut Sicherheit transformierte sich zu einem privaten, käuflichen Gut, "[...] bei dessen Vermarktung privat(wirtschaftlich)e Protagonisten eine bedeutende Rolle spielen." (Virchow 2008: 225, Hervorhebung im Original). Von zentraler Bedeutung ist die Verschiebung des Verhältnisses von Staat und Markt, die Verschiebung des Gleichgewichts globaler Rüstungsausgaben von den kapitalistischen Industriestaaten hin zu den Ländern des globalen Südens und die Vielzahl militärischer Konflikte, in denen neben dem Militär vor allem private Militär- und Sicherheitsdienstleister notwendig wurden.

Der Einsatz von PMSCs ist zwingend notwendig, da das Militär und andere nationale Polizeieinheiten vor allem im Rahmen des Krieges gegen den Terror an ihre personellen Kapazitäten stoßen. Im Zuge "[...] der als "Revolution in Military Affairs" (RMA) bezeichneten Um- und Aufrüstung vieler Streitkräfte werden mehr Spezialisten benötigt, als in den etablierten Militärstrukturen anzutreffen sind." (Virchow 2008: 226f., Hervorhebung im Original). Der aufgestockte Militärhaushalt im Rahmen der Revolution in Military Affairs verspricht dabei die umfassende Nutzung der technischen Überlegenheit für die zukünftige militärische Kriegsführung der USA (Lock 2007: 98). Private Militärund Sicherheitsfirmen werben daher damit, hochtechnologisches Kriegsmaterial in kürzester Zeit bereitstellen zu können und militärischen Einfluss auch in jenen

Jihadismus. (Henning 2006: 146) Die US-Militärinterventionen in Somalia und am Horn von Afrika bestätigen diesen Eindruck.

¹⁸¹ Vgl. hierzu Abschnitt 2.2.2.2, Widersprüche der Nachkriegsordnung: Die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre, in dieser Arbeit.

¹⁸² In Anbetracht dieser Ereignisse wird deutlich, dass die USA ihre militärische Macht nutzen, um sich ökonomische Vorteile bezüglich des Zugriffs auf entdeckte und vermutete Erdöl- und Erdgasvorkommen zu verschaffen. Neben dem Nahen Osten gewinnen vor allem der Kaukasus und Zentralsien an Bedeutung, da sie wichtige Voraussetzungen für die weltweite Machtausweitung des Neuen US-Imperialismus darstellen (Henning 2006: 146f.) "Der 11. September ermöglichte es den USA unter dem Vorwand des "Kampfes gegen den Terror", in vielen Ländern Zentralsiens eine dauerhafte Militärpräsenz zu festigen." (Henning 2006: 147, Hervorhebung im Original).

Krisengebieten auszuüben, in denen die Entsendung staatlicher Streitkräfte aus politischen Gründen nicht möglich ist. Die Transformation nationaler Sicherheit im Zuge der RMA ist dabei als "[...] zielführendes Instrument amerikanischer Außenpolitik im Sinne eines aggressiven [...] Imperialismus zu interpretieren [...]." (Lock 2007: 98). Dass PMSCs aber nur eine zusätzliche Option militärischer Gewalt für die außenpolitische Macht- ind Interessenspolitik eines Staates darstellen, greift zu kurz (Virchow 2008: 226ff.).

In den 1990er Jahren hat sich ein Strukturwandel vollzogen, der vor allem in der US-Rüstungsindustrie zu einem Bedeutungsgewinn finanzgetriebener Akkumulation geführt hat. Seitdem investieren Investorengruppen auf der Suche nach neuen Gewinnen verstärkt in die Rüstungsindustrie. Der Rüstungssektor konzentriert sich, in Anbetracht der hohen Renditen, wiederum auf sein Kerngeschäft. In dieser finanzgetriebenen Akkumulation entsteht eine Kombination aus Finanzwelt, Rüstungsindustrie und Staat. (Becker/Hödl/Steyrer 2007: 23) Vor allem die neokonservativen politischen Entscheidungsträger in den USA sahen in der Revolution in Military Affairs und den gleichzeitigen Privatisierungen staatlicher Kernkompetenzen eine effiziente und erfolgsgarantierte Steuerung militärischer Gewalt. Geheime Operationen erhöhen die Zerstörungsgewalt und die permanente interventionistische Gewaltanwendung. Sowohl die RMA, die "[...] die Möglichkeit von Kriegsvermeidungsstrategien durch präventive, auch unsichtbare [...] Eingriffe auf dem Territorium anderer Staaten in Asussicht [...]" (Lock 2007: 99) stellt als auch private Militär- und Sicherheitsdienstleister müssen im Kontext einer marktorientierten Gewinnlogik betrachtet werden, wodurch auch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt eine noch stärkere politische Akzentuierung erhält. 183 Darüber hinaus wird die Exekutive

[...] in ihrem sicherheitspolitischen Handeln von den "Fesseln" der Rechtsstaatlichkeit befreit. Der erklärte "Krieg gegen den Terror" transformiert die amerikanische Sicherheitspolitik von der Kriegführung [sic!] zu weltweiter Kriminalitätsbekämpfung, wobei die Exekutive eine nahezu willkürliche Definitionsmacht darüber hat, was [...] als kriminell zu betrachten ist. (Lock 2007: 99, Hervorhebung im Original)

Um die Machstellung des Militärs sowie privater Militär- und Sicherheitsfirmen und die Einflussmöglichkeit dieser Akteure auf den Sicherheitsdiskurs hervorzuheben, muss auf die Konstruktion zwei gegensätzlicher Dispositionen aufmerksam gemacht werden: Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos (Münkler 2010: 11ff.). Welten der Sicherheit

¹⁸³ Jeder Nationalstaat will vor allem seine eigenen Interessen, sein Kapital und seine Unternehmen schützen, was sich in den steigenden Rivalitäten, intensivierten Militäraufrüstungen und verschärften zwischenstaatlichen Machtkämpfen wiederspiegelt (Henning 2006: 128, 136f.).

basieren auf dem Versprechen einer sicheren Welt und betonen das Risiko und die damit verbundene Unsicherheit. Die vordergründig auf die Herstellung von Sicherheit ausgerichtete Strategie verfolgt daher das übergeordnete Ziel, Barrieren zu bilden, Grenzen zu ziehen und potentielle Gefahren und Risiken durch ihre gänzliche Beseitigung zu beherrschen. Kulturen des Risikos zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich den potentiellen Risiken zwar bewusst sind, aber hinter jeder Gefahr auch eine Chance erkennen und demzufolge die Ungewissheit in Kauf nehmen. Gefahren werden als berechenbar eingestuft und die Handlungen dem Risikopotential daher nur bedingt angepasst. (ebd.)

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 haben die Welten der Sicherheit gegenüber den Kulturen des Risikos an Bedeutung gewonnen. Es hat eine Entpolitisierung und Militarisierung der US-Außenpolitik durch private Militär- und Sicherheitsfirmen stattgefunden und der Sicherheitsbegriff eine völlig neue Bedeutung erlangt. Der Sicherheitsdiskurs legitimierte die politischen Entscheidungsträger zur Aufrüstung des und zur Privatisierung staatlichen Staatsapparats staatlicher Aufgabenbereiche durch niedrige Marktbeschränkungen. Sicherheit bezieht sich seitdem auf soziale Sicherheit, sicheres Erwerbseinkommen oder sichere nicht mehr Zukunftsperspektiven, sondern auf die Schaffung von Sicherheit durch die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. In diesem Zusammenhang hat sich die Rolle des Staates im Verhältnis zu den privatwirtschaftlichen Akteuren grundlegend verändert und somit auch die Sicherheit selbst, da Sicherheit nun partikularen Normen und Profitinteressen zugrunde liegt. (Virchow 2008: 235ff.) Anhand dieser Entwicklungen ist zu erwarten, dass sich die USA aufgrund des sich verändernden Sicherheitsdiskurses und der voranschreitenden globalen Machtverschiebungen zur weiteren militärischen Hochrüstung veranlasst fühlen. Dabei wird sich die offene, von den USA ausgehende, militärische Gewalt in eine versteckte Gewalt transformieren und, neben dem Militär, vor privatwirtschaftlichen Akteuren ausgehen. Schließlich werden sich die USA auch in Zukunft von der politischen Diplomatie entfernen, sich auf externes Nation-building stützen und mit Hilfe der militärischen Gewalt ihre Interessen vorantreiben. Somalia ist ein sehr Beispiel für die katastrophalen gutes Auswirkungen dieser Konfliktbearbeitungsstrategie und des zunehmenden Nord-Süd-Gefälles im Kontext des expandierenden US-Imperialismus.

4 Conclusio

Mit dieser Arbeit wurde der Versuch unternommen, den Charakter des US-Imperialismus darzustellen. Dabei konnte erarbeitet werden, dass Imperialismus als eine auf Machterhalt und Machtdemonstration gerichtete Politik eines Staates zu verstehen ist, die die zielstrebige Machtausweitung und den kulturellen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluss in der Welt forciert. Die imperialistische Expansionsphase ist charakteristisch für die globale Ausdehnung des Handelskapitals und bezieht sich ausschließlich auf die dauerhafte Errichtung wirtschaftlicher Abhängigkeitsstrukturen sowie langfristige Einbindung der noch nicht kapitalisierten Länder in das kapitalistische Weltsystem. Imperialismus ist daher auch als Produkt außenpolitischer Aktionen zu verstehen.

Im Zuge der Industriellen Revolution vollzog sich ein auf alle Lebensbereiche beziehender Strukturwandel. Das Verhältnis zwischen einzelnen Wirtschaftssektoren, menschlicher Arbeitskraft und eingesetztem Kapital veränderte sich radikal. Der Wettbewerb um Macht, Einfluss und die weitere territoriale Inbesitznahme nicht kolonisierter Gebiete beschleunigte die imperiale Ausdehnung und führte im ausgehenden 19. Jahrhundert zu blutigen Machtkämpfen und Expansionskriegen, die zur Unterwerfung und geographischen Aufteilung der beinahe gesamten außereuropäischen Welt führten. Die formelle und informelle Herrschaft über koloniale Territorien avancierte zum Kernelement imperialistischer Politik. Die Kolonialgebiete sicherten die steigende Nachfrage unbearbeiteter Rohstoffe, schufen Absatzmärkte für industriegefertigte Güter, ermöglichten Direktinvestitionen und definierten die absolute Machtposition eines Staates in der Welt.

In diesem Zusammenhang wurden die historischen Erklärungsansätze imperialistischer Expansionspolitik von John Atkinson Hobson und Wladimir Iljitsch Lenin beschrieben. John Atkinson Hobson liefert die erste ökonomisch begründete Kritik imperialistischer Expansionspolitik und stellt schon frühzeitig erste Grundzüge einer globalisierten Welt dar. Hobson behauptet, dass die dem Imperialismus zugrundeliegende koloniale Expansion zwangsläufig zu zwischenstaatlichen Konflikten führen wird und erarbeitet in seiner Argumentation zwei zentrale Erklärungsansätze imperialistischer

Expansionspolitik. Der wirtschaftssoziologische Erklärungsansatz identifiziert dabei verschiedene Interessensgruppen, die unmittelbar von der imperialistischen Expansion profitierten. Der ökonomisch-strukturelle Erklärungsansatz verweist auf die übergeordnete Rolle des im Ausland investierten Kapitals. Hobsons Argumentation bezieht sich sehr stark auf die Unterkonsumtionstheorie, die besagt, dass die in den Industriestaaten kontinuierlich wachsende Arbeitsproduktivität die Konsumkraft der Bevölkerung übersteigt und die daraus resultierende Überproduktion zwangsläufig zur Bildung überschüssigen Kapitals führt. Dieses überschüssige Kapital führt zu Expansionen, worin Hobson die eigentliche Ursache des Imperialismus sieht. Wladimir Iljitsch Lenin entwickelte Hobsons Erklärungsansatz entscheidend weiter. Für Lenin stellt der Imperialismus das unvermeidliche Produkt des Kapitalismus dar. Der Wettbewerb ist im Imperialismus ausschließlich durch die Expansion über den Weltmarkt möglich. Diese Expansion führt zu geopolitischer Konkurrenz und zur Absicherung der eigenen Macht-Hegemonieposition im internationalen System. In weiterer Folge wird der freie Wirtschaftswettbewerb durch den Monopolkapitalismus ersetzt, die fortschreitende nationale Organisation und Integration **Kapitals** intensiviert des und die Internationalisierung des Kapitals durch den Weltmarkt vorangetrieben. Die in den historischen Phasen des Kolonialismus und Imperialismus entstandenen Spannungen und Rivalitäten entladen sich schließlich in Konflikten.

In weiterer Folge konnte dargestellt werden, dass der klassische Imperialismus mit den beiden Weltkriegen ein Ende fand und die USA eine neue Vormachtstellung in der Welt erlangten. Der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Ost-West-Konflikt veränderte die globale Machtstruktur grundlegend. In der Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur konkurrierten die USA und die Sowjetunion um die globale Machtdominanz. Die konsequente Ausdehnung des internationalen und zunehmend militanten Kommunismus stellte für die USA die größte Gefahr dar. Der Antikommunismus avancierte zur ideologischen und tragenden Säule der amerikanischen Innen- und Außenpolitik. Alle von den USA ausgehenden Handlungen sind daher als imperialistische Geostrategie zur Eindämmung des Kommunismus zu verstehen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich die USA als einzig verbliebene Supermacht etabliert. Als alleinige globale Militärmacht eröffneten sich für die USA Handlungsperspektiven von enormer geopolitischer Bedeutung.

Die in den 1960er Jahren weitestgehend abgeschlossene Entkolonialisierung führte zur Herausbildung neuer Staaten. Dennoch blieb die direkte Einflussnahme der kapitalistischen Industriestaaten auf die Länder des globalen Südens bestehen. Mit der neoliberalen Umstrukturierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist es den USA gelungen, die ehemaligen Kolonien vollends in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem zu integrieren. Dabei hat sich die Rolle des US-Staates grundlegend verändert. Dieser gewährleistet nicht mehr nur die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Kapitalverwertung, sondern betreibt fortan eine aktive Wirtschaftspolitik. Zudem nahm die Zahl der von USA ausgehenden Militärinterventionen nicht ab. Leo Panitch, Sam Gindin und David Harvey haben sich in diesem Zusammenhang mit den innerimperialistischen Konflikten und Widersprüchen des Kapitalismus sowie der voranschreitenden Militarisierung der US-Außenpolitik seit dem Krieg gegen den Terror auseinandergesetzt.

Leo Panitch und Sam Gindin argumentieren, dass das internationale System nicht durch den Niedergang des amerikanischen Staates gekennzeichnet ist, sondern durch die Stärke der USA, die anderen kapitalistischen Staaten an sich zu binden, in ein imperialistisches Weltsystem zu integrieren und dieses als uneingeschränkte Führungsmacht der Globalisierung zu organisieren. Die beiden Autoren stellen dabei fest, dass das neoliberale Projekt Mitte der 1990er Jahre tiefgreifende Krisenerscheinungen hervorgebracht hat. Den Grund sehen sie in der Tatsache, dass die Wirtschaftsordnung des ausschließlich Industriestaaten die Neoliberalismus den Möglichkeit bietet. gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu erreichen. David Harvey erweitert diesen Erklärungsansatz und erläutert mit der These der Akkumulation durch Enteignung, dass imperialistische Politikformen aus der Interaktion von territorialer und kapitalistischer Logik entstehen und politisch initiierte Expansionsbestrebungen die Möglichkeit bieten, kapitalistische Überakkumulationskrisen zu bearbeiten. Um der zunehmenden Tendenz einer Überakkumulationskrise in den USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts entgegenzuwirken, greift der Staat aktiv in die Wirtschaft ein. Er forciert die Akkumulationsprozesse und leitet ununterbrochen neue Phasen kapitalistischer Entwicklung ein, die wiederum der Reproduktion des Kapitals dienen. Dabei fungiert die Kapitalakkumulation als Machtressource des Staates und erzeugt für das Kapital profitabel gemachte regionale Wirtschaftsstandorte. Allerdings kann der Staat die fortdauernde chronische Überakkumulation nicht lösen. Ab der Jahrtausendwende wird daher die

weitgehende Tendenz vom Konsens zum Zwang und die Militarisierung der US-Außenpolitik deutlich.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und der darauffolgende Krieg gegen den Terror leiteten die gravierendsten Veränderungen in den internationalen Beziehungen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ein und offenbaren den wahren Charakter des US-Imperialismus. Mit der veränderten globalen Sicherheitslage und im Zuge der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA avancierten fragile und gescheiterte Staaten zu potentiellen Operationsräumen und Rückzugsgebieten transnational agierender Terrornetzwerke. Dabei wurde der klassische Liberalismus durch neue Auffassungen des sicherheitspolitischen Realismus erweitert. "Schurkenstaaten", Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen stellen nun die größte Gefahr für die US-Sicherheitspolitik dar.

Neben dem Nahen und Mittleren Osten rückte Somalia aufgrund seiner geopolitischen Lage, strukturellen Abhängigkeit und fragilen Staatlichkeit in den Fokus der imperialistischen Interessens- und Machtpolitik der USA. Das Ende des Ost-West-Konflikts beschleunigte die ökonomische Marginalisierung und politische Desintegration Somalias. Seit dem Sturz Siad Barres 1991, dem dadurch eingeleiteten Staatszerfall und der Ausbreitung rechtsfreier Räume befindet sich das Land in einem Zustand permanenter Machtverschiebungen. Staatliche Sicherheitsorgane und eine wirksame Zentralregierung mit Gewaltmonopol existieren nicht. In dem entstandenen Machtvakuum konkurrieren die verschiedenen Akteursgruppen um die neue Machtverteilung. Mit der vollen Entfaltung des Neoliberalismus erhöhte sich zur gleichen Zeit der Anpassungsdruck an die sich globalisierende Ökonomie. Die Kapitalakkumulation, die dem Staat als Machtressource dient, kann unter diesen Umständen nicht vollzogen werden. Die US-Sicherheitsstrategie zielt daher auf die Aufoktroyierung eines fremden Herrschaftssystems unter Anwendung militärischer Gewalt ab. Das übergeordnete Ziel ist die Absicherung der politischen und militärischen Machtdominanz in Somalia und am Horn von Afrika.

In diesem Zusammenhang konnte dargestellt werden, dass die Militarisierung der US-Außenpolitik das somalische Staatsbildungsprojekt nachhaltig beeinflusst. Die USA nutzen ihre politische und wirtschaftliche Machtdominanz unter Anwendung militärischer Gewalt und verfolgen in Somalia den Aufbau einer stabilen prowestlichen Regierung, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und die weitere Integration Somalias in das kapitalistische Weltsystem. Dabei beschleunigen die zahlreichen Militärinterventionen den

somalischen Staatszerfall und die Militarisierung Somalias. Die dadurch entstehende Gewaltdynamik provoziert lokale und regionale Machtverschiebungen, schafft Operationsräume und Rückzugsgebiete transnational agierender Terrornetzwerke in Somalia und am Horn von Afrika und trägt zur Stärkung der militanten islamistischen Al-Shabaab sowie weiteren Fragmentierung der somalischen Gesellschaft bei.

Diese Strategie offenbart die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und die zunehmende ökonomische Schwäche der USA, die Länder des globalen Südens in ihr imperialistisches System zu integrieren. Verdeckte Militärinterventionen, Stellvertreterkriege und die Akkumulation durch Enteignung erzwingen die Integration in die amerikanische Weltordnung und verdeutlichen, dass die US-Außenpolitik von drei entscheidenden Grundvoraussetzungen determiniert ist: der globalen Machtverteilung, dem machtpolitischen Selbstverständnis einer imperialen Großmacht und dem sich daraus ergebenen Führungsanspruch. Die Konfliktbearbeitungsstretegie der USA in Somalia dient explizit außenpolitischen Interessen.

Die von den USA vorangetriebenen Militärinterventionen in Somalia eröffnen den uneingeschränkten Zugang zu Somalias Kapital- und Warenmärkten und die Verbreitung kapitalistischer Produktionsund Austauschbeziehungen. Private Militärund Sicherheitsfirmen stellen ein eindeutiges Indiz für die komplexen Beziehungen zwischen amerikanischen Konzern- und Staatsinteressen, die fortschreitende Ökonomisierung militärischer Gewalt und den starken Zusammenhang zwischen neuem US-Imperialismus und den expansiven Rüstungsbestrebungen der USA in Somalia dar. Für transnationale Wirtschaftunternehmen eröffnen sich lukrative Investitions- und Geschäftsmöglichkeiten. Dabei wird deutlich, dass sich die öffentliche Sicherheit in Somalia zunehmend zu einer privatwirtschaftlichen Dienstleistung transformiert und sich dadurch die gesellschaftliche Segmentierung der Bevölkerung intensiviert. Privatisierungen, Strukturanpassungen und ökonomische Liberalisierungsprozesse stellen den Staat und seine Funktionsfähigkeit in Frage und führen zur weiteren Fragmentierung staatlicher Gewalt. Der somalische Staatszerfall wird daher nicht nur politisch von den verschiedenen Akteursgruppen, sondern auch wirtschaftlich von den kapitalistischen Weltmarktbedingungen beeinflusst. Dabei ist der kapitalistische Formierungsprozess Somalias gescheitert. Bislang hat sich dabei nur die Kriegsökonomie als profitabler Gewaltmarkt durchgesetzt.

In der vorliegenden Arbeit konnten einige zentrale Charakteristika der Imperialismutheorie nicht konsequent genug herausgearbeitet werden. Der von John Atkinson Hobson erläuterte wirtschaftssoziologische Erklärungsansatz imperialistischer Expansionspolitik kommt ebenso zu kurz wie die Rolle des Finanzkapitalismus. Hobsons Unterkonsumtionstheorie verdeutlicht, dass die in den Industriestaaten kontinuierlich wachsende Arbeitsproduktivität die Konsumkraft der dortigen Bevölkerungen übersteigt und die daraus resultierende Überproduktion zwangsläufig zur Bildung überschüssigen Kapitals führt, das ebenso wie die überschüssigen Warenprodukte exportiert wird. Diese Expansion führt schließlich dazu, dass die aus den Auslandsinvestitionen getätigten Gewinne jene der Warenexporte übersteigen. In diesem Kapitalüberschuss, dem daraus resultierenden Kapitalexport und der Sicherung dieser Gewinne durch Unternehmen, Banken und großindustrielle Investorengruppen sieht Hobson die eigentliche Ursache des Imperialismus. Diese von Hobson identifizierten Interessensgruppen, die unmittelbar von den imperialistischen Expansionsbestrebungen profitierten und diese vorantreiben, kommen in der Analyse zu kurz. Es konnte zwar der Bezug zu Kriegsökonomien als profitable Gewaltmärkte in Somalia hergestellt werden, allerdings wird in diesem Zusammenhang der Finanzkapitalismus als höchstes Stadium der kapitalistischen Konzentration in Form von Kartellen und Trusts sowie die Abhängigkeit der Industrie von dem sich globalisierenden Bankensystem nicht ausreichend analysiert.

Darüber hinaus ist die Darstellung der historischen Entwicklung des Konflikts in Somalia teilweise ungenau und sprunghaft. Es fehlt eine stringente Argumentationslinie, die die Auswirkungen der US-Konfliktbearbeitungsstrategie in Somalia verdeutlicht. Die in Somalia vorherrschende instabile Staatlichkeit ist zentral bei der Analyse der Instrumentalisierung Somalias durch interne Akteursgruppen und externe Mächte. Allerdings könnte der Rolle des Staates in Somalia sowie der Rolle des US-amerikanischen Staates in einer weiterführenden Arbeit weniger Aufmerksamkeit geschenkt, dafür aber der Einfluss der Regionalmächte Äthiopien und Kenia genauer ausgearbeitet werden. Schließlich unterliegen die Länder des Südens globalen den gleichen Weltmarktbedingungen wie die Industriestaaten und somit dem gleichen ökonomischen Konkurrenz- und Anpassungsdruck sowie globalen Verdrängungswettbewerb. An dieser Stelle könnte die Weltmarkteinbindung, die auf Abhängigkeitsstrukturen basiert und eine der westlichen Staatenbildung entsprechende Entwicklung unmöglich macht, differenzierter dargestellt werden.

5 Bibliographie

- Addo, Herb (1984) (Hrsg.): Transforming the World-Economy? Nine Critical Essays on the New International Economic Order. London: Hodder and Stoughton.
- Albert, Mathias; Steinmetz, Willibald (2007): Be- und Entgrenzung von Staatlichkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, 20-21/2007. Neue Formen von Staatlichkeit, 17-23.
- Andersen, Uwe (2008): Entwicklungspolitik/-hilfe. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Lizensausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 94-105.
- Ansprenger, Franz (2008): Entkolonialisierung. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 11., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Lizensausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 78-84.
- Bacevich; Andrew J. (2002): American Empire: The Realities and Consequences of U.S. Diplomacy. Cambridge: Harvard University Press.
- Bakonyi, Jutta (2001): Instabile Staatlichkeit. Zur Transformation politischer Herrschaft in Somalia. In: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2011/3356/pdf/ap3_01.pdf [Zugriff: 25.01.2014].
- Bakonyi, Jutta (2012): Drogen und Krieg: die Bedeutung von Qaat. In: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. (Hrsg): Somalia. Aufstehen oder Untergehen in Ruinen. Berlin: Stock Printservice Berlin, 27-30.
- Becker, Joachim; Hödl, Gerald; Steyrer, Peter (2007): Kriege an den Rändern. Akteure, Konfliktlinien, Verläufe. In: Becker, Joachim; Hödl, Gerald; Steyrer, Peter (Hrsg.): Krieg an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Wien: Promedia & Südwind, 13-38.
- Bierling, Stephan (2003): Geschichte der amerikanischen Außenpolitik: Von 1917 bis zur Gegenwart. München: C.H.Beck.
- Bohle, Dorothee (2002): Europas neue Peripherie. Polens Transformartion und transnationale Integration. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. Hamburg: VSA-Verlag.
- Brand, Ulrich (2010): Internationale Politik. In: Sieder, Reinhard; Langthaler, Ernst (Hrsg.): Globalgeschichte. 1800-2010. Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 213-260.
- Brenner, Robert (2002): The Boom and the Bubble: The US in the World Economy. London/New York: Verso.

- Brock, Lothar (1989): Die alte Weltmilitärordnung*. Zusammenhänge und Widersprüche der globalen militärischen Entwicklung. In: Steinweg, Reiner; Moltmann, Bernhard (Red.): Militärregime und Entwicklungspolitik. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 15-57.
- Brock, Lothar (2007): Universalismus, politische Heterogenität und ungleiche Entwicklung. Internationale Kontexte der Gewaltanwendung von Demokratien gegenüber Nichtdemokratien. In: Geis, Anna; Müller, Harald; Wagner, Wolfgang (Hrsg.): Schattenseiten des Demokratischen Friedens: Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik. Studien der Hessischen Stiftung Friedensund Konfliktforschung, Band 55. Frankfurt am Main/New York: Campus, 45-68.
- Brzezinski, Zbigniew (2001) [1997]: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2013a): Politik. Hintergrund aktuell: 9/11 und die politischen Folgen. In: http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/168712/9-11-und-die-politischen-folgen [Zugriff: 23.10.2013].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2013c): Internationales. Dossier Afghanistan. In: http://www.bpb.de/internationales/asien/afghanistan/ [Zugriff: 24.10.2013].
- Bush, George W. (2002a): National Strategy for Homeland Security. In: http://web.archive.org/web/20120112224223/http://www.dhs.gov/xlibrary/assets/nat_strat_hls.pdf [Zugriff: 31.01.2014].
- Bush, George W. (2002b): The National Security Strategy of the United States of America. In: http://www.state.gov/documents/organization/63562.pdf [Zugriff: 09.01.2014].
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.) (2008): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Büttner, Friedemann (1989): Autoritarismus und sozialer Wandel. Die Auswirkungen von Militärherrschaft auf den Entwicklungsprozeß eine Bilanz. In: Steinweg, Reiner; Moltmann, Bernhard (Red.): Militärregime und Entwicklungspolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 314-373.
- Carstensen, Broder; Busse, Ulrich; Schmude, Regina (2001) [1993]: Anglizismen-Wörterbuch. Der Einfluss des Englischen auf den deutschen Wortschatz nach 1945. Band 1, A-E. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Charisius, Albrecht; Lambrecht, Rainer; Dorst, Klaus (1983): Weltgendarm USA: Der militärische Interventionismus der USA seit der Jahrhunderwende. Berlin: Militärverlag der DDR.
- Chomsky, Noam (2000): Rogue States. The Rule of Force in World Affairs. Cambridge: South End Press.
- Chomsky, Noam (2006): Failed States. The Abuse of Power and the Assault on Democracy. New York: Metropolitan Books.
- Czempiel, Ernst-Otto (2002): Die amerikanische Weltordnung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, 48/2002. Außenpolitik der Bundesrepublik, 3-6.
- Czempiel, Ernst-Otto (2004): Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht. In: Knapp, Manfred; Krell, Gert (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 2-28.

- Deile, Volkmar; Hutter, Franz-Josef; Kurtenbach, Sabine; Tessmer, Carsten (2005) (Hrsg.): Jahrbuch Menschenrechte 2006. Freiheit in Gefahr Strategien für die Menschenrechte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch.
- Dembinski, Matthias (2002): Unilateralismus versus Multilateralismus. Die USA und das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und Internationaler Organisation. In: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.): HSFK-Report 4/2002.
- Dembinski, Matthias; Hasenclever, Andreas; Wagner, Wolfgang (2007): Vom Demokratischen Frieden zum Politikverflechtungsfrieden? Die internationale Organisation Demokratischen Friedens und Demokratischer Kriege. In: Geis, Anna; Müller, Harald; Wagner, Wolfgang (Hrsg.): Schattenseiten des Demokratischen Friedens: Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik. Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Band 55. Frankfurt am Main/New York: Campus, 123-146.
- Deppe, Frank (2008): Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 2: Systemkonfrontation, Golden Age, antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Hamburg: VSA-Verlag.
- Deppe, Frank (2011): Interregnum. Grosse Krisen, umkämpfte Krisenausgänge und Krisenpolitik im historischen Vergleich. In: Deppe, Frank; Meixner, Wolfgang; Pallaver, Günther (Hrsg.): Widerworte. Philosophie, Politik, Kommunikation. Festschrift für Jörg Becker. Innsbruck: Innsbruck University Press, 89-104.
- Duchesne, Ricardo (2006): Globalization, the Industrialization of Puerto Rico and the Limits of Dependency Theory. In: Journal für Entwicklungspolitik, 22, 55-83.
- Dülffer, Jost (2004): Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1990. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Eckert, Andreas (2009): Folgen kolonialer Grenzziehung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, 303/2009. Afrika Schwerpunktthemen, 6-7.
- Engelhardt, Marc (2013): Somalia will Normalität. In: Südwind-Entwicklungspolitik. Magazin für internationale Politik, Kultur und Entwicklung (Hrsg.): titel Somalia: Die Suche nach Normalität. 34. Jahrgang, 10/2013, 12-14.
- Erhart, Hans-Georg; Petretto, Kerstin (2012): Somalia: "gescheiterter Staat" als Arena für Machtverschiebungen. In: Schoch, Bruno; Hauswedell, Corinna; Kursawe, Janet; Johannsen, Margret (Hrsg.): Friedensgutachten 2012. Berlin: LIT Verlag, 182-195.
- Escobar Stemmann, Juan José (2006): Middle East Salafism Influence and the Radicalization of Muslim Communities in Europe. In: Middle East Review of International Affairs (MERIA) Journal, 10, 3, 1-14.
- Esser, Josef (1985): Staat und Markt. In: Fetscher, Iring; Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Begriffe Analysen Theorien. Ein Grundkurs. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 201-244.
- Farah, Osman; Muchie, Mammo; Gundel, Joakim (2007) (Hrsg.): Somalia: Diaspora and State Reconstruction in the Horn of Africa. London: Adonis & Abbey.
- Farzin, Y. Hossein (1991): Food Aid: Positive or Negative Economic Effects in Somalia? In: The Journal of Developing Areas, 25, 261-282.

- Feichtinger, Walter (2008): Private Militärfirmen im Vormarsch ungeliebt, aber unverzeichbar? In: Feichtinger Walter; Braumandl, Wolfgang; Kautny, Nieves-Erzsebet (Hrsg.): Private Sicherheits- und Militärfirmen. Konkurrenten Partner Totengräber? Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 13-34.
- Ferguson, Niall (2003): Das verleugnete Empire. In: Sznaider, Natan; Speck, Ulrich; Bacevich, Andrew J. (Hrsg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung. München: Deutsche Verlags-Anstalt, 38-59.
- Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Parnreiter, Christof (2006): Entwicklung eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Maral-Hanak, Irmi; Parnreiter, Christof (Hrsg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, 13-54.
- Fitzgerald, Nina J. (2002): Somalia. Issues, History and Bibliography. Huntington, New York: Nova Sciense Publishers.
- Frank, André Gunder (1968): Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Frank, André Gunder (1972): Lumpenbourgeoisie: Lumpendevelopment: Dependence, Class and Politics in Latin America. New York: Monthly Review Press.
- Frank, André Gunder (1980): Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frey, Marc (2010): Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums. 9, durchgesehene und aktualisierte Auflage. München: C.H.Beck.
- Fröhlich, Stefan (2002): Zwischen Multilateralismus und Unilateralismus. Eine Konstante amerikanischer Außenpolitik. In: http://www.bpb.de/apuz/26858/zwischenmultilateralismus-und-unilateralismus-eine-konstante-amerikanischer-aussenpolitik?p=all [Zugriff: 12.12.2013].
- Fürtig, Henner (2012): Was ist der Nahe Osten? eine Einführung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, Heft 317. Naher Osten. Nachbarregion im Wandel, 4-7.
- Gaddis, John Lewis (2007): The Cold War: The Deals. The Spies. The Lies. The Truth. London: Penguin Books.
- Galtung, Johan (1972): Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 29-104.
- Gantzel, Klaus J. (1995): Die Kriegsherde der Welt. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen. Stuttgart: Kohlhammer-Taschenbücher, 26-47.
- Genschel, Philipp; Zangl, Bernhard (2007): Die Zerfaserung von Staatlichkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, 20-21/2007. Neue Formen der Staatlichkeit, 10-16.
- Gill, Stephen (1993) (Hrsg.): Gramsci, Historical Materialism and International Relations. Cambridge: Cambridge University Press.

- Gratius, Susanne (2007): The 'Third Wave of Populism' in Latin America. Working Paper October 2007, FRIDE. In: http://www.fride.org/download/WP45.english.pdf [Zugriff: 03.12.2013].
- Guilliard, Joachim (2004): Im Treibsand Iraks: Nachkriegsstrategien der USA unter dem Druck der Ereignisse. In: Alnasseri, Sabah (Hrsg.): Politik jenseits der Kreuzzüge. Zur aktuellen politischen Situation im Nahen und Mittleren Osten. Münster: Westfälisches Dampfboot, 48-74.
- Gup, Benton E. (Hrsg.) (2004): Too Big to Fail. Policies and Practices in Government Bailouts. Westport, Connecticut: Greenwood Publishing Group.
- Hansen, Stig J.; Wilmann, Stein M. (2012): Wechselwirkungen: Herrschaft und private Sicherheit. In: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. (Hrsg): Somalia. Aufstehen oder Untergehen in Ruinen. Berlin: Stock Printservice Berlin, 39-45.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main: Campus.
- Hartwich, Hans-Hermann (1964): Die Gestaltung des Zusammenlebens der Völker. In: Hartwich, Hans-Hermann (Hrsg.): Politik im 20. Jahrhundert. Braunschweig: Georg Westermann, 395-464.
- Harvey, David (1982): The Limits to Capital. Oxford: Basil Blackwell.
- Harvey, David (2001): Spaces of Capital: Towards a Critical Geography. New York: Routledge.
- Harvey, David (2003): The New Imperialism. Oxford: Oxford University Press.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des "neuen" Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 183-216.
- Heidelberg Institute for International Conflict Research (2012): Conflict Barometer No. 21. Heidelberg: Department of Political Science.
- Hein, Wolfgang (2000): André Gunder Frank. Metropolen, Satelliten und das Weltsystem. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, 3, 80-83.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2009): Freiwillige Initiativen im Rohstoffsektor. Welche Ansätze bieten diese Initiativen zur Verbesserung der Governance im Rohstoffsektor in Entwicklungsländern? In: http://www.boell.de/publikationen/publikationen-7880.html [Zugriff: 04.02.2014].
- Heinrich, Michael (2003): Imperialismustheorie. In: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 1. Auflage. Opladen: Leske + Budrich, 279-307.
- Henning, Klaus (2006): Aufstieg der "Neocons". Politische Intellektuelle in den USA und der "Neue Imperialismus". Köln: Neuer ISP Verlag.
- Henwood, Doug (2003): After the New Economy. New York: New Press.
- Herz, John H. (1951): Political Idealism and Political Realism: A Study in Theories and Realities. Chicago: University of Chicago Press.

- Hilferding, Rudolf (1910): Das Finanzkapital. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Hippler, Jochen; Schade, Jeanette (2003): US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance. In: Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen (Hrsg.): INEF Report, 70/2003, 1-66.
- Hippler, Jochen (2009): Wie "Neue Kriege" beenden? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, 46/2009. Neue Kriege, 3-8.
- Hobson, John A. (1968) [1902]: Der Imperialismus. Köln: Kiepenheuer & Witch.
- Hobson, John A. (1905): Imperialism: A Study. Second Edition. London: Constable.
- Hoehne, Markus V. (2012): Jenseits des Staates in Somalia. In: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. (Hrsg): Somalia. Aufstehen oder Untergehen in Ruinen. Berlin: Stock Printservice Berlin, 11-16.
- Hoehne, Markus V. (2012): Somalia am Scheideweg? Gastkommentar. In: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. (Hrsg): Somalia. Aufstehen oder Untergehen in Ruinen. Berlin: Stock Printservice Berlin, 3.
- Holtz, Uwe (1997): Probleme und Perspektiven der Entwicklungspolitik. In: Holtz, Uwe (Hrsg.): Probleme der Entwicklungspolitik. Bonn: Bouvier, 11-97.
- Ibrahim, Diraid (2007): Die Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Inauguraldissertation zur Erlangung des Doktorgrades an der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms Universität zu Münster.
- Janzen, Jörg (1990): Wirtschaftsstruktur und sozio-ökonomische Entwicklung Somalia. In: Brüne, Stefan; Matthies, Volker (Hrsg.): Krisenregion Horn von Afrika. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 187-223.
- Johnson, Chalmers (2004): Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. München: Goldmann.
- Judt, Tony (2006): Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kagan, Robert (2007): Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order. With a new Afterword. New York: Vintage Books.
- Kaldor, Mary (1999): New and Old Wars: Organized Violence in a Global Era. Stanford: Stanford University Press.
- Kautsky, Karl (1914): Der Imperialismus. In: Die Neue Zeit, 32. Jahrgang, 2. Band, Nr. 21, 908-922.
- Kautsky, Karl (1915): Zwei Schriften zum Umlernen. In: Die Neue Zeit, 33. Jahrgang, 2. Band, Nr. 5, 1-146.
- Kidron, Michael (1967): A Permanent Arms Economy. In: International Socialism, 1, 28, 8-12.
- Kirby, Peadar (2003): Introduction to Latin America. Twenty-First Century Challenges. Los Angeles/London/New Dheli: Sage.

- Klein, Bradley S.; Unger, Frank (1989): Die Politik der USA gegenüber Militärdiktaturen in der Dritten Welt. In: Steinweg, Reiner; Moltmann, Bernhard (Red.): Militärregime und Entwicklungspolitik. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 392-421.
- Klein, Naomi (2007): The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism. New York: Picador.
- Kocka, Jürgen (2011) [1974]: Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen. In: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 19-35.
- Kohl, Arno (2001): Dominotheorie und amerikanische Vietnampolitik 1954-1961. Eine Fallstudie zur Rolle von Leitbildern in der internationalen Politik. Inaugural-Dissertation.

 In: http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/534/pdf/Dominotheorie.pdf [Zugriff: 31.01.2014].
- Kolland, Franz (2006): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Maral-Hanak, Irmi; Parnreiter, Christof (Hrsg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, 79-103.
- Kolland, Franz (2007): Entwicklung und sozialer Wandel im globalen Kontext. In: Kolland, Franz; Gächter, August (Hrsg.): Einführung in die Entwicklungssoziologie. Themen, Methoden, Analysen. 2. Auflage. Wien: Mandelbaum, 9-42.
- Kolnberger, Thomas; Six, Clemens (2008): Fundamentalismus und Terrorismus. Zu Geschichte und Gegenwart radikalisierter Religion. 2. erweiterte Auflage. Essen: Magnus.
- Komlosy, Andrea (2006): From the European World System model to a globalist analysis Developments and discussion impacts of André Gunder Frank. Vom europäischen Weltsystem-Modell zur globalistischen Analyse Entwicklungen und Diskussionsanstöße des André Gunder Frank. In: Journal für Entwicklungspolitik, 22, 12-36.
- Kößler, Reinhart (1998): Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Krause, Joachim; Irlenkaeuser, Jan; Schreer, Benjamin (2002): Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/2002. Außenpolitik der Bundesrepublik, 40-46.
- Krugman, Paul R.; Obstfeld, Maurice (2009): International Economics: Theory and Policy. 8th Edition. Boston: Addison-Wesley.
- Lacher, Wolfram; Tull, Denis M.; Weber, Annette (2011): Zeit für eine neue Somalia-Politik. In: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A55_lac_tll_web_ks.pdf [Zugriff: 28.01.2014].
- Laufer, Jochen (2009): Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941-1945. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.

- Lenin, Wladimir I. (1959) [1917]: Materialien zur Revision des Parteiprogramms. In: Lenin, Wladimir I. (Hrsg.): Werke. Band 24. Berlin/DDR, 457-604.
- Lenin, Wladimir I. (1974) [1917]: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Lenin, Wladimir I. (Hrsg.): Werke. Band 25. 4. Auflage. Berlin/DDR: Dietz, 327-377.
- Lenin, Wladimir I. (1975a) [1917]: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den "imperialistischen Ökonomismus". In: Lenin, Wladimir I. (Hrsg.): Werke. Band 23. 7. Auflage. Berlin/DDR: Dietz, 18-71.
- Lenin, Wladimir I. (1975b) [1917]: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus. In: Lenin, Wladimir I. (Hrsg.): Werke. Band 23. 7. Auflage. Berlin/DDR: Dietz, 102-122.
- Lenin, Wladimir I. (1981) [1917]: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Werke. Band 22, 3. Auflage, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1960. Berlin/DDR, 189-309.
- Lock, Peter (2005): Zur Zukunft des Krieges. Zwischen Schattenglobalisierung und US-Militärstrategie. In: Becker, Joachim; Hödl, Gerald; Steyrer, Peter (Hrsg.): Krieg an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Wien: Promedia & Südwind, 92-107.
- Loria, Achille; Keasbey, Lindley M. (1899): The Economic Foundations of Society. London: Swan Sonnenschein & Co.
- Luxemburg, Rosa (1990) [1913]: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Gesammelte Werke. Band 5. Berlin: Dietz, 5-411.
- Mackinder, Halford J. (1942) [1919]: Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction. London: Constable.
- Mair, Stefan (2009): Staatsversagen und Staatszerfall. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, 303/2009. Afrika Schwerpunktthemen, 8-10.
- Marchal, Roland (2012): Al-Shabaab am Wendepunkt. In: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. (Hrsg): Somalia. Aufstehen oder Untergehen in Ruinen. Berlin: Stock Printservice Berlin, 22-26.
- Marx, Karl (1963) [1893]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 2: Der Zirkulationsprozess des Kapitals. Herausgegeben von Friedrich Engels 1893 in Hamburg: Otto Meissner. Berlin/DDR: Dietz.
- Marx, Karl (1983) [1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band 3: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Herausgegeben von Friedrich Engels 1894 in Hamburg: Otto Meissner. Berlin/DDR: Dietz.
- Matthies, Volker (1995): Zuschauen oder Eingreifen? In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen. Stuttgart: Kohlhammer-Taschenbücher, 111-127.

- Matthies, Volker (2012): Somalia im Visier externer Mächte. In: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. (Hrsg): Somalia. Aufstehen oder Untergehen in Ruinen. Berlin: Stock Printservice Berlin, 17-21.
- Maxner, Stephen (2008): Die USA und Vietnam. In: http://www.bpb.de/apuz/31129/die-usa-und-vietnam?p=all [Zugriff: 14.12.2013].
- Meissner, Boris (1969): Die "Breschnew-Doktrin". Das Prinzip des "proletarischsozialistischen Internationalismus" und die Theorie von den "verschiedenen Wegen zum Sozialismus". Dokumentation. Köln: Wissenschaft und Politik.
- Menkhaus, Ken (2004): Somalia. Situation and Trend Analysis. In: http://www.refworld.org/pdfid/4b30d3e70.pdf [Zugriff: 12.01.2014].
- Menkhaus, Ken (2007): The Crises in Somalia: Tragedy in five Acts. In: African Affairs, 106/204, 357–390.
- Menkhaus, Ken (2008): Zum Verständnis des Staatsversagens in Somalia: interne und externe Dimensionen. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Somalia. Alte Konflikte und neue Chancen zur Staatsbildung. Schriften zur Demokratie. Band 6, 32-55.
- Menzel, Ulrich (1992): Das Ende der Dritten Welt und Scheitern der großen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Metz, Dirk (1994): Die Schlacht um das Olympic Hotel am 3/4. Oktober 1993 in Mogadischu/Somalia: Die Niederlage von US- und UN-Streitkräften in einem asymmetrischen Konflikt. Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Band 16. Berlin: Köster.
- Meyers, Reinhard (1995): Von der Globalisierung zur Fragmentierung? Skizzen zum Wandel des Sicherheitsbegriffs und des Kriegsbildes in der Weltübergangsgesellschaft. In: Kevenhörster, Paul; Woyke, Wichard (Hrsg.): Internationale Politik nach dem Ost-West-Konflikt. Globale und regionale Herausforderungen. Münster: Agenda, 33-82.
- Military History Institute of Vietnam (2002): Victory in Vietnam: The Official History of the People's Army of Vietnam, 1954-1975. Lawrence: University Press of Kansas.
- Möller, Björn (2009): The Somali Conflict. The Role of External Actors. In: http://www.econstor.eu/handle/10419/59871 [Zugriff: 14.01.2014].
- Münkler, Herfried (2002): Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Münkler, Herfried (2003): Der neue Golfkrieg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Münkler, Herfried (2005): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. 5., überarbeitete Auflage. Berlin: Rowohlt.
- Münkler, Herfried (2007): Asymmetrische Kriege. In: Becker, Joachim; Hödl, Gerald; Steyrer, Peter (Hrsg.): Krieg an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Wien: Promedia & Südwind, 60-73.
- National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States (2004): The 9/11 Commission Report. Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States. Official Government Edition. Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office.

- Nguyên Giáp, Võ; Stetler, Russell (1970): The Military Art of People's War: Selected Writings of General Vo Nguyên Giap. New York: Monthly Review Press.
- North Atlantic Treaty Organization (1949): The North Atlantic Treaty. In: http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_17120.htm?selectedLocale=en [Zugriff: 24.10.2013].
- Nuscheler, Franz (1992): Plädoyer für einen humanitären Interventionismus Lehren aus der somalischen Apokalypse. In: Entwicklung und Zusammenarbeit, 33, 4-5.
- Nuscheler, Franz (2006): Entwicklungspolitik. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Nye, Joseph S. (2003): Das dreidimensionale Schachbrett. Über amerikanische Macht im Zeitalter der Informationsrevolution. In: Neue Zürcher Zeitung, 10. März 2003. http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/article8PWJ9-1.223983 [Zugriff: 05.12.2013].
- Osterhammel, Jürgen; Jansen, Jan C. (2012): Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen. 7., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. München: C.H.Beck.
- Palan, Ronen (2006): Andre Gunder Frank's Legacy in Contemporary International Relations. In: Journal für Entwicklungspolitik, 22, 37-54.
- Panitch, Leo (1994): Globalisation and the State. In: Miliband, Ralph; Panitch, Leo (Hrsg.): The Socialist Register: New World Order? London: Mill Press, 60-93.
- Panitch, Leo (2002): Neuer Imperialismus Neue Imperialismustheorie. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 52/2002, 77-86.
- Panitch, Leo; Gindin, Sam (2004): Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium. Hamburg: VSA-Verlag.
- Pollert, Achim; Kirchner, Bernd; Polzin, Javier Morato (2004): Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A-Z. Lizensausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Pradetto, August (2003): Instrumenteller Multilateralismus und servile Rezeption: der Irak, die USA und Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2003, 163-174.
- Prestholdt, Jeremy (2011): Kenya, the United States, and Counterterrorism. In: Africa Today, 57, 4, 2-27.
- Quyen, Vu The (1978): Die vietnamesische Gesellschaft im Wandel: Kolonialismus und gesellschaftliche Entwicklung in Vietnam. Wiesbaden: Franz Steiner.
- Ramminger, Michael (2003): Christliche Existenz heute: die andere Globalisierung. Globalisierung als Krise des Kapitalismus. In: Institut für Theologie und Politik (Hrsg.): In Bewegung denken. Politisch-Theologische Anstöße für eine Globalisierung von unten. Münster: Institut für Theologie und Politik, 12-24.
- Reno, William (1998): Warlord Politics and African States. Boulder, Colorado: Lynne Rienner.
- Reno, William (2000): Shadow States and the Political Economy of Civil Wars. In: Berdal, Mats; Malone, David M. (Hrsg.): Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars. Boulder, Colorado: Lynne Rienner, 43-68.

- Risse-Kappen, Thomas (1995): Vom Ost-West-Konflikt zur internationalen Unübersichtlichkeit. Erklärungsmuster und deren politische Konsequenzen. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen. Stuttgart: Kohlhammer-Taschenbücher, 10-25.
- Risse, Thomas; Lehmkuhl, Ursula (2007): Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte, 20-21/2007. Neue Formen der Staatlichkeit, 3-9.
- Rostow, Walt W. (1960): The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto. Cambridge: Cambridge University Press.
- Said, Edward (2003) [1977]: Orientalism. Reprint with a new Preface. London: Penguin.
- Schaller, Christian (2008): Private Militärfirmen, Friedenssicherung und Konfliktmanagement Berührungspunkte mit dem Völkerrecht. In: Feichtinger Walter; Braumandl, Wolfgang; Kautny, Nieves-Erzsebet (Hrsg.): Private Sicherheits- und Militärfirmen. Konkurrenten Partner Totengräber? Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 91-106.
- Schicho, Walter (2004): Handbuch Afrika. Band 3: Nord- und Ostafrika. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Schubert, Klaus; Klein, Martina (2006): Das Politiklexikon. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Senghaas, Dieter (1974): Vorwort. Elemente einer Theorie des peripheren Kapitalismus. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7-36.
- Sexton, Jay (2011): The Monroe Doctrine: Empire and Nation in Nineteenth-Century America. New York: Hill and Wang.
- Silverstein, Ken (2000): Private Warriors. London: Verso.
- Stockholm International Peace Research Institute (2013): SIPRI Military Expenditure Database. In: http://milexdata.sipri.org/files/?file=SIPRI+milex+data+1988-2012+v2.xlsx [Zugriff: 17.10.2013].
- Strange, Susan (1995): The Defective State. In: Daedalus, 124, 2, 55-74.
- Sonnenburg, Penny M. (2003): Roosevelt Corollary. In: Page, Melvin E. (Hrsg.): Colonialism: An International Social, Cultural, and Political Encyclopedia. Santa Barbara: ABC-CLIO, 505-506.
- Spilker, Dirk (2008): Somalia am Horn von Afrika. Nationale und regionale Konfliktlinien in Vergangenheit und Gegenwart. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Somalia. Alte Konflikte und neue Chancen zur Staatsbildung. Schriften zur Demokratie. Band 6, 10-31.
- Springer Gabler Verlag (2014) (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon. Entwicklungspolitik. In: http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/2868/entwicklungspolitik-v9.html [Zugriff: 12.01.2014].

- Springer Gabler Verlag (2014) (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon. Entwicklungstheorie. In: http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/55230/entwicklungstheorie-v7.html [Zugriff: 12.01.2014].
- Stewart, Richard W. (2003): The United States in Somalia, 1992-1994. Washington D.C.: Government Printing Office.
- Stiglitz, Joseph E. (2002): Globalization and Its Discontents. New York: W. W. Norton & Company.
- Stöver, Bernd (2007): Der Kalte Krieg 1947-1991: Geschichte eines radikalen Zeitalters. München: C.H.Beck.
- Takeyh, Ray; Gvosdev, Nikolas K. (2004): Radical Islam: The Death of an Ideology? In: Middle East Policy, 11, 4, 86-95.
- ten Brink, Tobias (2007): Imperialistische Phänomene: Struktur und Geschichte kapitalistischer Staatenkonkurrenz. Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität zu Frankfurt am Main.
- ten Brink, Tobias (2008): Staatenkonflikte: zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus ein Überblick. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Tschitscherin, Georgij W. (1922): Der Kampf in Genua. 1. G. Tschitscherin: Rede auf der Konferenz in Genua, am 10. April 1922. 2. Memorandum der Russischen Delegation an die Konferenz in Genua. Flugschriften der Kommunistischen Internationale, 13/14. Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale.
- United Nations (1945): Charter of the United Nations. Chapter VII: Action with Respect to Threats to the Peace, Breaches of the Peace and Acts of Aggression. In: http://treaties.un.org/doc/Publication/CTC/uncharter.pdf [Zugriff: 24.10.2013].
- United Nations (2003): United Nations Operation in Somalia I. In: http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/past/unosomi.htm [Zugriff: 13.01.2014].
- United Nations (2003): United Nations Operation in Somalia II, Mandate. In: http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/past/unosom2mandate.html [Zugriff: 13.01.2014].
- United Nations Security Council (2001): Resolution 1368. In: http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/1368(2001) [Zugriff: 24.10.2013].
- United States Department of Defense (2010): Nuclear Posture Review Report. In: http://www.defense.gov/npr/docs/2010%20Nuclear%20Posture%20Review%20Report.pdf [Zugriff: 30.01.2014].
- von Arnauld, Andreas (2012): Völkerrecht. Heidelberg: Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm.
- Virchow, Fabian (2008): Der neoliberale Staat, die private Produktion von "Sicherheit" und die Transfornation der Bürgerrechte. In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 224-242.

- Weber, Annette (2009): Horn von Afrika und Ostafrika. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung, 302/2009. Afrika Länder und Regionen 47-59.
- Weinberger, Eliot (2003): 9/12: New York After. Chicago: Prickly Paradigm Press.
- Weinberger, Eliot (2005): What I Heard About Iraq. London: Verso.
- Weinberger, Eliot (2006): What Happened Here: Bush Chronicles. London: Verso.
- Weyland, Kurt (2004): Assessing Latin American Neoliberalism: Introduction to a Debate. In: Latin American Research Review, 39, 3, 143-149.
- Williams, Michael J. (2009): NATO, Security and Risk Management: From Kosovo to Kandahar. New York: Routledge.
- Winkler, Heinrich A. (2011) [1974]: Einleitende Bemerkungen zu Hilferdings Theorie des Organisierten Kapitalismus. In: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 9-18.
- World Bank (2006): Enhancing the delivery of justice and security in fragile states. In: http://siteresources.worldbank.org/INTLAWJUSTINST/Resources/OECDReport21. pdf [Zugriff: 25.01.2014].
- Woyke, Wichard (1995): Die Vereinten Nationen vor neuen Herausforderungen. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen. Stuttgart: Kohlhammer-Taschenbücher. 128-143.
- Zeller, Christian (2004): Ungleiche Entwicklung, globale Enteignungsökonomie und Hierarchien des Imperialismus. In: Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Kurnitz, Daniel (Hrsg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, 324-347.
- Zitelmann, Thomas (2012): Sozialstruktur und Konfliktverhalten unter Somali. In: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. (Hrsg): Somalia. Aufstehen oder Untergehen in Ruinen. Berlin: Stock Printservice Berlin, 4-10.
- Zürn, Michael (1995): Globale Gefährdungen und internationale Kooperation. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Sicherheitspolitik unter geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen. Stuttgart: Kohlhammer-Taschenbücher, 144-167.

6 Anhang

6.1 Zusammenfassung

Die USA sind der Inbegriff für Freiheit, Fortschritt und Demokratie. Das politische System setzt auf Kooperation. Das Wirtschaftssystem kombiniert Freihandel mit Marktwirtschaft. Zudem stehen die USA unter dem Verdacht, ihre Machtdominanz mit einer stark militarisierten Außenpolitik abzusichern, alle Staaten politisch, wirtschaftlich und militärisch in das kapitalistische Weltsystem zu integrieren und der interessensgeleiteten US-Außenpolitik unterzuordnen. Dabei wird deutlich, dass sich Militärinterventionen und militärische Gewalt speziell gegen die Länder des globalen Südens richten und die USA, als am stärksten aufgerüstete Militärmacht, den Prototyp eines imperialistischen Aggressors neuen Stils darstellen.

Die vorliegende Arbeit will die von den USA vorangetriebene imperiale Politik untersuchen und die Veränderungen der US-Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Konflikts verdeutlichen. Die imperialistischen Bestrebungen der USA sollen in dem Hauptteil dieser Arbeit mit Somalia verknüpft, analysiert und bewertet werden. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, welcher Zusammenhang zwischen dem neuen US-Imperialismus und den expansiven Rüstungsbestrebungen der USA bestehen und inwiefern die Rüstungsbestrebungen zur Durchsetzung außenpolitischer Interessen in Somalia dienen? Theoretisch wird die Analyse in verschiedene Ansätze der Imperialismustheorie eingebettet.

Die Analyse und Diskussion zeigen, dass Somalia aufgrund seiner geopolitischen Lage, der strukturellen Abhängigkeit und fragilen Staatlichkeit in den Fokus der imperialistischen Interessens- und Machtpolitik der USA gerückt ist. Die USA nutzen ihre politische und wirtschaftliche Machtdominanz unter Anwendung militärischer Gewalt und verfolgen in Somalia die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie die weitere Integration Somalias in das kapitalistische Weltsystem. Die zahlreichen Militärinterventionen beschleunigen den somalischen Staatszerfall und die Militarisierung Somalias. Die dadurch entstehende Gewaltdynamik provoziert lokale und regionale

Machtverschiebungen, schafft Operationsräume und Rückzugsgebiete transnational agierender Terrornetzwerke in Somalia und am Horn von Afrika und trägt zur Stärkung der militanten islamistischen Al-Shabaab sowie weiteren Fragmentierung der somalischen bei. Verdeckte Militärinterventionen, Gesellschaft Stellvertreterkriege Akkumulation durch Enteignung erzwingen die Integration in die amerikanische Weltordnung und verdeutlichen, dass die US-Außenpolitik von drei entscheidenden Grundvoraussetzungen determiniert ist: der globalen Machtverteilung, machtpolitischen Selbstverständnis einer imperialen Großmacht und dem sich daraus ergebenen Führungsanspruch. Die Konfliktbearbeitungsstretegie der USA in Somalia dient explizit außenpolitischen Interessen.

6.2 Abstract

The United States of America are the most powerful capitalist country in the world and are the embodiment of freedom, progress, democracy and the free market economy. Besides, the USA are suspected of aiming to concolidate power by implemeting a strongly militarized foreign policy in order to expand the capitalist system. In doing so it becomes apparent that the United States use military force primarily against developing countries. In this context the United States illustrate the prefiguration of a new imperialistic aggressor.

In this thesis I analyse and emphasize the fundamental changes of the imperialistic politics of the United States since the end of the Cold War. In the main section of this thesis the imperialistic ambitions of the Unites States will be linked to the East African country Somalia. The main research question is the following: How does the new imperialism of the United States cohere with the armaments industry and to what extent do the ambitions to arm enforce foreign interests in Somalia? Theoretically the analysis is embedded in approaches of theories of imperialism.

The analysis and discussion show that Somalia has been advanced into the focus of American imperialistic foreign policy. The United States use their political and economic power by applying military force and pursue suppression of international terrorism. Moreover, they aim to integrate Somalia into the capitalist system. Numerous military interventions accelerate the collapse of the Somalian state as well as its militarisation. These interventions produce dynamic forces which provoke local and regional adjustments of power as well as economics of war. Former serve as areas of operation and retreat for transantional terroristic networks in Somalia and the Horn of Africa. Economics of war also strengthen the militant islamistic Al-Shabaab and contribute to the fragmentation of the Somalian society. Hidden military interventions, surrogate wars and the accumulation by disposession coerce the integration into the American world order and underline that the US foreign policy is determined by three basic conditions: global power relations, the self-concept of a imperialistic super power as well as the claim for leadership. The American strategy in Somalia explicitly serves foreign politics of interests.

6.3 Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name Denny Nagorsen

Geburtsort Stralsund

Derzeitiger Wohnort Wien

Akadenischer Werdegang

Schulausbildung

1992-1994 11. Grundschule, Berlin

1994-1998 Gebrüder-Grimm Grundschule, Hönow

1998-2004 Flatow Oberschule (Sportbetontes Gymnasium), Berlin

2004-2007 John-Lennon-Gymnasium, Berlin

Studium

2008-2013 Bachelorstudium Politikwissenschaft, Universität Wien

2008-2014 Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung,

Universität Wien

09/2011 – 05/2012 Erasmus, University of Limerick

Ausgewählte Berufserfahrungen

07/2007 – 04/2008 Zivildienst Klinikum am Urban, Berlin

Station für Anästhesie, operative Intensivmedizin und

Schmerztherapie

07/2011 – 08/2011 BEINETZ AG – Solaranlagenmontage, Luzern

08/2012 – 09/2012 SOLVATEC AG – Solaranlagenmontage, Basel

Sprachkenntnisse

Deutsch Muttersprache

Englisch Fließend in Schrift und Wort

Französisch Grundkenntnisse

Spanisch Grundkenntnisse